

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3 Mark pro Quartal, 10 Mark pro Jahr, 30 Mark pro Jahr. Einzelhefte 5 Pf. Sonntagshefte 10 Pf. Postgebühren sind in den Preisen eingeschlossen. In den Provinzen sind die Postgebühren zu zahlen. Die Redaktion ist in Berlin, Unter den Eichen 69.

Die Interims-Gebrüder
 enthält für die sechs Monate vom 1. April bis zum 30. September 1908. Die Interims-Gebrüder sind die sechs Monate vom 1. April bis zum 30. September 1908. Die Interims-Gebrüder sind die sechs Monate vom 1. April bis zum 30. September 1908.

Verlag: Verlag des Vorwärts.

Verlag: Verlag des Vorwärts.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 23. Juni 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Der Blockfreilinn im Angestelltenkonflikt.

Als wir über das neueste Unternehmerattentat auf das Koalitionsrecht der Angestellten berichtet haben, nahmen wir Gelegenheit, auf die Mittelstandsfrage um Raumann herum hinzuweisen, die ja jetzt in der Praxis für das „Persönlichkeitsideal im Großbetrieb“ eintreten können. Dieser Hinweis war von uns deshalb gemacht worden, weil wir wissen, daß in Angestelltenkreisen bisher Raumann als der „kommende Mann“ betrachtet wurde. Seinen Eintritt in den Reichstag hatte man mit großer Freude begrüßt, gerade von den Angestellten wurden auf Raumann große Hoffnungen gesetzt. Diese Hoffnungen haben sich nicht erfüllt. Selten hat eine politische Führerschaft sich so um Hals und Kragen geredet und geschrieben, wie Raumann und seine Leute. Davon sollten auch die Angestellten lernen.

Es war nun für uns besonders interessant, zu beobachten, wie sich dieser Blockfreilinn zu dem jetzigen Angestelltenkonflikt stellen wird. Wir gestehen, daß unsere Erwartungen in dieser Beziehung nicht enttäuscht wurden.

In der „Hilfe“, dem offiziellen Raumannblatt, nimmt Tischendörfer dazu das Wort, sein Artikel ist knapp eine Spalte lang; wir müssen allerdings gestehen, wir hätten von einem Gewerkschaftler eine Arbeit erwartet, die weniger oberflächlich an den Kernpunkt der ganzen Angelegenheit vorbeigeht.

Herr Tischendörfer hält es für nötig, dem Mund der technisch-industriellen Beamten eine Strafpredigt zu halten. In einem Leitartikel der Zeitschrift dieser Organisation, der deutschen „Industriebeamtenzeitung“, hatte ein Mitarbeiter die Forderung auf Einführung von Kündigungsaustritten gestellt. Um den Angestellten und Arbeiter in seinem Arbeitsverhältnis nicht unbedingt der Willkür seiner Vorgesetzten auszuliefern, will der Verfasser in einem Arbeiterauschuss oder in einer besonders zu schaffenden Instanz die Möglichkeit schaffen, durch Vertreter der Arbeiter und Angestellten Entlassungen nachprüfen zu können. In der famosen Begründung des Sprechers der Arbeitgeber an die bayerischen Mitglieder wird nun dieser Kündigungsaustritt erwähnt. Es wird natürlich das „Sineintreten in das Kündigungsrecht des Arbeitgebers“ mit großer Entrüstung abgelehnt und als eine unerhörte Forderung bezeichnet.

Hierin ähnlich orafelt auch Tischendörfer, indem er wörtlich schreibt:

„Ohne Zweifel sind im Bunde der technisch-industriellen Beamten mancherlei Fehler gemacht worden. Es liegt durchaus im Angestellteninteresse, dies ohne weiteres zuzugeben. Auch die Ausführungen über den Kündigungsaustritt sind so wohl dem Inhalt wie der Form nach verkehrt. Selbst sozialdemokratische Betriebe haben noch keine derartige Einrichtung. Der Gedanke ist noch verfehlt.“

Nun ist die ganze Frage des Kündigungsaustrittes hier eine höchst nebenläufige Geschichte. Es wird Herrn Tischendörfer sehr gut bekannt sein, daß es sich hier um die ganz private Ausherrschung eines einzelnen Mitarbeiters handelt, und daß die Arbeitgeber für ihren Vorstoß nur nach Scheingründen gesucht haben, um ihre Handlungsweise zu bemänteln.

In Wirklichkeit handelt es sich hier um viel mehr, als um die Durchführbarkeit irgendeiner sozialpolitischen Arbeit. Die Privatbeamtenbewegung hat in den letzten Jahren eine radikalere Färbung angenommen; die Angestellten haben die Notwendigkeit erkennen müssen, statt in Fachvereinen und Harmonieverbänden sich zusammenzuschließen, gleich den Arbeitern Gewerkschaftsorganisationen zu schaffen. Der jetzige Gewaltstreik der Scharfmacher ist nur der erste Vorstoß einer planvoll eingeleiteten Aktion, die Angestelltenbewegung in ihrer jetzigen Form einfach niederzurufen. Gelänge den Scharfmachern dieser Vorstoß, dann würde auch vorläufig diese Bewegung für einige Jahre lahmgelegt sein.

Der zitierte Artikel der „Hilfe“ erhält aber eine eigenartige Bedeutung dadurch, daß Tischendörfer selbst Angestellter des Bundes der technisch-industriellen Beamten ist. So viel wir wissen, sind von ihm bisher die Versammlungen der Berliner Ortsverwaltung einberufen worden und er hat für den Bund im Auftrage des Vorstandes überall Agitationsvorträge gehalten. Während seine Organisation sich gerade jetzt in einem der schwersten Kämpfe befindet, während von der „Post“ und der „Arbeitgeber-Zeitung“ eine Hege gegen den Bund inszeniert wird, findet Tischendörfer als Bundesangestellter nichts Besseres zu tun, als außerhalb der eigenen Reihen wegen einer höchst nebenläufigen Kleinigkeit dem Bund eine höchst überflüssige Strafpredigt zu halten!

Ob als Motive für dieses Vorgehen die uns von früher her bekannten „Tischendörferereien“ zu betrachten sind, können wir als Außenstehende nicht beurteilen; uns interessiert aber der Artikel besonders deshalb, weil er eine symptomatische Bedeutung für die ganze Richtung hat. Es ist immer die gleiche Unentschiedenheit des Blockfreilins, die auch aus jenen Zeilen spricht. Statt die gegebenen Tatsachen klar ins Auge zu fassen, sucht

man zu kompromittieren, die Dinge mit schönen Worten zu verhüllen und dabei jeder klaren Entscheidung auszuweichen.

Deshalb wird auch der „Vorwärts“ jederzeit Gelegenheit nehmen, die Schaukelpolitik Raumanns und seiner Getreuen zu charakterisieren, selbst wenn das einem Mann wie Tischendörfer herzlich unangenehm und unbequem werden sollte, wie er das auch in jenem „Hilfe“-Artikel zum Ausdruck bringt.

Das gewerkschaftliche Arbeiterparlament

Vom weinstrohen Rhein, wo er vor drei Jahren tagte, hat der Kongress sein Domizil nach der lastentragenden Elbe verlegt. Aus dem „Gärtnich“, dem alten Patrizierheim im Schatten des Kölner Domes, nach dem Hamburger Gewerkschaftshaus, der „Wassenschmiede“ der Arbeiterschaft, wie Genosse Vebel dieses Arbeiterparlament bei seiner Eröffnung nannte. Den Vormittag des ersten Tages füllten vornehmlich Begrüßungsreden und die zur regelrechten Abwidelung der Geschäfte unvermeidlichen Formalitäten. Genosse Legien konnte dabei mit Freude Gäste aus Dänemark, Oesterreich, Ungarn und der Schweiz begrüßen. Er schilderte den Anteil, den Hamburg an der Entwicklung der modernen Gewerkschaftsbewegung hatte und den Aufschwung, den die der Generalkommission angeschlossenen Gewerkschaften seit deren Gründung genommen haben. Repräsentiert doch dieser Kongress eine organisierte Masse von 1865 506 Arbeitern und Arbeiterinnen. Und dieser Erfolg ist erreicht gegen den Willen der herrschenden Gewalten, die bis in die jüngste Zeit hinein (man denke an das neue Vereinsgesetz) sich der Arbeiterorganisation entgegenstellten.

Die vorgeschlagene Tagesordnung erfuhr eine kleine Abänderung. Beantragt und beschlossen wurde, die Raiffeisen als einen gesonderten Punkt zu behandeln. Das Referat Kollmanns über „Die Entwicklung der sozialen Gesetzgebung“ soll seiner Wichtigkeit wegen von der letzten auf die fünfte Stelle rücken. Damit soll auch der Regierung gezeigt werden, daß man diese Frage nicht als nebenläufige behandelt wissen will. Bezüglich der Grenzstreitigkeiten wird beschlossen, die Redaktionskommission mit der Ausarbeitung einer Resolution zu betrauen, die als Grundlage für die Diskussion dienen soll.

Hamburg, 22. Juni. (Privatdepesche des „Vorwärts“).

Bei der Verichterstattung über die Tätigkeit der Generalkommission nahm Genosse Legien Gelegenheit, sich zu der angeblich geplanten Gründung einer gewerkschaftlichen Frauenzeitung zu äußern. Es ist, wie er ausführt, in der Generalkommission offiziell über die Gründung eines solchen Blattes nicht gesprochen worden. Legien selbst hat lediglich gelegentlich einer Sitzung der Generalkommission die Frage aufgeworfen, ob es nicht nützlich sei, für die Gewerkschaftspressen, die mit einer größeren Zahl weiblicher Leser zu rechnen hat, eine Beilage zu schaffen, die speziell den Interessen der Arbeiterinnen gewidmet ist. Eine solche Einrichtung würde natürlich nicht getroffen werden, ohne daß die in Frage kommenden Gewerkschaften zu den Vorarbeiten herangezogen werden. Erweise sich die Durchführung der Sache aber einmal als notwendig, dann würde sich allerdings die Generalkommission durch keinerlei Einrede davon abhalten lassen.

Rössel-Berlin (Textilarbeiter) stellt demgegenüber fest, daß der Vertreter der Generalkommission an mehrere Vorstandsmitglieder des Textilarbeiterverbandes in einer persönlichen Unterredung die Frage gerichtet habe: „Wißt Ihr schon, daß die Generalkommission mit dem Plane umgeht, eine selbständige gewerkschaftliche Frauenzeitung zu gründen?“ Rössel-Berlin bejaht diesen Vorwurf.

Umbreit (eben jener Vertreter der Generalkommission) führt die ganze Debatte auf dem Textilarbeiterkongress auf eine mißverständliche private Meinungsäußerung zurück und überläßt es dem Gefühl des Kongresses, ob die öffentliche Vertretung dieser Äußerung loyal sei. Ida Klmann als Vertreterin des Arbeiterinnensekretariats stellte für dieses fest, daß auf dieser Seite weder der Wunsch nach einer besonderen gewerkschaftlichen Frauenzeitung noch auch nach einer bloßen Frauenbeilage für die Gewerkschaftspressen bestünde. Die Angelegenheiten der Arbeiterinnen müßten mit denen der Arbeiter gemeinsam behandelt werden. Auch der Kapitalismus mache keinen Unterschied zwischen der Ausbeutung der Arbeiter und der Arbeiterinnen. Die Debatte erstreckt sich im übrigen in der Hauptsache auf die Anträge auf Schaffung eines sogenannten Generalstreitfonds in den Händen der Generalkommission. Dafür sind die Vertreter der kleineren oder schwächeren Organisationen, dagegen die Redner aus den Reihen der großen und finanzkräftigen Verbände, so der Holzarbeiter und Metallarbeiter. Die Vertretung der Lithographen und Steindrucker läßt aber nach erfolgter Aussprache durch Sillier den betreffenden Antrag zurückziehen unter der Voraussetzung, daß sich die nächste Konferenz der Gewerkschaftsvorstände mit der Sache beschäftigen.

Den Schluß des ersten Tages bildete das Referat der Genossin Grünberg über die Agitation unter den Dienstboten. Die Verhandlungen des Tages zeichneten sich durch ruhige Sachlichkeit aus. Die Zahl der Kongreßteilnehmer beträgt 324.

Nach den Landtagswahlen.

Nicht bloß der Berliner Blockfreilinn und die Nationalliberalen von Linden haben das Vordringen der Sozialdemokratie bei den Landtagswahlen klagend gespürt. Es gibt noch mehr Leidtragende, und vor allem die Nationalliberalen des Ruhrreviers gehören dazu, wie in unserer Sonnabendnummer eine Zuschrift aus dem Industriegebiet näher dargelegt hat. Natürlich ist die Partei der rheinisch-westfälischen Scharfmacher äußerst aufgebracht über ihre Verluste, die die Sozialdemokratie ihr beigebracht hat und ihre Presse zehrt voll sittlicher Entrüstung über das schwarz-rote Kartell. Wie ein Nabe särgt sie sich jetzt auf einige feitsche Vorträgen, die die „Arbeiterzeitung“ zu Essen zur Kritik unserer Partei bei den Abgeordnetenwahlen veröffentlicht hat. Unser Essener Parteivorgan beklagt, daß die Sozialdemokratie dem Zentrum ohne Gegenleistung in den Kreisen Dortmund-Land, Bochum und Mülheim a. d. Ruhr die Kassen aus dem Feuer geholt habe. Die Postungen der Sozialdemokraten einzelner Kreise, das Zentrum werde in Solingen, Frankfurt-Land usw. auch für die Sozialdemokratie eintreten, hätten sich nicht erfüllt, wie das bei der Verräternatur des Zentrums nicht anders zu erwarten war. Der gefährlichste Feind der Sozialdemokratie im Ruhrgebiet sei nicht mehr der Nationalliberalismus, dessen terroristische Gewohnheiten für die Arbeiterschaft ihren Schrecken verloren hätten, sondern das Zentrum.

In einem zweiten Artikel hemängt unser Essener Parteiblatt nochmals, daß die sozialdemokratischen Wahlmänner der drei oben genannten Kreise die Zentrumskandidaten gewählt haben, ohne irgend eine Gegenleistung dafür zu bekommen, obwohl doch das Zentrum keines der drei Mandate ohne ihre Hilfe hätte bekommen können. Das Zentrum habe in den Wahlkreisen Solingen und Frankfurt-Land, wo für die Sozialdemokratie einzutreten es den Genossen des Ruhrreviers versprochen habe, dies Versprechen schamlos gebrochen. Und schließlich sei das Zentrum in der Wahlrechtsfrage nicht besser als der Blockfreilinn. Das Zentrum ist und bleibt eine Gefahr für Deutschlands kulturelle Entwicklung, und die Gesamtpartei hat ein lebhaftes Interesse an der Art unseres Kampfes gegen die Demagogenpartei! Man sehe doch nicht zu viele Hoffnungen auf die „demokratischen“ Elemente im Zentrum. So viel „Demokraten“, wie das Zentrum, hat auch der „berkommene Freilinn“ noch in seinen Reihen! Für jeden vom Freilinn verübten Volksverrat zählt man zwei vom Zentrum verübte auf.

Anderer Ansicht als unser Essener Parteiblatt sind indes die anderen drei Parteiblätter des Ruhrreviers, die „Arbeiterzeitung“ zu Dortmund, das „Volksblatt“ zu Bochum und die „Niederrheinische Arbeiterzeitung“ zu Duisburg. Sie stellen fest, daß die Sozialdemokratie der drei Kreise gehandelt hat, wie sie handeln mußte. Denn den erbittertesten Feinden der Arbeiterschaft, den Vertretern der großindustriellen Scharfmacher und wütenden Segnern des gleichen Wahlrechts, ja zum Teil sogar des geheimen Wahlrechts standen Zentrumskandidaten gegenüber, die die von der Sozialdemokratie verlangte Erklärung abgegeben haben: 1. Für die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen stimmen zu wollen. 2. Bei der Verhandlung und Abstimmung über einen entsprechenden Antrag im Abgeordnetenhaus anwesend zu sein. 3. Für eine Neuregelung der Wahlkreise eintreten und stimmen zu wollen.

Wir meinen auch, daß sich gegen diese Entscheidung nicht das geringste einwenden läßt. Angesichts dieser Erklärungen der Zentrumskandidaten, die im Punkt 3 noch über das hinausgehen, was die Zentrumspartei bisher offiziell vertreten hat, mußten unsere Genossen dem Zentrum gegen die nationalliberalen Wahlrechtsfeinde zum Siege verhelfen, ohne das von Gegenleistungen abhängig machen zu können. Nebenbei hat sich hinterher herausgestellt, daß die Mandate von Solingen und Frankfurt-Land auch dann nicht zu gewinnen gewesen wären, wenn sämtliche Zentrumskandidaten im entscheidenden zweiten Wahlgang für den sozialdemokratischen Kandidaten gestimmt hätten.

Die „Essener Arbeiterzeitung“ hält das Zentrum in der Frage der Wahlreform nicht für zuverlässig. Wir tun es ganz gewiß auch nicht. Aber uns kann es auf keinen Fall schaden, wenn im Zentrum drei auf die oben wiedergegebenen Erklärungen gewählte Abgeordnete sitzen, Abgeordnete, die vornehmlich von Arbeitern gewählt sind und deren Verhalten zur Wahlreform unter der noch dem Zentrum folgenden Arbeiterschaft so oder so aufrüttelnd wirken muß. Der Nationalliberalismus hat eine hundertfach verdiente Niederlage erlitten, das Zentrum des Ruhrreviers ist mit Verpflichtungen für die Wahlreform beladen worden, die es nicht abwerfen kann, ohne Schaden zu leiden. Wir meinen, das ist eine für die Sozialdemokratie und für den Wahlrechtskampf ganz gute Konstellation.

Anderes steht es mit den Abstimmungen sozialdemokratischer Wahlmänner in einigen anderen Wahlkreisen. Die Erbitterung über die Verräterei des Freilins in Verbindung mit der Abneigung gegen einen besonders unsympathischen Vertreter dieser Partei hat z. B. im schlesischen Landtagswahlkreis Liegnitz-Goldberg-Gahnau eine Anzahl sozialdemokratischer Wahlmänner dahin gebracht, für den konservativen Kandidaten zu stimmen. Die Breslauer „Volksmacht“ berichtet darüber:

„In diesem Wahlkreise ist Fischbein, der verächtliche Freilinnige, noch einmal mit knapper Mehrheit gewählt. Um ihm seine Abhängigkeit von den sozialdemokratischen Stimmen klarzumachen und ihn ein wenig zappeln zu lassen, stimmte eine Anzahl sozialdemokratischer Wahlmänner in der

Stichwahl für den konserverativen Schornsteinfegermeister Conrad aus Breslau, jedoch nur so viel, daß Fischbed mit ein paar Stimmen Mehrheit noch durchkam. Die Genossen in Liegnitz, welche sich diesen Scherz erlaubten, haben sich damit in Widerspruch zu dem vom Zentral-Wahlkomitee festgelegten Abstimmungsstatut gesetzt, und nur der Umstand, daß sie dem konserverativen Kandidaten nicht zum Siege verhelfen, schätzte sie vor einer ernstlichen Wette. Wir wünschen dem Herrn Fischbed seinen Durchfall ebenso von ganzem Herzen als die Liegnitzer, dies Ziel aber durch Abgabe einzelner Stimmen für einen konserverativen zu erreichen, ist absolut unstatthaft. Uebrigens haben sich, soweit wir sehen können, nicht alle Genossen an dem Schabernack beteiligt, die Parteifunktionäre sind sämtlich der Enthaltungsparole gefolgt.

Die freisinnige Presse hat natürlich über diesen Vorgang ganze Wagenladungen sittlicher Entschuldigungen produziert. Sie sollte sich lieber an die Brust schlagen und bekennen, daß der sogenannte Linksliberalismus es selbst verschuldet hat, wenn sozialdemokratische Wahlmänner keinen Unterschied mehr zwischen Bloßfreisinn und seinen konserverativen Bloßfreunden entdecken können. Herr Fischbed hat übrigens durch seine überaus schofte Kampfesweise, die er seit Jahren im Kreise gegen die Sozialdemokratie beliebt, ein gut Teil dazu beigetragen, daß es zu solchem Vorgang gekommen ist. Indes ist trotz aller milderen Umstände das Eintreten sozialdemokratischer Wahlmänner für konserverative Kandidaten natürlich durchaus nicht zu entschuldigen. Die offizielle Parole der Wahlenthaltung hätte unter allen Umständen innegehalten werden müssen. Die bloßsinnlosen Wahlmänner werden unserer Erobtens trotz des Umstandes, daß ihr Verhalten auf das Wahlergebnis keinen Einfluß gehabt hat, nicht ohne kräftige Rüge davonkommen.

Uebrigens hat der ehrenwerte Bloßfreisinn am allernächsten Grund, sich über die sozialdemokratischen Wahlmänner von Liegnitz aufzuhalten. Wie haben denn seine Wahlmänner in der Stichwahl zwischen Sozialdemokratie und Konserverativen gestimmt? In Brandenburg stimmten 49 Liberale für den konserverativen, 24 enthielten sich der Abstimmung und ein ganzer stimmte für den Sozialdemokraten. Und in Frankfurt-Land? Da stimmten für den nationalliberalen Wahlrechtsfeind v. Bülow 80 Freisinnige, 22 enthielten sich der Abstimmung und 9 stimmten für den sozialdemokratischen Kandidaten!

Im Wahlkreise Guben-Forst-Soran haben die sozialdemokratischen Wahlmänner des Bezirks Guben in der Stichwahl für einen Freikonserverativen gestimmt, um den ihnen besonders verhassten Nationalliberalen König, einen wütenden Arbeiterfeind, zu Fall zu bringen. Es mißlang, da die sozialdemokratischen Wahlmänner zu Forst und Sorau nicht mittaten. Wir verstehen den Wunsch der Gubener Genossen durchaus, trotz alledem ist ihr Einsetzen für einen Freikonserverativen in keiner Weise zu rechtfertigen. Uebrigens ist in diesem Wahlkreise mit sozialdemokratischer Hilfe der freisinnige Thurm gewählt worden.

Ein Freisinniger ist außerdem von den sozialdemokratischen Wahlmännern im Wahlkreise Bielefeld-Herford-Galle gewählt worden. In diesem Dreimännerkreise haben die Sozialdemokraten den Freisinnigen Lorenz gegen den Christlich-sozialen Mann durchgebracht, um diesen für seinen systematischen Verrat an der Arbeiterschaft und seine wilde Hege gegen die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften mit dem Durchfall zu bestrafen. Der Fall liegt wesentlich anders als der von Liegnitz und Guben, weil hier zur Erreichung des Zwecks nicht das Eintreten unserer Wahlmänner für ein Mitglied der Junkerpartei nötig war.

Noch ein Glückwunsch aus dem Auslande.
Aus Paris lief folgendes Schreiben ein:
An den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.
Werte Genossen!

Die Sozialisten ganz Frankreichs haben freudigen Anteil genommen an dem glänzenden Siege, den die Partei bei den Landtagswahlen in Preußen davongetragen hat. Das Eindringen sozialistischer Vertreter in diese bisher unüberwindliche Festung der Reaktion bedeutet nicht nur für Euch, sondern für die gesamte Internationale einen großen Sieg.

Der Nationalrat der Sozialistischen Partei Frankreichs, der am rechten Sonntag in Paris versammelt war, hat an diesem Triumphtage einen Anteil genommen und hat sein Bureau beauftragt, Euch bei dieser Gelegenheit die wärmsten und aufrichtigsten Glückwünsche zu senden.

Ich tue das mit großem Vergnügen durch dies Schreiben.
Empfangt zugleich die Versicherung unserer brüderlichen Solidarität.

Für den Nationalrat:
Louis Dubreuilh.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 22. Juni 1908.

Der Raub der halben Milliarde.

Bekanntlich sind die auch von uns wiedergegebenen Angaben der „Köln. Volksztg.“ über die Reichsfinanzreform vor kurzem dementiert worden. Das Blatt stellt nun richtig, daß die Bloßführer nicht mit dem Fürsten Bülow, sondern mit dem Reichschahsekretär konvertiert haben. Im übrigen hält das Blatt seine Angaben vollständig aufrecht und ergänzt sie durch die Mitteilung, daß auch eine Steuer auf Gas und Elektrizität und zwar für Licht wie für Kraft geplant sei. Die Abgabe soll vorerst gering sein, aber sich leicht steigern lassen.

Die Besteuerung des Lichtes würde allerdings für die Aera der Bloßpolitik, die das Licht schon lange nicht übertragen kann, sehr passend sein. Wir vermuten sogar, daß es bei Gas und Elektrizität nicht bleiben, sondern daß auch das Petroleum an die Reihe kommen wird. Denn die Finanzpolitik des Bloß hat es ja vor allem auf die Westphalosen abgesehen. Wir finden es auch sehr natürlich, daß die Regierung sich in Stillschweigen hält, aber wir hoffen, daß ihr diese Laktik nicht viel nützen wird. Gegen die Ueberumpelung werden die Sozialdemokraten das deutsche Volk rechtzeitig zu schützen suchen.

An dem Lohschweigen beteiligen sich auch die Freisinnigen zum größten Teil. Soweit sich Stimmen vernehmen lassen, sind es solche, die dem Freisinn schon jetzt zum Verrat zureden. Und bereits kann man die ganze nationale Schwindemache vorantreiben, die die Reichsfinanzreform zu einem glücklichen Abschluß verhelfen soll. Schon beginnt man uns vorzuzulügen, daß das Ausland Zweifel in die deutsche Finanzkraft hege, daß die „Weltstellung“ Deutschlands insoweit leide und daß es daher „nationale“ Pflicht sei, dem deutschen Volke 500 Millionen abzunehmen. Eine Kampagne des Surrealismus bereitet sich vor.

Und wie bei den letzten Wahlen mit allen Mitteln käuflicher Reklame der Kolonialrummel inszeniert wurde, so malt man in gewissenloser Weise Kriegsgespenster an die Wand, um dem deutschen Volke klar zu machen, daß die Reichen nach wie vor im Reiche steuerfrei und die Armen in der Zeit der Krise, der Arbeitslosigkeit, der hohen, durch das Zollwuchererbrechen erzeugten Lebensmittelpreise ein halbe Milliarde mehr steuern müssen, damit neue Kriegsschiffe, neue Heeresrüstungen den Bonzerplattenpatrioten neue Profite bringen können. Es ist bezeichnend, daß die freisinnigen Blätter kein Wort des Protestes mehr finden, bezeichnend, daß kaum mehr eine Stimme fragt, ob denn das Defizit nicht durch Ersparungen, durch Einschränkung der sinnlosen Weltpolitik, die Deutschland nur Opfer kostet und keinen Nutzen bringen kann, beseitigt werden kann. Und doch liegt der Gedanke so nahe. Eine Verständigung mit den Westmächten, vor allem mit England, über die Einschränkung des Flottenbaues — und Hunderte von Millionen wären erspart und die Isolierung Deutschlands in der Welt hätte ein Ende. Doch freilich, die Bloßmajorität, die dem Schwindelpatriotismus ihr Dasein verdankt, kann nur vom Schwindelpatriotismus dieses Dasein fristen! Aber wie in aller Welt kommen die Westphalosen dazu, die Kosten einer Politik zu begreifen, die sie verabscheuen? Der Raubzug der indirekten Steuern muß ihren erbitterten Widerstand wecken. Dem Programm der Plünderung der Volksmassen sehen sie das Programm entgegen: Keine andere Finanzreform als die der Sparbarkeit und direkter Reichssteuern!

Flensburg.

„Der Schweinehandel von Flensburg.“ wie Herr v. Gerlach das Verschäffern des Reichstagsmandates an den Bund der Landwirte nennt, hat weder den Vorstand der freisinnigen Volkspartei noch dessen Organ zu einer Mißbilligung veranlaßt. Nach den Vorgängen von Oberbarnim wäre das auch insofern gewesen. Vollends utopisch ist es, wenn Leute aus der freisinnigen Vereinigung gar die Hoffnung aussprechen, die freisinnige Volkspartei werde den Dr. Daus, eine Frucht liberal-konserverativer Paarung, zur Niederlegung des Mandats bestimmen. Als ob es sich diesen Leuten bei den Wahlen um irgend etwas anderes handelte als um Mandate! Wir sind auch überzeugt, daß Herr Dr. Daus um nichts weniger freisinnig ist als die Fischbed, Wiemer, Kopsch und Müller. Wir sehen übrigens, in Flensburg nur notariell bestätigt, was die Freisinnigen schon seit längerer Zeit getan haben. Sie stimmen in der Provinz für die Konserverativen gegen die Sozialdemokraten, damit die Konserverativen sie in Berlin vor dem völligen Durchfall retten. Heute wird es sich ja im 12. Bezirk wiederum zeigen, wie Konserverative und Freisinnige sich verbrüdernd werden, um zu vermuten, mit Hilfe des Reichswahlrechts einen Vollvertreter zu verdrängen und einen Privilegierritter mehr zu schaffen. Die freisinnige Volkspartei ist eben durch und durch reaktionär und nur die widerliche Heuchelei unterscheidet sie von den antimilitärischen Radaubrüdern.

Eine elende Scheinreform.

Das „Verl. Tagebl.“ veröffentlicht heute einen Artikel von F. Hoff, dem freisinnigen Landtagsabgeordneten von Kiel, über die geheime, direkte Wahl. Der Herr gibt darin ein Rezept, wie man die geheime, direkte Wahl durchführen kann, ohne die Dreiklasseneinteilung zu beseitigen. Herr Hoff gibt so als eine Art Uebergang von den „entschiedenen“ zu den ganz unentschiedenen Freisinnigen. Und dieser sozulagen „bessere Freisinnige“ weicht in der Wahlrechtsfrage nichts Gescheiteres zu tun, als eine elende Scheinreform zu fordern, die die Schmach der Klassenwahl, die Vergewaltigung von 85 Proz. des preussischen Volkes völlig unverändert läßt! Gibt es einen stärkeren Beweis für die Zümmlichkeit des Freisinnigen! Bestimmend für die freisinnige Politik sind die Wahlrechtsfeinde um Fischbed; wenn sich aber schon die Anflüchtigen Seitenwände erlauben, dann kommt so ein elendes Produkt heraus, wie dieser Wahlrechtsreformschlag des Herrn Hoff. Bleibt man vom Freisinn die entscheideneren Reaktionen ab, die jetzt seine Politik bestimmen, so ist der Rest — ein Wackelstein.

Die genarrten Charlottenburger.

In Charlottenburg ist bekanntlich Herr Professor von Biszt als freisinniger Abgeordneter für den Landtag gewählt worden, nachdem noch kurz vorher ein Flugblatt die Behauptung verbreitet hatte, diese Wahl habe eine Bedeutung über den Rahmen der Partei hinaus, es handle sich darum, eine „großzügige Persönlichkeit“ ins Parlament zu entsenden.

Nun hat Herr v. Biszt — wie wir seinerzeit berichteten — kurz vor der Wahl in einer Versammlung zu Charlottenburg ausgeführt: die Aussichten der preussischen Wahlreform ständen gar nicht schlecht; wenn die Freisinnigen im Reichstag jede Mißhilfe bei der Finanzreform von Zugeständnissen abhängig machten, so sei Aussicht vorhanden, wenigstens einen Teil dessen zu erreichen, was der Freisinn in bezug auf das preussische Wahlrecht erstrebt. Das war keineswegs leichtsinig geredet, (was ja ohnehin bei einer „großzügigen Persönlichkeit“ ausgeschlossen ist), sondern als unser Genosse Vordardt diese Idee als utopisch nachwies und sich u. a. auf Herrn Godescher berief, der gerade in jenen Tagen die Finanzreform als „nationale Notwendigkeit“ bezeichnet hatte, da nahm Herr v. Biszt Veranlassung, seine Idee noch einmal ausdrücklich zu wiederholen, wobei er nicht unterließ, denjenigen als unbekannt mit den politischen Tatsachen zu bemitleiden, die Herrn Godescher für einen einflussreichen Mann im Freisinn hielten.

Gerade jene Versammlung ist nun, wie wir positiv wissen, für die Abstimmung vieler Wähler entscheidend gewesen. Man hat Herr v. Biszt seine Stimme gegeben in der Meinung, eine so „großzügige Persönlichkeit“ werde es schon in der Fraktion durchsetzen, daß durch kluge Vermählung des freisinnigen Einflusses bei der Reichsfinanzreform auch für Demokratisierung des preussischen Wahlrechts etwas herausgeholt werde.

Aus dieser Sachlage erwächst offenbar für Herrn v. Biszt eine bedeutungsvolle persönliche Verpflichtung, an die er je eher je besser erinnert werden muß. Heute ist die Abgeordnetenwahl erst einige Tage hinter uns, und man weiß, wie schon jetzt das Münchener Organ des Herrn Müller-Weinigen über die Verloppelung von Reichsfinanz und preussischem Wahlrecht geschrieben hat. Dazu kommt ein anderes, weniger auffallendes Symptom. Vor der Wahl hat nicht nur das „Verl. Tagebl.“, das Bisztischen Gedanken aufgegriffen und weiter propagiert — was sicherlich auch nicht ohne Einfluß auf die Charlottenburger Wähler geblieben sein wird — sondern sogar die „Freisinnige Zeitung“ (sahrieb damals: wenn die Bloßpolitik im Reichstag sich „die Kräfte des Liberalismus nutzbar machen“ wollte, so könne man nicht dieselben Kräfte, die man an die Tafel des Reiches ladet, im preussischen Staat von der Schwelle weisen.“ Die „Freis. Ztg.“ war natürlich zu „diplomatisch“, um offen und ehrlich den Bisztischen Gedanken zu übernehmen; sie mußte sich ja für später eine Hintertür offen halten. Aber inhaltlich bedeuten ihre damaligen Worte nichts anderes, als eine Verleumdung des Bisztischen Versprechens und haben auch in diesem Sinne auf die Charlottenburger Wähler gewirkt. — Jetzt, nach der Wahl dagegen druckt die „Freis. Ztg.“ zustimmend und ohne Kommentar eine Auslassung des

Münchener Müller-Organs über die Oberer Kasserette nach, worin es am Schluß heißt:

„Die Ueberzeugung, daß wir unser Pulver trocken halten und daß wir insbesondere unsere Finanzen wieder hoch bringen müssen, wächst von Tag zu Tag. Deutschland muß für alle Möglichkeiten gewappnet sein, eine andere Friedensbürgschaft gibt es heutzutage für uns nicht.“

Keinem, der etwas von Politik versteht, brauchen wir wohl erst auseinanderzusetzen, daß hierin wieder das Gegenteil des Bisztischen Versprechens liegt.

Unter diesen Umständen ist es notwendig, offen und laut an Herrn Professor v. Biszt die Frage zu richten, ob und wie er seinen persönlichen Einfluß auf die Herren Wiemer, Kopsch, Müller-Sagan, Müller-Reinigen usw. geltend zu machen versucht hat, damit das Versprechen, das er den Charlottenburger Wählern gegeben, auch gehalten wird.

Herr Professor v. Biszt wird hoffentlich über die Erfüllung des Versprechens, das er öffentlich gegeben hat, auch öffentlich Rechnung ablegen. Denn er wird doch nicht wollen, daß unter den Charlottenburger Wählern der Glaube aufkommt, sie seien — zwar nicht von ihm, aber unter Verwendung seiner „großzügigen Persönlichkeit“ genarrt worden.

Sozialdemokratischer Vorstoß für das Koalitionsrecht der Angestellten.

München, 22. Juni. Die Kammer der Abgeordneten verhandelte heute nachmittag über eine von dem Abgeordneten Suchheim (Sozialdemokrat) begründete Interpellation über das Rundschreiben des Verbandes Bayerischer Metallindustrieller, in dem die Mitglieder des Verbandes zur Entsendung der organisierten Privatbeamten aufgefordert werden. Der Interpellant führte aus, das Rundschreiben bezwecke, durch Drohung mit Entlassung die organisierten Kaufleute und Techniker unter Preisgabe ihres Koalitionsrechts zum Austritt aus den Verbänden zu zwingen. Ministerpräsident v. Bodewitz erklärte, die Koalitionsfreiheit sei durch die Gewerbeordnung eingeführt und die Gewerbeordnung müsse gegen Arbeitnehmer und Arbeitgeber gleich angewendet werden. Gegen den Verband könne nicht vorgegangen werden. Jenes Rundschreiben sei sehr zu bedauern. Die zurzeit schwebenden Verhandlungen würden aber hoffentlich einen Ausweg ergeben, durch den Störungen zwischen Industriellen und ihren Angestellten vermieden werden. Bei der Besprechung der Interpellation erklärten Redner aller Parteien, daß sie jenes Rundschreiben entschieden verurteilten.

Hohenau's Pension.

Einige Ordnungsbücher haben sich leihend wieder über sozialdemokratische Verheugung beschwert, weil der „Vorwärts“ und andere sozialdemokratische Blätter behauptet hätten, Graf Hohenau behalte nach seiner ehrengerichtlichen Verurteilung die Pension. Sie wollten wissen, daß das nicht der Fall sei.

Jetzt weiß die „Germania“ im einzelnen nach, daß dem vor Einleitung des ehrengerichtlichen Verfahrens zur Disposition gestellten General die Pension durch den Ehrengerichtspruch unter keinen Umständen genommen werden kann!

Es gibt nur zwei Fälle, in denen eine gültig anerkannte Pension erlischt und die sind nach § 22 des Militärpensionsgesetzes: Die Wiederanstellung im aktiven Dienst und die rechtskräftige Verurteilung zu Zuchthausstrafe wegen Hoch-, Landes-, Kriegsverrats oder wegen Verrats militärischer Geheimnisse.

Graf Hohenau bleibt also ebenso wie Graf Arnim im Genuß der Pension und zwar insolge des Umstandes, daß die Untersuchung, welche den Vorstrafen und dem allgemeinen Rechtsempfinden nach vor ihrer Verabschiedung hätte erfolgen müssen, erst nach derselben unter dem Druck der öffentlichen Meinung in die Wege geleitet worden ist.

Infolgedessen haben also die Steuerzahler das Vergnügen, jährlich 10 000 M. für den Hohenau'schen Proch zu zahlen.

Die sächsischen Mittelständler gegen die Konsumgenossenschaften und Warenhäuser.

Die sächsischen Mittelständler repräsentieren zweifellos die Leute mit engstem Horizont und rückständigsten sozialen Anschauungen. Sie benutzen ihre Organisation von Staats Gnaden, die Gewerbelammern, dazu, um gegen alles Sturm zu laufen, was über ihren Horizont, über ihr wirtschaftliches Verständnis hinausgeht. So nahm die Gewerbelammer Dresden in einem vom sächsischen Ministerium des Innern eingeforderten Gutachten über die vom Landtag verlangte Einführung einer Umsatzsteuer für Kleinhandels-Großbetriebe Gelegenheit, ihren ganzen Krampf über die wirtschaftliche Entwicklung und über die Arbeiterkonsumvereine zum Ausdruck zu bringen.

Es handelte sich bei dem Gutachten, das die Regierung verlangte, besonders darum, um Mittel zu erfahren, durch das die Abwälzung der Umsatzsteuer auf die Lieferanten der Warenhäuser usw. unmöglich gemacht werde. In bezug auf diese allerdings schwer zu lösende Frage gaben die Mittelständler folgende ingenieure Deduktion:

„Zur Begründung führen wir folgendes an: Wie früher, so ist auch jetzt noch das Leitende der Warenhäuserbesitzer darauf gerichtet, die Waren möglichst billig einzukaufen bzw. herstellen zu lassen. Da sie stets bar zahlen, so glauben sie um so mehr ihren Lieferanten die Preise vorzuschreiben zu können und gehen mitunter in der Preisbestimmung so weit, daß die Herstellungskosten bisweilen kaum gedeckt werden.“

Was die Frage anbetrifft, welche Mittel anzuwenden sein würden, um die Abwälzung der Warenhaussteuer von den Unternehmern auf die Lieferanten zu verhindern, so halten wir es kaum für möglich, daß derartige Mittel auf dem Wege der Gesetzgebung zu finden sein werden. Das einzige wäre vielleicht, das Ausbeuten der Lieferanten seitens der Warenhäuser als Verbrechen zu bestrafen. Wir glauben jedoch, daß es, falls auf gesetzlichem Wege die Abwälzung der Steuer nicht zu verhindern sein wird, für die Zukunft den Gewerbelammern überlassen bleiben kann, sich gegen die Abwälzung zu schützen, insofern denselben die Möglichkeit gegeben ist, die an die Warenhäuser zu liefernden Waren um den gewöhnlichen Preis nachlässiger herzustellen. Dadurch wird gerade eine der beabsichtigten Wirkungen der Warenhaussteuer erzielt: Die Ware wird schlechter und der überbordante Käufer wird sich gewiß vor weiteren Einkäufen im Warenhaus hüten. Deshalb erscheint uns die Einführung einer Besteuerung der Warenhäuser auch im Hinblick auf die Erzeugung der Waren unbedenklich. Des Weiteren halten wir es nicht für ausgeschlossen, daß sich die Hersteller zum Schutze gegen Uebergriffe der Warenhäuser zusammenzuschließen und gegen etwaige noch weitergehende Preisdrückereien vorgehen werden.“

Man sieht aus dieser gewundenen Antwort, daß die Mittelständler unter einer Antwort verlegen sind, daß sie im übrigen aber die ganze Sache nur von einem Geschäftspunkt aus beurteilen, ohne Rücksicht auf die Schäden, die der Volkswirtschaft und dem soliden Geschäftsgebaren dadurch zugefügt werden.

Die bayerische Gemeindevahlreform.

München, 22. Juni. Die Abgeordnetenkammer hat heute mit 112 gegen 7 Stimmen das neue Gemeindevahlgesetz angenommen.

Der Kampf um das Knappschaftstatut.

Bonn, 20. Juni. In der heutigen ordentlichen Generalversammlung des allgemeinen Knappschaftsvereins wurde das vom Vorstand vorgelegte neue (siebente) Statut von den Werks-

berkrettern und den Ältesten (Arbeitervertretern) ohne Debatte einstimmig angenommen.

Der neue Entwurf erfüllt im Grundfay die von den Ältesten erhobene Forderung auf Erhöhung der Beiträge der Invaliden mit 5 bis 22 Dienstjahren. Dabei ist eine Erhöhung der Beiträge über 98 Pf. nicht erforderlich. Die Verteilung, die jährlich über 200 000 M. beträgt, wird durch die Erhöhung des Fünftels der vom Knappschaftsverein ausgetretenen Gelder aufgebracht. Die neuen Satzungen treten am 1. Juli in Kraft mit Rückwirkung vom 1. Januar d. J.

Säuberung — kein Terrorismus.

Die Krieger- und Landwehrvereine im Regierungsbezirk Magdeburg entwickeln eine fieberhafte Tätigkeit, um ihre Reihen zu säubern. Sie haben bei der Landtagswahl überall sorgfältig die Abstammung der Wähler kontrolliert und alle ihre Mitglieder, die nicht vordemokratisch, d. h. sozialdemokratisch, gestimmt haben, erhalten jetzt einer nach dem anderen die Mitteilung, daß sie aus dem Verein ausgeschlossen worden seien, weil sie durch ihre Abstammung nicht der Anforderung der Pflege und Betätigung der Liebe und Treue zu Kaiser und Reich entsprechen hätten und nicht den guten Geist im Verein durch Wort und Tat hätten fördern helfen. So wurde in Salze der Arbeiter W. Koch ausgeschlossen, der 30 Jahre dem Landwehrverein angehört und gar nicht Sozialdemokrat ist, auch keiner politischen Organisation angehört. In Egelin erhielten der Maurer und Kaufmann F. Koch und der Barbier S. Koch die Mitteilung, daß ihre Namen in der Liste des Krieger- und Landwehrvereins gestrichen seien. Der Maurer gehörte dem Verein ebenfalls schon drei Jahrzehnte an. Auch in Arneburg wurden zwei Mitglieder des Kriegervereins nicht länger für würdig befunden, diesem anzugehören. Und schließlich ist noch aus W. Salze zu melden, daß dort gleich eine größere Anzahl von Mitgliedern aus der Kriegerkameradschaft auf dem kürzesten Wege hinausgeschoben wurde. Man „säubert“ also gleich gründlich, aber Terrorismus ist das beileibe nicht. — Mißliebige Arbeiter sollten übrigens selbst einsehen, daß sie nicht in diese Verhältnisse der Quaxpatrioten, diese Schutzvereine der Reaktion, hineingehören!

Vom badischen Volksschulstudium

Sprach auf dem Dortmunder Lehrertage der Mannheimer Hauptlehrer Ködel. Grundföhrlich bestehe noch die Halbtagsschule und jeder Lehrer habe in zwei Klassen zu unterrichten. „Waden müßte eigentlich ganz nahe an das Land grenzen, das einen Dörsenlopf im Wappen trägt.“ Am Freitag hat nun der badische Unterrichtsminister v. Dusch in der Ersten badischen Kammer angekündigt, daß gegen Ködel vorgegangen wird, sobald die Verhandlungen von Dortmund im Wortlaut vorliegen. Zum Volksschulstudium noch die Mahregelung seiner Kritiker!

Chronik der Soldatenmishandlungen. Das Kriegsgericht der 26. Division in Darmstadt verurteilte den Unteroffizier Gustav Kowelzig der 5. Kompanie des Infanterieregiments Nr. 117 wegen Mishandlung Untergebener in 24 Fällen zu 1 Jahr Gefängnis und Degradation.

Italien.

Das Gewaltregime der Regierung.

Rom, 22. Juni. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Mit unerhörter Brutalität ist die italienische Regierung gegen die streikenden Arbeiter vorgegangen und mit allen Mitteln der Gewalt sucht sie den Generalstreik in Parma niederzuschlagen. Sie hat alle Leiter des Streiks in Parma verhaftet und dazu noch gegen 100 Streikende. Die Arbeitskammer wurde militärisch besetzt; das geschäftsführende Komitee verhaftet und wegen Aufreizung zum Volksaufstande angeklagt. Die Streikkasse wurde wider alles Recht und Gesetz beschlagnahmt. Gestern und vorgestern kam es zu Konflikten, in denen viele Arbeiter verwundet wurden. Glücklicherweise ist kein Todesfall zu verzeichnen. Die offizielle Behauptung, daß ein Karabiniere von Streikenden durch einen Schuß verletzt wurde, ist eine Lüge; er wurde durch das losgehende Gewehr eines Kameraden angeschossen. Von heute schickt jede Nachricht, da die Depeschenzensur außerordentlich streng gehandhabt wird. Für sozialistische Abgeordnete sind im Streikgebiet. Ein Komitee aus Vertretern der Landarbeiter und des Verbandes der Arbeits-Konföderation übernahm die Streikleitung. Alle Verichte brandmarken das provokatorische Verhalten der Streikbrecher. Das Organ des Syndikalisten von Parma appelliert an die Solidarität des italienischen Proletariats und fordert die Proklamierung des Generalstreiks. Doch ist es nicht wahrscheinlich, daß es zu dieser äußersten Maßregel, die im gegenwärtigen Moment vielleicht nicht opportun wäre, kommen wird.

Oesterreich.

Der Studentenstreik.

Wien, den 22. Juni. Der Studentenstreik ist beendet. In allen österreichischen Hochschulen wurden die Vorlesungen heute ohne Zwischenfall wieder aufgenommen. Nur in Innsbruck wird noch gestreikt; aber auch dort dürfte der Streit morgen beendet sein.

Eine Anerkennung des Rektors.

Am Eingang der Universität war eine Bekanntmachung des Rektors angeschlagen, in der er mit großer Freude feststellt, daß die Wiederaufnahme der Vorlesungen im Endernehmen mit den Vertretern aller Gruppen der Studentenschaft erfolgt sei, und sodann seine Befriedigung darüber ausdrückt, daß die tiefgehende Bewegung, welche die österreichische Studentenschaft durch die politischen Ereignisse zu einer operativen imponenten Kundgebung trieb, nunmehr durch die wiederhergestellte Einigkeit zwischen den Studenten und den akademischen Behörden einen glänzenden Abschluß gefunden habe.

Die nützigen Worte des Rektors, Professor Ebner, sind um so anerkannterwert, weil sie zugleich die Antwort, ja eine scharfe Abfertigung der kaiserlichen Kreuzzüge von der „neuen Gesellschaft“ bedeuten. In Preußen-Deutschland ist diese nützige Pflichttreue längst ausgestorben.

Frankreich.

Ein Gedenktag.

Paris, 21. Juni. Zum Gedenken der blutigen Ereignisse während der Weindauerkrisis im vorigen Jahre versammelten sich hier heute gegen 40 000 Personen aus den Departements Gersault, Aude und Pyrénées-Orientales. Sie zogen mit Trauerfahnen und Trauerabzeichen in ruhiger Weise nach dem Rathaus, von wo sie sich unter Führung der Stadtverordneten und des Deputierten Ady nach dem Kirchhof begaben, um dort an den Gräbern der Opfer Kränze niederzulegen.

England.

Für das Frauenstimmrecht.

London, 21. Juni. Die Frauenstimmrechtlerinnen veranstalteten heute eine große Kundgebung, indem sie

in sieben Prozessionen nach dem Hyde-Park zogen, wo an mehreren Stellen Reden gehalten wurden. Im ganzen mochten an 30 000 Frauen aus allen Schichten des Volkes und einige tausend Mitglieder der unabhängigen Arbeiterpartei versammelt sein. Bei den Prozessionen, die von berittenen Schulreuten begleitet waren, kamen keine Aufregungen vor. Mehrere Vertreterinnen dieser Provinzialstädte waren auch gegen 80 Vertreterinnen des deutschen Frauenstimmrechtsbundes unter Führung von Fräulein Dr. Anita Angspurg und Vertreterinnen anderer europäischer Länder zugegen.

Die Nachwahl.

London, 20. Juni. Bei der Wahl zum Unterhaus in Pudsey (Grafschaft York) an Stelle des bisherigen liberalen Vertreters Whiteley erhielten Oddy (Unionist) 5444, Ogden (Liberal) 5331, Benson (Arbeiterpartei) 1291 Stimmen.

Die Wahl bedeutet einen neuen schweren Mißerfolg der Liberalen, die bei der letzten Wahl mit circa 8500 Stimmen Majorität gewählt wurden.

Ein Abkommen mit Rußland.

London, 22. Juni. Unterhaus. Dnych (Lib.) richtete folgende Anfrage an die Regierung: Ist ein Abkommen zwischen der englischen und der russischen Regierung betreffend die mazedonische Frage getroffen worden? Kann Staatssekretär Grey erklären, welches das Hauptpunkte dieses Übereinkommens sind? Hat das Übereinkommen die Zustimmung der anderen Signatarmächte des Berliner Vertrages erhalten? An Stelle des Staatssekretärs erwiderte Unterstaatssekretär Pease: Wir haben ein Abkommen mit der russischen Regierung getroffen, aber es war noch keine Zeit, sich mit den anderen Mächten zu beraten. Bis dies geschehen sein wird, kann Grey nicht sagen, welche Vorschläge in Konstantinopel gemacht werden würden.

Rußland.

Eine Ohrfeige für die Duma.

Petersburg, 20. Juni. Die Finanzkommission des Reichsrates hat die Beratung des aus der Reichsduma eingebrachten Gesetzentwurfs betreffend das Budget der Ausgaben des Seeministeriums für 1908 abgeschlossen. Dieses Budget ist von der Finanzkommission um 11 Millionen höher festgesetzt worden, als die Gesamtsumme, die von der Reichsduma festgesetzt war. Diese 11 Millionen sind mit der nötigen Kredit zum Bau neuer Kriegsschiffe und zur Auszahlung von Vorschüssen an die Kronwerften, welche für das Marinereffort Bestellungen auf kommerzieller Grundlage ausführen.

Die Duma hatte bekanntlich diese Kredite gestrichen und wurde wegen dieser oppositionellen Regung, deren Billigung durch Stolypin man voraussetzte, sehr gefeiert. Jetzt macht ihr der Reichsrat einen Strich durch die Rechnung und man darf neugierig sein, ob die Duma gehorchen oder Widerstand leisten wird.

Das Urteil im Pogromprozeß.

Warschau, 22. Juni. In dem Prozeß wegen des im Jahre 1906 verübten Pogroms wurde ein Angeklagter zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt, 13 weitere Angeklagte erhielten Gefängnisstrafen von sechs Monaten bis zu einem Jahr, 15 wurden freigesprochen.

Perken.

Die Forderungen des Schahs.

London, 22. Juni. Wie ein hiesiges Blatt aus Teheran meldet, sind die Minister bemüht, den Frieden wiederherzustellen, doch ist eine Einigung bei der Art der vom Schah gestellten Forderungen unwahrscheinlich. Diese enthalten unter anderem die Verbanung der nationalen Führer, Schließung der politischen Klubs, Zensur der Presse und Erhöhung der Palastgarde auf 10 000 Mann. Man befürchtet für morgen den offenen Ausbruch des Konflikts.

Indien.

Die Bewegung gegen die Engländer.

Kalkutta, 22. Juni. Als der Postzug aus Ostbengalen auf ein Halteplatz gegen Mitternacht in der Nähe von Barrackpur außerhalb der Station anhielt, wurde in einem Wagenabteil eine Bombe geworfen. Zwei Engländer wurden schwer verletzt, der Wagenabteil zerstört. Ueber die Motive zu dem Anschlag ist nichts bekannt.

Marokko.

Keine „Internationalisierung“.

Aus Madrid kamen gestern Meldungen, die eine Verschlimmerung der Situation besüchten ließen. Danach sollten sämtliche interessierten Nationen in Voraustrich möglicher Ereignisse Kriegsschiffe nach Marokko senden, jedoch einzig zu dem Zweck, um die Sicherheit des europäischen Eigentums zu gewährleisten. Die spanische Regierung hätte den spanischen Schiffen den übereinstimmenden Befehl erteilt, in den marokkanischen Gewässern zu ankern, sich jedoch keinesfalls in den Streit der beiden Sultane einzumischen. Wenn jedoch eine Gefahr, wie der Nachsch, sie aufordere, ihre Autorität für ihn einzusetzen, so sei ihm die Hilfe der europäischen Schiffe gewährt, da nun doch einmal Abdul Afis der alleinige durch die Signatarmächte der Algierasaltie anerkannte Sultan sei.

Danach hätte eine Internationalisierung des Marokkoabenteuers gedroht, die leicht zu weiteren Verwicklungen hätte führen können. Jedoch scheinen die Mitteilungen falsch zu sein und die Berliner amtlichen Kreise liegen offenbar fernher, daß von einer Flottenaktion der Mächte nichts bekannt sei.

Eine Botschaft Muleh Hafids.

Paris, 22. Juni. (W. T. U.) Aus Tanger wird gemeldet, daß Si Kassa ben Dmer, der Minister des Scheichens Muleh Hafids, an die Gesandten der fremden Mächte ein neues Schreiben gerichtet habe, in dem er den Einzug Muleh Hafids in Fes anzeigt und erludt, daß die fremden Mächte Muleh Hafid als einzigen und wahren Sultan anerkennen möchten. Die Gesandten haben sich darauf beschränkt, dieses Schreiben ihren Regierungen zu unterbreiten.

Amerika.

Die Vereinigten Staaten als Vormund.

New York, 20. Juni. Das Schlachtschiff „New Hampshire“ ging mit 400 Marinesoldaten und sechs Feldgeschützen nach Panama in See, um während der Wahlen in Panama die Ordnung aufrechtzuerhalten. Damit sind bereits 800 Marinesoldaten nach dem Isthmus unterwegs.

Aus Industrie und Handel.

Die Industrie im Osten.

Der vor kurzem erschienene Jahresbericht Ostdeutscher Industrieller für das Jahr 1907 enthält unter anderem folgende, die Lage der östlichen Industrie charakterisierende Mitteilungen:

„Der Niedergang des Erwerbslebens, der in der zweiten Hälfte des Jahres 1907 fast allgemein eintrat und die deutsche Industrie stark in Mitleidenschaft zog, hat sich auch im Osten unseres Vaterlandes sehr bemerkbar gemacht. Während manche Betriebe in der ersten Hälfte des Berichtsjahres noch

religiöse Beschäftigung hatten, waren sie im Herbst um Aufträge verlegen. Besonders das Baugeschäft litt außerordentlich unter der großen Geldknappheit und dem dadurch bewirkten hohen Diskont. Infolgedessen stockte auch der Absatz der Industriebetriebe, die im Vangewerbe einen ständigen, bedeutenden Abnehmer haben, also vor allem der Holzindustrie, der Metallindustrie und der Industrie der Steine und Erden. Die Preise der meisten Rohstoffe sind im Berichtsjahre weiter gestiegen, doch befanden sich die Preise für die fertige Ware häufig nicht im Einklang mit den gestiegenen Rohstoffpreisen und mit dem zum Teil wesentlich erhöhten Arbeitslöhnen. Infolge der allgemeinen Teuerung (1) mußten nämlich auch die Arbeitslöhne hinaufgesetzt werden, was von billig denkenden Unternehmern ohne Arbeitergung geschah. Freilich wurden mitunter seitens der Arbeitergung unberechtigte Forderungen erhoben, die mit Rücksicht auf die Rentabilität der Fabriken und aus Gründen der Fabrikdisziplin zurückgewiesen werden mußten. Von zahlreichen Fabriken wird über Mangel an tüchtigen und brauchbaren Arbeitern geklagt. Ferner hatten viele Betriebe unter dem Mangel an Eisenbahnwagen sehr zu leiden.

Namentlich aber wurde im Berichtsjahre bittere Lage darüber geföhrt, daß behördliche Aufträge, die im Osten sehr wohl hätten ausgeführt werden können, der auswärtigen Industrie, namentlich der des Westens zugewiesen wurden. Obwohl das gegen die östliche Industrie herrschende Vorurteil vielfach einem gewissen wohlwollenden Entgegenkommen Platz gemacht hat, beweisen doch mehrere Fälle, die zu unserer Kenntnis gelangt sind, wiederum recht deutlich, daß einige Behörden des Ostens keine Neigung zeigen, die östliche Industrie bei der Vergabung ihrer Aufträge zu berücksichtigen und dadurch zur Hebung des Ostens beizutragen.

Zudem hat die östliche Industrie im Berichtsjahre mehrere empfindliche Schläge erlitten. So wurde der Betrieb des Steinsalzbergwerkes Hohenalza, eines bis dahin blühenden, vorbildlichen Unternehmens, im Juni durch Wassereintrich in die Schächte zum Stillstand gebracht. Ferner wurde die große Stuhlfabrik in Gossentin, Kreis Neustadt i. Westpr., durch eine schwere Feuersbrunst ganz außerordentlich benachteiligt. Auch sind noch eine ganze Anzahl Betriebe des Ostens in finanzielle Schwierigkeiten geraten, die hier und da sogar zum Konkurs geführt haben.“

Daß die östliche Industrie kein besonderes Glückselig ist, ist allerdings allgemein bekannt. Trotzdem besangen aber auch hier teilweise recht hübsche Dividenden zur Verteilung. Charakteristisch bleibt der Vorwurf, daß die Behörden, die sich sonst im Ostmarkenrummel nicht genug tun können, die östliche Industrie völlig vernachlässigen. Daß die Wägne von „billig denkenden Unternehmern“ so ohne weiteres hinaufgesetzt wurden, sowie, daß seitens der Arbeiter unberechtigte Forderungen gestellt wurden, die aus „Gründen der Fabrikdisziplin“ nicht bewilligt werden konnten, steht mit den Tatsachen teilweise doch etwas stark in Widerspruch. Was aber sagen die „Ostmarken“ im Westen zu den obigen Vorwürfen?

Preisermäßigung.

Wie die „Allnische Zeitung“ meldet, wurden in der Sitzung des Roheisen-Syndikats in Düsseldorf am Sonnabend die Verkaufspreise ab 1. Juli d. J. wie folgt festgesetzt: Haematit 70 M., Gießerei-Roheisen I 72 M., Gießerei-Roheisen II 69 M., die 1000 Kilogramm Frachtgrundlage Oberhausen; Qualitäts-Puddeleisen 70 M. sowie Stahl- und Bessemer-Eisen 72 M. Frachtgrundlage Siegen.

In der letzten Sitzung der Vereinigung rheinisch-westfälischer Bandelisenwalzwerke wurden die Grundpreise auf 127,50 M. bezw. 125 M., Frachtgrundlage Aßin-Dortmund, festgesetzt.

Soziales.

Der Terrorismus einer Arbeitgeberorganisation.

In den Räumen des § 153 der Gewerbeordnung ist der Bäderinnungs-Obermeister Frh. Schmidt nun doch hängen geblieben. Alle Versuche, sich herauszugewappeln, die er vor Gericht gemacht hatte, haben ihm nichts genützt. Die Berichteten vor acht Tagen (in Nr. 138 vom 10. Juni) über den Prozeß, in dem er aus Anlaß des Wädestreiks von 1907 und des daran anschließenden Wädereiboykotts sich hineingehängt hatte. Die Verurteilung des Urteils, die ausgesprochen worden war, ist gestrichen erfolgt. Die 5. Strafkammer des Landgerichts I Berlin hat gegen den Obermeister der Bäder-Innung „Concordia“, Herrn Frh. Schmidt, wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung auf eine Gefängnisstrafe von 3 Tagen erkannt, den mitangeklagten Obermeister der Bäder-Innung „Germania“, Herrn Gustav Mikewitz, hat sie freigesprochen.

Das Gericht hat die Tatbestandsmerkmale des § 153 der Gewerbeordnung gefunden in der durch die Zeitungen der beiden Innungen veröffentlichten Flugblätter usw., die die Meister durch Bedrohung mit einer Gefesperre, sowie durch Beschlagnahmen davon abzubringen suchten, die Forderungen der Gesellen zu bewilligen. Dem Obermeister Mikewitz habe nicht nachgewiesen werden können, daß er an der Abfassung und Verbreitung dieser Druckschriften beteiligt gewesen sei, er habe daher freigesprochen werden müssen. Dagegen sei der Obermeister Schmidt in herbortragendem Maße daran beteiligt gewesen. Herr Schmidt habe vor Gericht erklärt, er habe mit jenen Veröffentlichungen den Innungsmeistern nur einen „wohlmeinenden Rat“ geben wollen, damit sie wüßten, wie sie sich zu verhalten hätten. Es habe sich nur um eine „leere Drohung“ gehandelt, von vornherein sei ihm klar gewesen, daß die Gefesperre sich gar nicht durchführen lassen würde. Das Gericht hat ihm das nicht geglaubt, vielmehr hat es angenommen, der Herr Bäder-Innungs-Obermeister habe durchaus die Voraussetzungen des § 153 der Gewerbeordnung erfüllt, er habe mit jenem „wohlmeinenden Rat“ in einer strafbaren Weise auf andere Meister einwirken wollen, habe durch Drohungen und Ehrverletzungen die dem Innungsbeschlusse zuwiderhandelnden Meister bestimmen wollen, zurückzutreten von den mit den Gesellen getroffenen Vereinbarungen zur Erlangung günstiger Arbeitsbedingungen. Auch Herrn Schmidt's Einwand, daß er in Notwehr gehandelt habe, hat auf das Gericht keinen Eindruck machen können. Der Angriff gegen die Innungsmeister sei, so fährt das Urteil aus, von den sozialdemokratischen Gesellen gekommen, die inkriminierten Veröffentlichungen aber seien gerichtet gewesen nicht gegen die Gesellen, sondern gegen diejenigen Meister, die sich nachgiebig gezeigt hätten. Bei der Strafmaßung sei als mildernd in Betracht gezogen worden, die Festigkeit des Kampfes, in dem der Obermeister Schmidt in vorderster Reihe habe stehen müssen, sowie die Erbitterung der Innungen über den Boykott und über die Reskone, die von den bewilligenden Meistern mit den Bewilligungsplakaten getrieben worden sei. Das Gericht habe aber keinen Anlaß gesehen, nur auf die vom Staatsanwalt beantragte niedrigste Strafe von 1 Tag Gefängnis zu erkennen. Schmidt habe die Tragweite seiner Handlungen wohl übersehen können, sie seien zu sühnen durch eine Gefängnisstrafe von 3 Tagen.

Herr Obermeister Frh. Schmidt, der nun für den von den Bäder-Innungen Groß-Berlins geübten Terrorismus zu büßen hat, schien samt seinen im Zubehörraum sitzenden Innungsbrüder sehr schmerzhaft davon betroffen zu sein, daß die zweifelhafte Waffe des § 153 sich hier auch einmal gegen einen Arbeitgeber richtete.

Wenn die Strafbüße, an den gegen Arbeiter erlassenen Strafen gemessen, eine außerordentlich milde und die Strafverfolgung erst auf Beschwerden gegen Staats- und Oberstaatsanwaltschaft erfolgt ist, so ist doch nunmehr an einem Beispiel der Praxis nachgelegt, daß der § 153 der Strafverordnung und andere Strafbestimmungen, die nur gegen Arbeiter angewandt werden, auch gegen Arbeitgeber nach dem Gesetz Anwendung finden müssen. Der Obermeister Schmidt ist nur einer von den vielen Arbeitgebern, gegen die Anklage aus § 153 O.-D. usw. zu erheben wäre.

Ein Kronzeuge der Streikjustiz.

Im Frühjahr streikten in Göttingen die Drochsenkutscher. Natürlich durfte dieser Streik so wenig wie irgend ein anderer in Preußen vorübergehen, ohne daß einige rechtschaffene Arbeiter mit Hilfe eines Streikbrecherreides ins Gefängnis gebracht waren. Zwei ausständige Kutscher der Firma Korarumpf in Göttingen sollten ihren „Kollegen“ Rohrig „beleidigt“ und „bedröht“ haben und wurden lediglich auf das Zeugnis dieses Arbeitswilligen auch mit vierzehn Tagen Gefängnis bestraft. Ein während des Streikes in Göttingen anwesender Beamter des Transportarbeiterverbandes mußte ebenfalls einen Prozeß aus § 153 über sich ergehen lassen, in dem Rohrig als gewichtiger Zeuge auftrat und unseren Genossen z. B. beschuldigte, ihm vor dem Bahnhof die Fügel seiner Pferde durchschnitten zu haben! In diesem Prozesse erfolgte in zweiter Instanz Freisprechung. Zeuge Rohrig hat aber inzwischen die Reue ererbt. Die Göttinger Strafkammer beurteilte ihn am 19. Juni wegen Untreue und Unterschlagung zu vierzehn Tagen Gefängnis. Als Inspektor der Versicherungsgesellschaft „Victoria“ hatte er einen größeren, in Göttingen einlassierten Prämienbetrag für sich verbraucht. Rohrig blieb seiner Reue wegen für Räuber-gefühle, wie er sie vordem als Zeuge über den „Terrorismus“ streikender Arbeiter verappt hatte, auch in seiner Rolle als Angeklagter treu. Er erzählte, Räuber hätten ihm nachts auf der Weender Chaussee seine ganze Borschaft abgenommen. Ohne die Erbsicherung des Hausanfalls würde das Gericht dem „Herrn Inspektor“ wahrscheinlich geglaubt haben, daß er sich ein Verfügungsrecht über die unterschlagenen Prämien eingekauft habe.

Und auf das Zeugnis solcher Menschen hin müssen ehrliche Männer und Familienväter ins Gefängnis wandern und hohe Gerichtskosten zahlen — denn dieser Rohrig ist ein Typus, kein Einzelfall!

Die Resolutionen gegen „Vertragsbruch“ zustande kommen.

Unter welchen Umständen die „Kontraktbrüche“ auf dem Lande vielfach zustande kommen, zeigt eine für die hinterkommischen Wohnungsverhältnisse recht charakteristische Veröffentlichung eines Agrariers in einem Stolper Blatte. Dem Rittergutsbesitzer von Wallentin in Grapitz war eine Arbeiterfamilie „kontraktbrüchig“ geworden, die auf dem Gut des Westjägers Benjam in Damerkow Aufnahme fand. Enttäuscht hierüber unterbreitete der Agrarier dem landwirtschaftlichen Verein eine Resolution, nach welcher von der Regierung die Verstrafung der Arbeitgeber gefordert wird, die kontraktbrüchige Arbeiter aufnehmen. Als diese Resolution angenommen worden war, veranlaßte Benjam, gegen den sie sich zunächst richtete, eine Veröffentlichung, in der es u. a. heißt, daß die Frau des betreffenden Arbeiters des öfteren zu ihm gekommen sei und ihm geklagt hätte, daß ihnen der Inspektor des Wallentin, trotz mehrmaliger rechtzeitiger Kündigung, den Entlassungsschein regelmäßig verweigerte. Das Haus, in dem die Leute wohnten, sei, wie Benjam aus eigener Wahrnehmung versichert, dem Einsturz nahe. Das Viehchen das und Gut der Leute sei fast verkauft, weil der Regen von allen Seiten in die Wohnung strömte. Bei Regenwetter mußten die Leute mit den Kindern aus dem Hause, um sich einen trockenen Platz zu suchen! Weil ihn das Ehepaar fortwährend gebeten habe, sie zu sich zu nehmen, da sie in der Wohnung unmöglich länger bleiben könnten, habe er ihnen schließlich den Wunsch erfüllt. Heutzutage hält Benjam dem Junker mit solch doctoren Wohnungsverhältnissen weiter vor, daß er in seiner Eigenschaft als Amtsvorsteher ein Einschreiten gegen einen Kontraktbrüchigen abgelehnt habe, weil es sich um einen Benjamischen Arbeiter gehandelt habe. — Rette Zustände, die da durch den Jwitz zufällig bekannt werden. — Herr v. Wallentin wird allerdings anführen können, daß die Wohnungsverhältnisse der Landarbeiter bei seinen Klassen genossen auch nicht besser sind. Und da wundern sich diese Leute noch über die Zunahme des „Kontraktbruchs“.

Prämien für Unterschlagungen.

Der Glasermeister Bartelt in Friedenau zog 857 Mark 54 Pf. Klassenbeiträge vom Lohn der Arbeiter ab, führte die Beiträge jedoch nicht an die Ortskassiererin in Friedenau ab. Hierfür erhielt er vom Amtsgericht Berlin-Schöneberg ganze — neun Mark Strafe zugesprochen. Darf man sich bei solcher Reue mit 148 Mark 54 Pf. für Unterschlagungen wunden, daß die Unterschlagungen seitens Arbeitgeber nicht abnehmen. Selbstredend sind es in erster Linie so Prämiierte, die dann über die für Arbeitgeber unerwartungslie Höhe der „Kasten“ der Versicherungsgesetzgebung klagen.

Gewerkchaftliches.

Ein genialer Baumeister.

Wir nahmen kürzlich von der „Weisheit“ eines Amtsblattes Notiz, das seinen Lesern die Mitteilung machte, der Streik im Baugewerbe in Berlin habe 20 Mill. Mark gekostet. Ironisch bemerkten wir dazu, daß, da die Arbeiter durch die Ausperrungswut der Unternehmer erzwungen worden sei, nach der Logik des zitierten Blättchens die Baugewaltigen die Verantwortung für ein ungeheures volkswirtschaftliches Verbrechen zu tragen hätten. In der Redaktion des „Zentralblatt für das deutsche Baugewerbe“ hat man die Ironie anscheinend nicht verstanden. Um sich rein zu waschen von Schuld baut man eine Argumentation zusammen, die noch verwohener ist, als die des erwähnten Amtsblattes und leicht zu einer Katastrophe führen kann. Wiederliche Konstruktionen haben ja schon öfter Unglücksfälle herbeigeführt. Der geniale Baumeister ließ folgendes Gebäude entstehen:

„Die vorjährige Ausperrung war eine taktische Maßnahme, genau wie der bald darauf folgende Streik. Es zeigt entweder von maßloser Neugierde oder von gewissenloser Unkenntnis der wahren Verhältnisse, wenn der „Vorwärts“ jetzt von „Ausperrungswütigen“ redet, statt die Bewegung in ihrem großen Zug zu beurteilen. Die ganze Aktion erfolgte, das steht unüberleglich fest, auf Initiative der Arbeitnehmer, die den zu verhandelnden Tarifvertrag mit dem Achtstundentag belassen wollten. Die Arbeitgeber verteidigten nur ihre Position. Die „Ausperrung“ wurde ihnen zugeschoben, damit man, wie die Auslassung des „Vorwärts“ aufs neue beweist, nachher den Unschuldigen spielen konnte. Das wußten die Arbeitgeber damals wohl, aber sie wußten auch, daß sie derartige Versuche jederzeit durch die Tatsachen widerlegen konnten, und zögerten deshalb nicht, den notwendigen Gegenzug zu tun. Will man überhaupt mit den speziellen Begriffen die Signatur der Bewegung kennzeichnen, so spricht man demnach richtiger von „Streik“ als von „Ausperrung“, denn es lag ein Angriff der Arbeitnehmer, nicht der Arbeitgeber vor.“

Das Fundamentale dieses Wunderbaues ist die Argumentation: die Ausperrung war keine Ausperrung, sondern ein Streik, weil die Unternehmer durch die taktische Maßnahme der Arbeiter zu der Ausperrung gezwungen worden sind. Das ist wirklich grandios! In unbewußter Selbstverherrlichung schließt der Baumeister sein Kunstwerk mit dem lateinischen Sinnpruch: „Si tacuisses!“ —

Verantw. Redakt.: Georg Davidsohn, Berlin. Interzentraleicil becontw.; Th. Wloke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag, u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Wir akzeptieren die Argumentation von wegen: „Ausperrung ist Streik!“ Gestatten und jedoch auch, den Gedanken logisch weiter zu spinnen: Ist die Ausperrung Streik, dann ist jeder Streik eine Ausperrung, wenn die Unternehmer durch ihre Taktik die Arbeiter in den Streik treiben. Demnach fallen die volkswirtschaftlichen Verbrechen für die von den Unternehmern erzwungenen Streiks diesen zur Last. Für seine Mäßigkeit und seine pyramidale Logik sind wir dem Konstrukteur des Satzes: Streik ist Ausperrung! sehr verbunden. Aus Dankbarkeit wollen wir, trotz unserer „gewissenlosen Unkenntnis“, zur Erleichterung der ihn nun schwer drückenden Last des Verantwortungsbewußtseins wegen der diesen durch Streiks-Ausperrungen begangenen volkswirtschaftlichen Verbrechen, mitteilen, daß die Kritik in der Bauindustrie andere Ursachen hatte als der Ausperrungstreik. Im „Berliner Jahrbuch für Handel und Industrie“, Jahrgang 1906 (Bd. 1) ist bereits (Seite 4) zu lesen:

„Die Wirkungen der Versteifung des Geldmarktes zeigten sich bereits darin, daß dem Baumarkt die Geldmittel anfangen knapp zu werden, wodurch die Lebhaftigkeit im Baugewerbe gegen das Vorjahr bis zum Schluß des Berichtsjahrs in steigendem Maße nachließ.“

So sah es bereits im Jahre 1906 aus und im Jahre 1907 gestalteten sich die äußeren Verhältnisse für das Baugewerbe noch ungünstiger.

Ein arbeitswilliger Mörder. Wie ein Lauffeuer durchzieht am Freitagabend die Kunde von einer Mordtat die Stadt Sommerfeld. Der frühere arbeitswillige Ziegeleiarbeiter August Alinke erstach den Verbandskollegen Gustav Kalische, so daß der Tod eintrat. Der Ermordete hinterläßt eine Frau und drei Kinder. Der Mörder wurde dem Amtsgericht überliefert.

Berlin und Umgegend.

Die Dachbeder nahmen in einer Versammlung am Sonntag Stellung zu dem Vorschlag der Unternehmer, die zugestandene Lohn-erhöhung von 2 1/2 Pf. pro Stunde erst ein Jahr später stattfinden zu lassen. Dem abgeschlossenen Tarifvertrag gemäß sollte vom 1. Juli d. J. ab der Lohn von 80 Pf. auf 82 1/2 Pf. pro Stunde erhöht werden. Die Unternehmer führen nun an, daß die ungünstige wirtschaftliche Lage eine Verzögerung der Lohnerhöhung wünschenswert erscheinen lasse. Ferner wünschten sie, daß die gegenwärtige Arbeitszeit von 8 1/2 Stunden auf 9 Stunden verlängert werde. Der Verbandsvorsitzende Görnig unterbreitete der Versammlung die Vorschläge der Unternehmer und empfahl in bezug auf die Lohn-erhöhung, den Termin bis zum 1. April nächsten Jahres zu verlängern, dagegen jede Verlängerung der Arbeitszeit rundweg abzulehnen. Görnig begründete seine Empfehlung hauptsächlich damit, daß die vielen Arbeitslosen im Gewerbe die Stellung des Verbandes dem Tarifverträge gegenüber erschweren. — In der Diskussion erklärten sich sämtliche Redner gegen Annahme der Vorschläge der Unternehmer. Gegen jeden Unternehmer, der den vereinbarten Tarif jetzt nicht einhalte, müßten sofort die entsprechenden Maßnahmen ergriffen werden. Die Versammlung nahm einstimmig einen Antrag an, über die Vorschläge der Unternehmer einfach zur Tagesordnung überzugehen.

Die Organisation der Christlichen hat die Vorschläge angenommen, allerdings nur mit einer Majorität von 4 Stimmen, die unter großen Lärmjahren zustande kam und überhaupt angezweifelt wird.

Die Versammlung beschäftigte sich dann mit den unzulänglichen Maßnahmen zur Verhütung von Unfällen bei der Nordöstlichen Baugewerks-Vereinsgenossenschaft. Görnig gab bekannt, daß er schon oft Beschwerden eingereicht habe, die aber gewöhnlich nicht die gebührende Berücksichtigung fanden. Die Vereinsgenossenschaft stellt durch ihre mangelhaften Schutzvorrichtungen bei Neubauten Leben und Gesundheit der Dachbeder aufs Spiel und diese sind jetzt gezwungen, sich an die Deffektivität zu wenden, um das Gewissen der Unternehmer zu schärfen. Man habe beobachtet, daß gerade bei staatlichen oder kommunalen Bauten die Vorsichtsmaßnahmen gewöhnlich außer acht gelassen werden.

Die folgende Resolution gelangte zur Annahme: „Die am 21. Juni togende Versammlung der Dachbeder hat Kenntnis genommen vom Verhalten der Nordöstlichen Baugewerksvereinsgenossenschaft in bezug auf Anbringung von Schutzgeräten bei Neubauten. Die Versammelten verurteilen mit aller Entschiedenheit den einseitigen Standpunkt, welchen die Vereinsgenossenschaft in dieser Frage eingenommen hat und erwarten, daß der Anbringung von Schutzeinrichtungen mehr Verständnis als bisher entgegengebracht werde. Die Bestimmungen, die ein Arbeiten an Gurt und Leime vorschreibt, betrachten die Versammelten bei Neubauten als in jeder Beziehung unzureichend.“

Achtung, Drahtarbeiter! Die Drahtweber bei der Firma Hutter u. Schrang in Wien befinden sich im Streik.

Die Firma hat ihre Meister nach Deutschland geschickt, damit sie Arbeitswillige antreiben.

Da es nicht ausgeschlossen ist, daß einer dieser Meister auch nach Berlin kommt, so erwarten wir, daß jeder Drahtarbeiter etwaige Arbeitsangebote von dieser Firma zurückweisen wird.

Die Firma Hutter u. Schrang in Wien ist für Drahtarbeiter gesperrt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Ortsverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Eine nochmalige Verhandlung im Baugewerbe in der Frage des Tarifabschlusses.

Die unseren Lesern durch die Berichterstattung im „Vorwärts“ bekannt ist, regelte der am 27. April in Berlin für das Baugewerbe gefällte Schiedsspruch nur die Lohnfrage für die zur Verhandlung stehenden Lohnbegirte, während die übrigen Differenzpunkte — die wegen der verschiedenen örtlichen Verhältnisse durchaus nicht gleichartig sein können — zur weiteren Verhandlung in die örtlichen Instanzen verwiesen wurden, und die eventuell durch ein am Differenzort einzusetzendes Schiedsgericht ihre Erledigung finden sollten.

Die diesmaligen Tarifverhandlungen sind der erstmalige Versuch, für einen großen Teil der bedeutendsten Bezirke und einzelnen Lohngebiete des Reiches die Verhandlungen gemeinsam zu führen. Bei dieser Neuerung ergaben sich erklärlicherweise Schwierigkeiten, die erst durch Erfahrungen überwunden werden können.

Es machte sich deshalb eine nochmalige Verhandlung der Zentralverbände der in Betracht kommenden Organisationen erforderlich, in der die noch vorhandenen Streitigkeiten beigelegt werden sollten. Die Verhandlung wird wieder unter Vorsitz der drei unparteiischen Herren stattfinden und zwar in Berlin am 28. Juni und folgende Tage.

Generalausperrung in der westfälischen Textilindustrie!

Der Arbeitgeberverband des Münsterlandes hat beschlossen, allen organisierten Arbeitern dieser Industrie zu kündigen, im Fall bis zum Ablaufstermin der Kündigung keine Einigung bei der Firma Brinkhaus in Warendorf erzielt ist.

Bei dieser Firma kam es infolge Lohnhöhenunterschieden zur Ausperrung zahlreicher Arbeiter in Warendorf und Sassenberg, die dann den obigen Beschluß zur Folge hatten. In der Hauptsache ist der Christliche Textilarbeiterverband beteiligt.

Metallarbeiterstreik in Güstrow

Die Arbeiter der Stahlwerke in Güstrow in Meckl. (Inhaber L. Martins) sind in den Streik getreten. Die Arbeitsniederlegung hat folgende Ursachen:

Zwischen der Firma und den Arbeitern bestand ein Tarifvertrag, der am 15. August abläuft und von beiden Seiten rechtzeitig gekündigt worden ist. Die Betriebsleitung gab als Kündigungsgrund an, daß sie aus Konkurrenzgründen gezwungen sei, die Affordarbeit einzuführen. Bisher war diese ausgeschlossen.

Wegen dieses Streitpunktes hätte sich eine Einigung wahrscheinlich erzielen lassen, wenn nicht der Unternehmer in mehr als eigentümlicher Weise der Einführung der Affordarbeit vorgearbeiten hätte. Er führte zunächst Prämien ein. Wenn ein Arbeiter in kürzerer Zeit als bisher fertiggestellt wurde, bekam der streikende Arbeiter zum Lohn eine Extravergrütung. Hierdurch sollten die Kollegen zu außerordentlichen Leistungen angespornt und auf der genommenen Basis die Affordpreise festgesetzt werden. Es wurde ein neuer Meister eingestellt, der eine Treiberei einzuführen begann, wie sie früher in diesem Betrieb nicht bekannt war. Für Fleiß wurden Strafen bis zu 4 M. verhängt, auch in Fällen, wo den Formern ein Verschulden nicht nachzuweisen war.

Die Entlassung mehrerer Kollegen, die „zufällig“ immer Mitglieder des Arbeiterausschusses oder der Verwaltung einer der beiden in Betracht kommenden Organisationen waren, schlug dem Hof den Boden aus. Als am 17. Juni wieder ein solcher Fall eintrat, legten die Kollegen die Arbeit nieder. Verhandlungen zwischen Vertretern der Organisationen und Herrn Martins zerbrachen sich. Der Unternehmer fühlte sich im Recht. Aber er war es, der durch die Einführung der Prämien vor Ablauf der Vertragsdauer den Tarif gebrochen hat. Die Arbeits-einstellung erfolgte von den 120 im Betrieb Beschäftigten einmütig. Die Beteiligten sind alle im Deutschen Metallarbeiterverband oder im Fabrikarbeiterverband organisiert.

Zugung von Metallarbeitern aller Branchen ist von Güstrow strengstens fernzuhalten!

Versammlungen.

Der Zweigverein Berlin des Zentralverbandes der Maurer hielt am 17. Juni in Kellers großem Saal eine Generalversammlung aller ihm angehörenden Zahlstellen und Sektionen ab, in der als erster Punkt der Tagesordnung der erste Quartal 1908 auf der Tagesordnung stand. Zunächst verlas der bisherige Kassierer J. Hoff des Ortsvereins der zum Verband übergetretenen Freien Vereinigung der Maurer die letzte Abrechnung dieses Vereins, die mit 17 327,18 M. Einnahmen, 12 052,88 M. Ausgaben und einem Bestand von 5274,28 M. abschloß. Der Bestand ist der Zweigvereinskasse überwiesen worden. Die Generalversammlung erteilte dem Kassierer einstimmig Decharge. Darauf verlas der Zweigvereinskassierer Wartenberg den Kassensbericht. Die Einnahmen der Zahlstellen und Sektionen betragen samt den alten Kassensbeständen 157 808,29 M., die Ausgaben 12 214,61 M., so daß am Quartalschluß 145 653,61 M. Bestand vorhanden waren. Die Einnahmen der Zweigvereinskasse betragen 129 777,74 M., die Ausgaben — darunter 12 937 M. für Krankenunterstützung und 61 273,75 M. für Bauperrern — 109 341,49 M., so daß ein Bestand von 20 436,25 M. verblieb. Der Gesamtbestand des Zweigvereins samt seinen Zahlstellen und Sektionen betrug also am Quartalschluß 166 089,86 M. Der Zweigverein zählte zur selben Zeit 11 737 Mitglieder. Vom Ortsverein der Freien Vereinigung sind 1443 Mitglieder übergetreten. Die Generalversammlung erteilte dem Kassierer Wartenberg ebenfalls einstimmig Decharge. Es wurde sodann genaue Auskunft über das Inventar des ehemaligen Maurervereins gegeben, das gewissenhaft an den Zweigverein abgeliefert worden ist. Die Generalversammlung faßte den Beschluß, 500 M. der Bibliothekskasse zur Neuanschaffung von Büchern zu überweisen.

Es folgte die Auffstellung der Kandidaten zu den Wahlen der Delegierten zum außerordentlichen Verbandstag, der in Hannover stattfindet und am 30. August beginnt. Auf Vorschlag des Zweigvereins und der Vertreterversammlung beschloß die Generalversammlung, daß die Wahlen in den Zahlstellen und Sektionen erfolgen sollen. Sie finden am nächsten Mittwoch statt. Es sind im ganzen 11 Delegierte zu wählen. Die von den Zahlstellen und Sektionen vorgeschlagenen Kandidaten wurden mit wenigen Ausnahmen von der Generalversammlung gutgeheißen.

Die Generalversammlung beschäftigte sich dann mit verschiedenen Anträgen zum Verbandstag, die sich größtenteils auf Änderung einzelner Bestimmungen des Statuts bezogen.

Zentralverband der Schmiede. Die Zahlstelle Berlin des Schmiedeverbandes hielt am 18. Juni in Draßlitz Festfalten eine Mitgliederversammlung ab, in der beschlossen wurde, den Lokalbeitrag auf 10 Pf. festzusetzen, so daß noch Inkassotreten der neuen Verbandsbeiträge die Wochenbeiträge für die Zahlstelle Berlin in der 1. Klasse 70, in der 2. Klasse 50 Pf. betragen.

Als Bureaubeamter wurde Hentschel einstimmig wiedergewählt. In den Verbandsauschuss, dessen Vorsitzender Hasner ist, wurden Haberland, Vattmer, Sauerer und Kriening gewählt; in den Gewerkschaftsbeirat, dessen Vorsitzender Siering ist, Schlinzky, Hentschel, Schubert und Zimmermann. Ein Antrag der Verwaltung, der Parteikasse 200 M. als Beitrag zu den Unkosten der Landtagswahlen zuzubereisen, wurde ohne Widerspruch angenommen. Ferner wurde beschlossen, daß die Auszahlung der Unterstützungen nur an den Wochentagen stattfinden soll.

Erklärung. Von Genossen Simonowski geht uns, mit der Bitte um Veröffentlichung, folgende Erklärung zu:

In der Nr. 143 des „Vorwärts“ (dritte Beilage vom 21. Juni 1908, dritte Seite) befindet sich unter „Versammlungen“ auch ein Bericht von einer Versammlung des Verbandes der Krankenversicherungsbeamten, in welchem auch meine Person wiederholt genannt wird.

Ich erkläre hierzu, daß dasjenige, was über meine Person in diesem Bericht gesagt wird, die größte Unwahrheit und nur eine diesem Bericht gesagt wird, die größte Unwahrheit und nur eine Fälschung meiner Person ist. Ich erkläre weiter, daß ich sobald ich von meiner Reise zurückgekehrt bin, die nötigen Maßnahmen in dieser Angelegenheit ergreifen, die Sache weiter verfolgen und die Unwahrheiten berichtigen werde.

Hochachtungsvoll

Eugen Simonowski, Berlin, Müllerstr. 1a, zurzeit in Dresden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Bannunfall.

Breslau, 22. Juni. (V. S.) Ein schwerer Bannunfall ereignete sich heute nachmittag auf dem Neubau auf dem ehemaligen Hühnerschen Parzellgrundstück. Drei Arbeiter waren damit beschäftigt, eine Ladung Ziegel mit Hilfe eines Kranes in die Höhe zu winden. Als die Last bis in die Höhe des 3. Stockwerks gelangt war, brach die Mauer infolge Ueberlastung zusammen und die drei Männer stürzten in die Tiefe. Einer der Arbeiter erlitt so schwere Verletzungen, daß sein Zustand hoffnungslos ist, während die beiden anderen Arbeiter leichtere Verletzungen davontrugen.

Ein faulerer Schuldner.

Frankfurt a. M., 22. Juni. (V. S.) Wie die „Kleine Presse“ meldet, ist der Schuldner an einer Wädchenschule verhaftet worden. Er wird beschuldigt, sich an einem geistig zurückgebliebenen Schülmädchen vergangen zu haben.

Todesurteil.

Salzburg, 22. Juni. (V. S.) Der Buchbinder Coserer stürzte über die 80 Meter hohe Nordwand des Kapuzinerberges ab und fiel als Leiche in den darunter befindlichen Gassengarten unter die Gasse.

6. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands.

Hamburg, 22. Juni 1908.

Um 9 1/2 Uhr eröffnete der Vorsitzende der Generalkommission Karl Legien den Kongreß. Er begrüßte zunächst die Vertreter Dänemarks, Oesterreichs, Ungarns und der Schweiz als lebende Zeugen der internationalen Solidarität. Dann gedachte er des glänzenden Aufschwunges der deutschen Gewerkschaften. Fast zwei Millionen organisierte Arbeiter stehen hinter den versammelten Delegierten. Das sage ich nicht aus Nationalstolz, nicht um die Weiterarbeit durch Selbstzufriedenheit zu hemmen, sondern weil wir jahrzehntelang nach England, dem klassischen Lande der Gewerkschaftsbewegung, gesehen und geglaubt haben, daß wir das nie erreichen würden. Aber heute stehen wir nicht nur an Mitgliedszahl, sondern auch an Finanzkraft und Einwirkung auf das öffentliche Leben der Arbeiterorganisation keines Landes nach. (Beifall.) Hamburg aber ist historischer und klassischer Boden der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Schon 1808 fasste hier der Allgemeine deutsche Arbeiterverein das erste Sympathie- und Unterstützungsgesetz zugunsten der berufsgenossenschaftlichen Organisation. Manche Enttäuschungen begleiteten den Weg der Arbeiterorganisation, aber sie setzte sich gerade unter dem Sozialistengesetz hier in Hamburg durch, und während nicht eine öffentliche Arbeiterversammlung gestattet wurde, schlossen sich die gewerkschaftlichen Vereine immer fester zusammen. Nach dem Fall des Ausnahmegesetzes nahmen sie trotz vorübergehenden Stillstandes bald einen raschen, großen und anhaltenden Aufschwung. Aber diese Entwicklung vollzog sich nur unter dem lebhaftesten Widerstand der Regierung und der herrschenden Klassen! (Sehr wahr!) Ausnahmegesetz, Umsturzgesetz und Hochverratsvorlage sagen uns genug. Noch in der letzten Geschäftsperiode mußten wir das Berufsvereinsgesetz abwehren, das die Gewerkschaften nicht weniger schwer geschädigt hätte als die Zuchtansvorlage. (Sehr wahr!) Manche Bestimmungen des angeblich vom liberalen Geiste durchwehten neuen Vereinsgesetzes sind gleichfalls direkt gegen die Gewerkschaftsbewegung gerichtet (Sehr wahr!), so die Bestimmungen gegen die Jugendlichen, die wir erreichen müssen, und gegen die fremdsprachigen Arbeiter, die wir für unsere Organisationen brauchen. Und doch tun Regierung und herrschende Klassen unredlich, daß sie die moderne Arbeiterbewegung bekämpfen. Denn wenn Deutschland jetzt unter den Industriestaaten einen ersten Platz einnimmt und sogar dem alten Industriestaat England Konkurrenz machen kann, so dankt es das nicht seinem stehenden Heere und seinen Rüstungen, sondern der Intelligenz der deutschen Arbeiterklasse. (Lebhafter Beifall.) Diese Intelligenz aber dankt die Arbeiterklasse nicht den Herrschenden, sondern sich selbst. Aus eigener Kraft, mit Hilfe der Organisation hat sie sich emporgearbeitet zu einem Machtfaktor des wirtschaftlichen und politischen Lebens. (Sehr wahr!) Die Regierungen können sie wohl von Zeit zu Zeit umgehen, aber entziehen können sie sich unserem Einfluß auch nicht mehr. Ohne die Arbeiterorganisation kann das Reichsstatistische Amt keine Arbeiterstatistik machen. Wir haben die gewünschte Hilfe stets gern gewährt. Aber auf die Dauer ist der Zustand nicht haltbar, daß eine Reichsbehörde unsere Hilfe in Anspruch nimmt, während die anderen Reichsbehörden und nicht als vorhanden betrachten möchten. (Sehr wahr!) Wir werden uns die volle Anerkennung der Regierung erzwingen, bitten werden wir nicht darum. (Lebhafter Beifall.) Um das recht drastisch zum Ausdruck zu bringen, haben wir die Regierungen, die sich auf dem Heimarbeiterschutzkongreß nicht hatten vertreten lassen, wo es sich doch um die Befreiung der Lage der elendesten Arbeiterschichten handelte, zu diesem Kongreß nicht eingeladen. (Lebhafter Beifall.) Dieser Kongreß wird auch ohne amtliche Vertretung einen Fortschritt bedeuten zur völligen rechtlichen Anerkennung der deutschen Gewerkschaften. (Stürmischer Beifall.)

Ramens des Lokalkomitees begrüßte Genosse Grosse die Delegierten und hieß sie willkommen in Hamburg zu ernster Arbeit in der eigenen Waffenschmiede der Hamburger Arbeiter. Redner schilderte eingehend die vorbildliche Zusammenarbeit von Partei, Gewerkschaften, Genossenschaften und freien Hilfskassen in Hamburg, den Kampf gegen den Wahlrechtsraub und die großen Leistungen der „Produktion“. Hamburg habe auch die Frage der Jugendorganisation bereits entschieden. Es sei das nur eine Frage der Erziehung, nicht der selbständigen Organisation der jungen Leute. Im Anschluß an die Fortbildungsvereine sei die Jugend in Hamburg zweckmäßig organisiert. (Beifall.)

Es wird hierauf zur Wahl des Bureaus geschritten. Zu Vorsitzenden werden Legien und Wömelburg, zu Schriftführern Cohen-Berlin (Metallarbeiter), Schneider-Hannover (Fabrikarbeiter), & Appler-Altenburg (Mühlenarbeiter),

Wollmann-Charlottenburg (Porzellanarbeiter), Bartels-Dormund (Bergarbeiter) und Krätzig-Landshtut (Textilarbeiter) gewählt.

Wömelburg übernimmt den Vorsitz. Der Kongreß gibt sich seine Geschäftsordnung und setzt seine Tagungszeit fest auf 8-12 Uhr vormittags und 2-6 Uhr nachmittags.

Zu Mitgliedern der Mandatsprüfungskommission werden Hübsch (Textilarbeiter), Sasse (Bergarbeiter), Glöck (Tischler), Schmidt (Gärtner), Knäuper (Zimmermann), Kloth (Buchbinder) und Schulski (Transportarbeiter) gewählt.

Am Nachmittag soll eine neungliedrige Redaktionskommission gewählt werden, in der alle Industriegruppen vertreten sind. Sie erhält sofort den Auftrag, eine Resolution zu dem Punkte „Grenzstreitigkeiten“ auszuarbeiten, um die Debatte fruchtbar zu gestalten, sie abzukürzen — es liegen 18 Anträge vor — und ihr von vornherein eine bestimmte Richtung zu geben.

Es folgt die Festsetzung der Tagesordnung. Zu der von der Generalkommission vorgeschlagenen Tagesordnung sind folgende Änderungsanträge gestellt:

Der Verband der Sattler (Zahlstelle Hamburg) beantragt auf die Tagesordnung zu setzen: Gewerkschaften und Raiffeier.

Der Verband der Schuhmacher (Zahlstelle Pirmasens) will behandeln setzen: Zentral- und Industrieverbände.

Das Gewerkschaftsblatt Karlsruher beantragt als besonderen Punkt: Das Verhältnis der einzelnen Organisationen zu den Gewerkschaftsstellen, und schlägt außerdem vor, den Punkt: „Die Entwicklung der sozialen Gesetzgebung in Deutschland“ nicht als letzten, sondern als vierten Punkt auf die Tagesordnung zu setzen.

Wömelburg bemerkt zu diesen Anträgen: Die Generalkommission in Verbindung mit der Konferenz der Zentralvorstände schlägt vor, die Frage der Raiffeier im Rechenschaftsbericht der Generalkommission als besonderen Punkt zu behandeln. Dagegen fällt die Behandlung der Frage: Zentral- und Industrieverbände offenbar unter den Punkt „Grenzstreitigkeiten“ und braucht nicht besonders behandelt zu werden. Dagegen schlagen wir vor, die „Grenzstreitigkeiten“ an vierter Stelle zu behandeln und als fünften Punkt zu setzen: Die Entwicklung der sozialen Gesetzgebung in Deutschland.

So wird debattelos beschlossen. Der Antrag Karlsruhe wird abgelehnt.

Die Tagesordnung lautet demnach:

- 1. Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten.
2. Rechenschaftsbericht der Generalkommission.
Berichterstatter: E. Legien.
Beratung der Anträge, betreffend:
a) Allgemeine Agitation.
b) Arbeiterinnen-Sekretariat.
Berichterstatterin: J. Allmann-Berlin.
c) Agitation unter den Diensthöfen.
Berichterstatterin: S. Grünberg-Bürnberg.
d) Agitation unter den fremdsprachlichen Arbeitern.
e) Streikunterstützung und Streikstatistik.
f) Heimarbeiterschutz.
g) Kommission zur Verrückung des Kost- und Logiszwanges beim Arbeitergeber.
Berichterstatter: P. Wilm-Berlin.
h) „Correspondenzblatt“.
i) Raiffeier.
Die Punkte a, b, d, e und h sollen gemeinsam verhandelt werden.
3. Zentral-Arbeitersekretariat.
a) Bericht über die Tätigkeit.
Berichterstatter: R. Schmidt-Berlin.
b) Die Vertretung der Rechtsuchenden durch die Arbeiter- und Gewerkschaftssekretäre vor den Gerichten.
Berichterstatter: E. Lesche-Hamburg.
4. Die Grenzstreitigkeiten.
5. Die Entwicklung der sozialen Gesetzgebung in Deutschland.
Referent: D. Rolke-Buhr.
6. Die staatliche Versicherung der Privatangestellten.
Referent: W. Lange-Hamburg.
7. Die gewerkschaftliche Stellenvermittlung.
Referent: G. Bösch-Berlin.
8. Der Vorkriegs- als gewerkschaftliches Kampfmittel.
Referent: D. Allmann-Hamburg.
9. Die Organisation zur Erziehung der Jugend.
Referent: R. Schmidt-Berlin.
10. Beratung der nicht unter den vorstehenden Punkten erledigten Anträge.

Den Rechenschaftsbericht der Generalkommission erstattet

Legien: Der ausführliche schriftliche Bericht braucht nur in vier Punkten der mündlichen Ergänzung: 1. in der Frage des Verhältnisses der Gewerkschaften zu den Genossenschaften; 2. in der Frage der Raiffeier; 3. in der Frage des sogenannten gewerkschaftlichen Frauenblattes und 4. in der Frage der fremdsprachigen Arbeiter. Der Gewerkschaftskongreß in Köln hat bekanntlich den Genossenschaften einerseits seine Sympathien ausgesprochen, andererseits bestimmte Forderungen gestellt. Wir glauben, daß damit das Verhältnis endgültig geregelt sei in der Voraussetzung, daß der nächste Genossenschaftstag die Kölner Resolution zu der seinigen machen würde. Da das nicht geschah, wandte sich die Generalkommission an den Vorstand des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine mit der Frage, wie er sich zu den Forderungen der Gewerkschaften stelle. Der Vorstand erklärte, daß diese Forderungen in ihren Einzelheiten nicht so allgemein durch den Genossenschaftstag abgelehnt werden konnten, sondern daß zu ihrer Durchführung besondere Vereinbarungen nötig seien. Daraus ließ die Generalkommission die Sache zunächst auf sich beruhen, um abzuwarten, inwieweit die Forderungen erfüllt werden würden. Da kam die Düsseldorf'er Tagung der Konsumvereine und die dort angenommene Resolution ließ sich auf erheblichen Widerspruch in Gewerkschaftskreisen, weil ihr Wortlaut den Eindruck erwecken konnte, als wollten die Genossenschaften nicht mehr mit der alten Energie dafür sorgen, daß ihre Betriebe vorbildlich seien. Die Generalkommission setzte sich wieder mit dem Zentralvorstand in Verbindung und machte nunmehr bestimmte Vorschläge im Sinne der Kölner Resolution. In einer gemeinschaftlichen Sitzung wurden diese Vorschläge eingehend beraten und einige Änderungen vorgenommen. Der Zentralvorstand erklärte aber, daß es nach dem Instanzenzuge nicht möglich sei, die Angelegenheit schon auf dem nächsten Genossenschaftstage zu verhandeln. Der Genossenschaftstag tagt bekanntlich gleichzeitig und deshalb mußte auch die gegenseitige Vertretung unterbleiben.

Die Angelegenheit mußte also zurückgestellt werden, weil sie sich noch im Stadium der Beratung befindet. Eines haben die Verhandlungen aber bereits ergeben: Der Vorstand des Zentralverbandes hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß die Düsseldorf'er Resolution durchaus nicht mit dem alten Prinzip der Vorbildlichkeit brechen will. In diesem Sinne wird er dem Genossenschaftstag in Eisenach eine Resolution vorlegen. Wird sie, die geeignet ist, die Mithimmung in Gewerkschaftskreisen zu beseitigen, jetzt dort angenommen, dann können wir unsererseits dieselbe Erklärung wie in Köln zugunsten der Genossenschaften abgeben.

In Sachen der Raiffeier haben die Verhandlungen des Kölner Gewerkschaftskongresses Veranlassung zu nicht unerheblichen Debatten und Auseinandersetzungen zwischen der Partei- und Gewerkschaftspresse gegeben. Die Folge war, daß zwischen Generalkommission und Parteivorstand eine Verständigung darüber gesucht wurde, ob es möglich sei, die Raiffeierfrage einheitlich zu regeln. Nach der erstmaligen Besprechung wurde in Aussicht genommen, die Frage der Raiffeier auf dem nächsten internationalen Sozialistenkongreß auf die Tagesordnung zu setzen, um eventuell eine Änderung des früheren Beschlusses herbeizuführen und ihn so zu formulieren, daß die Arbeiterorganisationen aller Länder ihm nachkommen können. Die Voraussetzung dafür, daß dieser Punkt auf die Tagesordnung des Internationalen Kongresses kommen sollte, war, daß bei der Vorbesprechung der deutschen Delegierten keine Einigung herbeigeführt wurde. Diese Einigung ist in Stuttgart erzielt worden. Der Parteitag in Offen beauftragte dann den Vorstand zu Verhandlungen mit der Generalkommission mit der Aufgabe, daß ihre Vereinbarungen als rechtsverbindlich gelten sollten. Diese Vereinbarung ist bekannt; sie wird den Gegenstand weiterer Erörterungen bei dem Punkte der Tagesordnung: die Raiffeier bilden.

Die nächste Frage ist im schriftlichen Bericht nicht erwähnt. Sie betrifft das angeblühte Projekt der Herausgabe eines gewerkschaftlichen Frauenblattes. Auf dem Verbandstage der Textilarbeiter in Leipzig ist gegen diesen Plan von einzelnen Rednern entschieden Verwahrung eingelegt worden. Doch sind die Verhandlungen auf dem Verbandstage nicht in der Art verlaufen, wie im Bericht des „Vorwärts“ zu lesen war. Daß der „Vorwärts“ einen solchen Bericht gebracht hat, liegt an der Unfähigkeit des Berichterstatters. Denn ich kann nicht annehmen, daß der Berichterstatter etwa mit Absicht seine eigenen Gedanken in den Bericht hineingebracht hat. Das stenographische Protokoll ergibt jedenfalls, daß die Verhandlungen dort doch viel sachlicher verlaufen sind, so daß wir keine Veranlassung hatten, uns besonders dagegen zu verwahren. Immerhin muß ich sagen: loyal war die Handlung der Textilarbeiter nicht. Sie mußten aus langjähriger Erfahrung wissen, daß die Generalkommission nicht aus eigener Machtvollkommenheit mit solchen Projekten hervortritt, die die allgemeine Gewerkschaftsbewegung angehen. Nun ist in keiner Ausschussung, in keiner Konferenz der Vorstände ein solches Projekt verhandelt worden. Deshalb hätte der Vorstand der Textilarbeiter

Kleines Feuilleton.

Johannisfeuer. In manchen Gegenden Deutschlands ist der alte Brauch des Johannisfeuers noch recht lebendig und zeugt von Opferbränden aus alter Zeit. Kamentlich in Bergländern, wo die Flammenzeichen weithin sichtbar sind, hat sich die Sitte erhalten, so u. a. auch in Thüringen, wo ihn die Jugend hochhält. Einer, der als Schulbube dort das Johannisfeuer mitgemacht hat, erzählt uns davon: In Jena sind die Johannisfeuer ausschließlich ein Weibvolk der Schuljugend. Sie sammeln sich selbst das ganze Holz, welches sie dazu gebraucht. Damit möglichst wenig Streitigkeiten beim Einsammeln vorkommen, ist die Stadt in drei Bezirke geteilt. Nach diesen Bezirken, und zwar nach dem ehemaligen Stadtteil, nennen sich die „Reutdörferchen“ — welchen ich mit Stolz angehöre — die „Johannis- und Saaltdörferchen“. Die Jugend dieser Bezirke versammelt sich alljährlich nach dem Pfingstfest auf ihren Versammlungsorten zur „Wahl“. Es hat da ein jeder seine Stimme, mag es ein Knirps von fünf Jahren oder ein Konfirmand sein. Zuerst wird der „Oberst“ gewählt, dann ein zweiter Oberst und ein erster und zweiter Fahnenträger, denn wir „Reutdörferchen“ hatten es auf zwei Fahnen gedracht. War die Wahl zu Ende, so teilte der Oberst seine Ordern aus und suchte sich einen Stab handfester Burschen mit noch handfesteren „Knitteln“ aus, um die Fahne vom vorjährigen Fahnenträger zu holen. Dann wurde Befehl für den nächsten Tag erteilt und ein jeder noch zu treuer Pflichterfüllung ermahnt. Am nächsten Tage wird nun irgend ein Handwogen geliehen und es beginnt das „Einsobbern“. Alte Wesen, halbe Sojas, Mäienbüsche, leere Seifen- und andere Fässer, kurz, alles was brennbar ist, wird eingefodert. Das Schwierigste aber kommt nun. Kurz vor dem 24. Juni muß der Oberst einen gutmütigen Geschirrführer finden, der das Holz mitunter auf den Berg fährt, und nicht minder schwierig ist dann das Einsobbern für die Wache. Denn so lange das Holz auf dem Berge liegt, muß eine Wache dabei sein. Da wird dann beim Wäder, Fleischer, Kolonialwarenhandler usw. geschauert, damit die Wache auch etwas Trächtiges zu essen hat. Zum Schlusse geht es in die Rosenbräueren, wo wir jedes Jahr ein 25 Liter-Fäßchen „Einsobbern“ erteilt. Die stolz fühlte man sich, wenn man für würdig befunden wurde, an der Wache teilzunehmen. Da zog man denn abends in der schlechtesten Garnitur hinauf zum Holz. Neben mir prasselte lustig das Wackfeuer, unten im Tale schimmerte friedlich die Stadt. Es wurde tüchtig gegessen, getrunken, geraucht und lustig geredet. Dazu donnerten unsere selbstgefertigten Kanonen, daß das Echo schallend an den Bergen widerhallte. Endlich ist der große Tag da. Da sieht man abends die Jungen mit Fackeln unterm Arm die Berge besteigen. Scharen von Erwachsenen, alte Jenerer, die früher auch als Jungen ge-

fügelten Schritten den Berg bestiegen hatten, folgen gemächlich nach, um sich das Schauspiel aus der Nähe anzusehen. Um 8 Uhr ist so ziemlich alles versammelt. Die Zeit bis zum Dunkelwerden wird durch Singen von Liedern verflirt. „Gut mal unsern Hausen an, mir kriegen's grechte Feiert!“ ruft da ein kleiner Gernegroß. „Das Lärch dabrinne habe ich eingefodert.“ „Von mir sin aber die drei Fässer mit Hobbelschpäßen“, ruft ein dritter. Und so ist ein lustiges Streiten untereinander, wer wohl das meiste eingefodert hat. „Ach, de Lobischen ha'm ihr Feiert schon angebrannt!“ ruft einer. „De Liegenhainer irsch ooch!“ ein anderer. „Wir worten noch, bis es ganz dunkel is, dann brennt unersich am besten“. Inzwischen ist es 1/2 9 Uhr geworden. Die „Saaltdörferchen“ haben ihr Feuer auf dem Hausberg schon angebrannt. Auch vom Jenzig flammt das Feuer schon auf. „Rur wir und „Johannis“ worten noch. Endlich steckt auch dieser seinen Hausen in Brand. Jetzt kommt nun auch bei uns ein „alter Herr“ mit der Fackel und legt unseren Holzstoh kunstgerecht in Brand. Da stimmen wir dann alle das Lied an:

Flamme empor, Flamme empor!
Steige mit lodernen Strahlen
Von den Gebirgen und Tälern
Glühend empor!

Draußend mischt sich unser Gesang mit dem Prasseln des Feuers. Freude und Stolz erfüllt uns, denn unser Feuer war unstrittig das größte. Kommando des Oberst: Zum Fackelzug antreten! Ein jeder entzündet nun seine Fackel an dem Hausen und nun geht's unter den Klängen des Liedes „Ich hab' mich ergeben“ den Bergweg vom Berg herab, herunter in die Stadt. Hier zogen wir vor die Häuser derjenigen Bürger, die uns einen besonderen Gefallen erwiesen hatten, und dankten ihnen durch eine kurze Ansprache und mit Liedern.

Humor und Satire.

Remesis.

Zu den preussischen Landtagswahlen,
Der Mann, der hinterm Ofen hockt,
Sich keine Schlachten schlagen;
Und wer die Suppe eingebröckelt,
Verdirbt sich selbst den Magen.
Man heizt die Stube nicht mit Eis,
Und wer da schwarz sein will und weiß,
Blamiert sich wie die Preußen.
Berliert der Weise den Verstand,
So pflegt er sich zu hanteln.
Freidenker gib's im deutschen Land,
Die gänzlich frei vom Denken.

Und einen Freisinn seh' ich nie
Von gleicher Etymologie:
Die sterls sind ganz von Sinnen —
In Bayern nennt man's Spinnen.
Zum Schwören rum im Rappenteich
Die schieben roten Drehte.
Da schwimmt 'ne wunderhöne Leich'
Den Wurfchen ans Gemächte.
Schwupp! drehn sie bei und schnappen zu:
Run hat die liebe Seele Ruh'.
Gar bitter ist im Sterben
Der Anblick froher Erben.
(Edgar Steiger im „Simplicissimus“.)

Notizen.

— Musikchronik. Die königliche Oper erwartete zur Aufführung für die nächste Saison: Karl Goldmarks Oper „Ein Wintermärchen“ und das in Paris bereits gespielte lyrische Drama „La Sabamerra“ von Zappiera.
— Heinrich Hart-Feier. Die Heinrich Hart-Gesellschaft veranstaltet zur Erinnerung an den dahingegangenen Dichter in der Nacht vom 27. zum 28. Juni im „Neuen Krug“ bei Wilhelmshagen eine Sommerfeier. Der Sommeraufgang wird auf den benachbarten Wittenbergen durch Gesang und Tanz begrüßt werden. Der die Festeitnehmer zum Festplatz führende Sternendampfer verläßt Berlin abends 8 Uhr. Teilnehmerarten (einschließlich Dampferfahrt 1,50 M.) sind für Freunde und Verehrer des Dichters von dem Ausschussmitglied Robert Lauth in Fichtenau (Kreis Niederbarnim) zu beziehen.
— Altgriechenland in Lauchstädt. In dem aus Goethes Zeit stammenden neuhergerichteten Sommertheater in Lauchstädt (bei Halle) wurden zwei von Karl Robert bearbeitete Komödien Menanders: „Der Schiedspruch“ und „Die Samierin“ aufgeführt. Beide Stücke sind charakteristische Proben der nachorionischen Sittenkomödie mit ihren an das moderne französische Vaudeville erinnernden Verwicklungen, Verwechslungen und Intrigen. Von dem „Schiedspruch“, der erst vor kurzer Zeit in ägyptischen Papyrostrollen wieder aufgefunden wurde, war hier bereits die Rede.
— Der russische Komponist Rimski-Korsakow ist 64 Jahre alt in Petersburg gestorben. Unter den jung-russischen Musikern war er einer der originellsten. Von seinen Sinfonien und Orchesterwerken ist einiges auch in Deutschland bekannt geworden. Außerdem hat er eine Reihe von Opern komponiert, die russische Stoffe behandeln und reich sind an russischen Melodien.

lokalweise annehmen müssen, daß ein solches Projekt existiert. In der Generalkommission ist darüber nicht verhandelt worden. Bei der Beratung der Dienstbotenorganisation wurde darüber gesprochen, wie die Presse für diese gestaltet werden solle, und bei dieser Gelegenheit bemerkte ich, daß ich es für zweckmäßig halte, wenn wir uns gelegentlich darüber unterrichten, ob es nicht im Interesse der Gewerkschaften, besonders deren Rechte, die eine große Zahl Arbeiterinnen als Mitglieder hätten, wenn für die Gewerkschaftspresse eine Beilage herausgegeben würde, in der die Fragen der Gesetzgebung, die von besonderem Interesse für die Arbeiterinnen seien, behandelt würden, um so zu ihrer gewerkschaftlichen Erziehung beizutragen. Ich lasse die Frage hier ganz offen, ob die vielfach von Gewerkschaften abgelehnte „Gleichheit“ geeignet ist, unzulässige Arbeiterinnen zu gewerkschaftlichen Mitwirkern zu machen, weil keine Unterlage zu einer solchen Beurteilung gegeben ist. Jedenfalls liegt die Sache so, daß wir, wenn wir eine solche Einrichtung für zweckdienlich, notwendig und nützlich halten sollten, und von niemand dazwischenreden lassen und sie durchführen würden. Aber meine Bemerkung kann nicht als ein Projekt der Generalkommission angesehen werden. Im Bericht aber stand, die Generalkommission brühe gemeinsam mit dem Arbeiterinnenrat ein solches Projekt aus. (Weiterkeit.) Von einem solchen gemeinsamen Vorhaben (Weiterkeit) war keine Rede.

In der Frage der ausländischen Arbeiter müssen wir protestieren gegen das Vorgehen der preussischen Regierung, die sie ganz zu willkürlichen Lohnsätzen der Arbeitgeber machen will. Die Legitimationskarten, die der preussische Minister des Innern eingeführt hat, lauten auf einen bestimmten Arbeitgeber und werden nur umgeschrieben, wenn der Arbeiter einen neuen Arbeitgeber findet. Sonst wird er ausgewiesen, wenn er nicht zu seinem alten Arbeitgeber zurückgeht. (Hört! hört!) Das Verfahren galt ursprünglich nur für die Landarbeiter, aber es greift jetzt mehr und mehr auch in die Industrie über. Das bedeutet für die ausländischen Arbeiter die Aufhebung der Freizügigkeit und spricht aller Kultur Dohn. Der Kongress wird einstimmig in der Beurteilung dieser Rechtsmängel sein. Wir verlangen, daß die ausländischen Arbeitsgenossen ebenso behandelt werden, wie die einheimischen und daß der futurwürdige Erlaß und seine arbeitserneuerliche Praxis sofort beseitigt wird. (Allgemeiner Beifall.)

Damit legt die Generalkommission ihr Mandat in Ihre Hände zurück. Urteilen Sie über unsere Leistungen! Wir glauben gelang zu haben, was in unseren Kräften stand. (Lebhafter Beifall.)

Den

Rassenbericht der Generalkommission

erstattet Aube, Berlin: Infolge der Zunahme der Gewerkschaftsmitglieder ist der Rassenabschluß günstig. Auch eine Erbschaft von 15 000 Mark ist von einem Kaufmann Ziel in Düsseldorf der Generalkommission zugefallen. Allerdings sind auch hohe Anforderungen an die Generalkommission gestellt worden, von denen etwa ein Drittel erfüllt werden konnten. Die hauptsächlichsten Maßnahmen wurden nach den Beschlüssen des Kölner Gewerkschaftskongresses gemacht für die Unterrichtsfrage, die Beschaffung von Lokalen, für die Bekämpfung der Heimarbeit und den Ausbau der Streikstatistik.

Namens der Revisionen bestätigt Cohen, Berlin, daß die Rasse stets in bester Ordnung war.

Den Bericht des Arbeiterinnen-Sekretariats erstattet Ida Kimmann, Berlin: Sie führt aus, daß das neugegründete Arbeiterinnen-Sekretariat sich nicht als Frauenvertretung betrachte und nicht eine gewerkschaftliche Frauenbewegung schaffen wolle, sondern sich innerhalb der einheitlichen Gewerkschaftsbewegung nur als besonderes Organ zur Förderung der Agitation unter den arbeitenden Frauen. Die Tätigkeit des Arbeiterinnen-Sekretariats in der Agitation habe bedeutende Erfolge erzielt. Bei den Textilarbeitern sei die Zahl der organisierten Arbeiterinnen von 20 000 auf 40 000 gestiegen. Ähnlich liege es bei den Metallarbeitern und Vorgesetztenarbeitern. Ihre zweite Hauptaufgabe sei die Frauensekretariat in der Fortbildung der in der Gewerkschaftsbewegung tätigen Frauen erblickt. Die Organisationsfähigkeit der Frauen sei nicht geringer als die der Männer. 1897 haben die organisierten Arbeiterinnen 2 Proz. der Zahl der als Arbeiterinnen erwerbstätigen Frauen betragen, 1907 aber schon 10 Proz. Gerade in der jetzigen Zeit der Krise, da vielfach der Mann als Vorkämpfer und Widerstandsfähiger auf die Straße geworfen werde, während die Frau in Arbeit bleibe, müsse auch dem männlichen Arbeiter den hohen Wert der Arbeiterinnenorganisation vor Augen führen. Als beste Mittel dafür empfehlen sich die Anstellung von Frauen als Arbeitersekretäre, Frauenverammlungen und einfach geschriebene Flugblätter. (Beifall.)

Mit dem Vorstandsbericht zusammen wird eine größere Zahl von Anträgen verhandelt.

Josephsohn, Hamburg begründet folgenden Antrag des Vorstandes des Zentralverbandes der Handlungsgeschäftigen: Der letzte deutsche Gewerkschaftskongress weist die Forderungen, welche darauf gerichtet sind, zwischen den in Handel, Industrie und Gewerbe beschäftigten Angestellten einerseits und den Arbeitern andererseits Mißtrauen zu erregen und sie zur gegenseitigen Bekämpfung zu veranlassen, entschieden zurück. Der Kongress macht darauf aufmerksam, daß die kaufmännischen und technischen Angestellten gleichermäßen zu den proletarischen Schichten der Bevölkerung gehören wie die Arbeiter und wie diese von ihrer Hände und ihres Kopfes Arbeit leben. Niedrige Entlohnung, lange Arbeitszeit und andere ungünstige Bedingungen sind heute nicht nur für das Arbeiterverhältnis der Arbeiter, sondern auch für den Dienstvertrag der Angestellten charakteristisch. Angestellte und Arbeiter haben also das gleiche Interesse gegenüber dem Unternehmertum zu verteidigen. Ueber diese Tatsache dürfen sie sich weder von den Unternehmern selbst noch durch deren heimliche und offene Diener täuschen lassen, denn das würde lediglich zum Nutzen des Unternehmertums und zum Schaden der Arbeiter und Angestellten ausfallen.

Der Kongress erklärt, daß er den im Sinne der modernen Gewerkschaftsbewegung gehaltenen Forderungen der kaufmännischen und technischen Angestellten, die eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lebenslage durch gesetzliche und gewerkschaftliche Regelung bezwecken, ausdrücklich seine volle Sympathie. Der Kongress tritt insbesondere den Ausdrücken des Unternehmertums im Handelsgewerbe, daß der geforderte Schutz der Angestellten mit Rücksicht auf die konsumierende Bevölkerung nicht durchzuführen sei, namens der Arbeiterschaft energisch entgegen. Die Verkürzung der Arbeitszeit auf acht Stunden, die Sonntagsruhe usw. sind Forderungen, auf welche die kaufmännischen Angestellten und Handelsreisende wie alle anderen Gruppen der erwerbstätigen Bevölkerung berechtigten Anspruch haben.

Der Gewerkschaftskongress nimmt an, daß die kaufmännischen und technischen Angestellten die in ihren Kreisen künstlich genährten arbeitserneuerlichen Strömungen als ihnen selbst schädliche erkennen und diesen daher entgegen werden, denn die Erfolge und Mißerfolge der Arbeiterschaft werden nicht ohne Rückwirkung bleiben auf die Lebenslage der Angestellten. Der Gewerkschaftskongress empfiehlt diese Tatsachen sowohl den Angestellten als auch den Arbeitern im beiderseitigen Interesse zur Beachtung.

Begründend weist Josephsohn auf den Zusammenbruch der Harmoniebewegung der Angestellten durch den jüngsten Erlaß der bayerischen Metallindustrie und die Ablehnung der beiden Handlungsgeschäftigen durch den Bundesrat hin.

Ratzl, München begründet einen Antrag auf Vereinfachung der Organisation der Arbeiter in bayerischen Wald. Von den Grenzstreitigkeiten zwischen dem Fabrik- und dem Gemeindearbeiterverband hätten nur die Christlichen Vorteil gehabt.

Undeutsch bittet für Anhalt um mehr Mittel zur Agitation unter den Landarbeitern. Die Streikbrechersekretariate müßten an der Quelle verstopft werden.

Sillier, Berlin begründet einen Antrag des Verbandes der Lithographen und Steinbrüder, bei größeren Ausstellungen, wenn die Generalkommission das finanzielle Eingreifen aller organisierten Arbeiter für notwendig halte, anstatt der Sammelisten eine Kopfsteuer auszusprechen. Er weist darauf hin, daß durch Ansetzung

eines Zentralstreikfonds nach österreichischem Muster diese Ausstellungen von vornherein für die Unternehmer unmöglich würden. Dieser finanzielle Hilfe bedürften besonders die kleineren Verbände, die sich keinem Industrieverband anschließen könnten.

Spiegel, Düsseldorf begründet den Antrag der Metallarbeiter Essens und Vorwands auf Herausgabe einer polnischen Gewerkschaftszeitung. Er stellt mit, daß die Regierungspräsidenten in Arnberg und Münster den Gebrauch der polnischen Sprache in öffentlichen Gewerkschaftsversammlungen entgegen den Bestimmungen Reichmann-Hollwegs und des Abg. Behrens verboten haben. (Hört! hört!)

Hierauf tritt die Mittagspause ein.

Nachmittags-Sitzung.

Für die Redigierung der Anträge und zur Abfassung einer Resolution zum Thema der Grenzstreitigkeiten wird eine elfgliedrige Kommission gewählt. Dann wird in die Debatte über den Bericht der Generalkommission eingetreten.

Rössel, Berlin (Textilarbeiter): Legten hat uns mit Unrecht Loyalität vorgeworfen. Der Vertreter der Generalkommission hatte im Privatgespräch und in der Diskussion ausdrücklich gesagt, daß die Generalkommission mit dem Plane umgeht, eine gewerkschaftliche Frauenzeitung zu gründen. Wir waren mit Recht darüber aufgebracht, daß man uns vorher gar nicht gefragt hätte und lassen uns das Recht nicht nehmen, unsere Meinung klar und deutlich zu sagen. Die Tätigkeit des Arbeiterinnen-Sekretariats hat unseren vollen Beifall. Wir werden es nach Kräften unterstützen und entlasten. Die bisherige Regelung der gegenseitigen Streikhilfe ist sehr verbesserungsbedürftig. Ohne eingehende Vorbereitung in der Generalkommission ist natürlich der Antrag Sillier unannehmbar.

Mohs, Berlin (Gemeindearbeiter) bittet, die Organisierung der Waldarbeiter dem Gemeindearbeiterverband zu überlassen und ihm zu dieser schwierigen Arbeit eine Beihilfe zu gewähren.

Bruno, Berlin (Fabrikarbeiter) hält eine Revision des Kölner Beschlusses über die gegenseitige Streikhilfe für wünschenswert, lehnt aber den Antrag Sillier ab.

Umbreit, Berlin: Meine Kennerung über die etwaige Schaffung einer Frauengewerkschaftszeitung war rein privater Natur. Ich habe am Vortisch darüber gesprochen, weil im Vorstandsbereich des Textilarbeiterverbandes über die erfolglose Hausagitation für die „Gleichheit“ gelaugt war. Auch auf dem Verbandstage der Textilarbeiter wurde ja der Antrag gestellt, für die Frauen eine besondere Beilage des „Textilarbeiter“ zu schaffen. Ob es richtig und loyal war, meine Kennerungen mehrere Tage später in die Debatte zu ziehen, überlasse ich dem Kongress. (Beifall.)

Reipart, Stuttgart (Holzarbeiter): Ich spreche der Generalkommission Dank und Anerkennung aus für ihre Tätigkeit in den letzten drei Jahren, besonders in den schweren Tagen nach Köln.

Ich will nicht alle Bunden wieder aufzählen. Aber ich muß aussprechen, daß die Generalkommission nach Köln in Uebereinstimmung mit der großen Mehrheit der Zentralverbände das Interesse der allgemeinen Arbeiterbewegung gut gewahrt hat. Volle Billigung findet bei uns vor allem die Haltung der Generalkommission in der Frage der unangenehmen Veröffentlichung des Protokolls der Verbandsvorstandskonferenz. (Beifall und Rufen.) Wir haben es sehr tief bedauert, daß der Vorstand dieses vertraulichen Protokoll gegen den Willen der Generalkommission zu veröffentlichen sich hat verhalten lassen. Ich spreche die bestimmte Erwartung aus, daß ein derartiger Vorfall sich nicht wiederholen wird. Auf den Zentralstreikfonds können sich die großen Verbände nicht einlassen. Sie müßten dafür nur große Kosten haben und sie nicht in Anspruch nehmen. Mit einem solchen Zentralstreikfonds können sich die einzelnen Verbände niemals so entwickeln, wie unter dem jetzigen Zustand. Auch in Zukunft wird die Finanzkraft der einzelnen Verbände noch gesänft werden müssen. Dazu werden die Verbände gezwungen.

Rassafisch, Stuttgart: Auch wir lehnen den Zentralstreikfonds rundweg ab, weil wir damit jede Kontrolle über die Streikbewegung verlieren.

Kohle, Berlin (Textilarbeiter): Wir konnten die Woche Umbreit nicht als private Meinungsäußerung auffassen. Solange die „Gleichheit“ unseren Bedürfnissen genügt, wollen wir keine neue Frauenzeitung gründen. Wir wollen außer guten Gewerkschaftlern auch gute Sozialdemokraten erzielen. Wir brauchen die „Gleichheit“, um unsere weiblichen Mitglieder im Sinne des Sozialismus zu beeinflussen. (Beifall.)

Rössel, Berlin: Die „Gleichheit“ ist ein vorzügliches Agitationsmittel. Wenn die Verteilung von 15 000 Nummern der „Gleichheit“ diesmal noch nicht ganz den gewünschten Erfolg gehabt hat, so nur deshalb, weil es das erste Mal war, daß unser Verband die Hausagitation über das ganze Reich vorschrieb.

Umbreit, Berlin (Generalkommission): Alle diese Erklärungen helfen nicht darüber hinweg, daß man vorher gar nicht um Aufklärung bezüglich des Arbeiterinnenblattes gefragt hat. Es ist im übrigen gar kein Verbrechen und kein Hochverrat, ein gewerkschaftliches Frauenblatt vorzubereiten. (Rufen Cohen: Was bekanntlich die „Gleichheit“ nicht ist!) Weiße Kreise der Gewerkschaftler, unter anderem Regien, sind mit der „Gleichheit“ durchaus nicht so zufrieden wie Kohle und Rössel. (Sehr wahr! bei den Metallarbeitern.) Wenn es soweit ist, wird die Generalkommission das Frauengewerkschaftsblatt schaffen. Den Textilarbeitern mag aber zum Trotz dienen, daß ihnen niemand die „Gleichheit“ nehmen will. (Weiterkeit.)

Damit schließt die Debatte. Das Schlusswort erhält Regien: Das Wertwürdigste an dieser Debatte war, daß Kohle und Rössel den Satz Umbreit sich wirklich gemerkt haben. Darüber, ob die „Gleichheit“ geeignet ist, Arbeiterinnen, die noch gar nicht von unseren Ideen berührt worden sind, zu guten Gewerkschaftlerinnen zu erziehen, kann man sehr zweifelhaft sein, denn die „Gleichheit“ ist jedenfalls ein politisches und kein gewerkschaftliches Blatt. In erster Linie muß aber die Gewerkschaftspresse den Boden bedecken, ehe die Parteipresse dahin kommt. Welche politische Partei dann unsere Vertretung ist, darüber brauche ich ja nicht erst zu reden. Die Genossen vom Textilarbeiterverband mögen meinethwegen die „Post“ zur Agitation verwenden. (Unruhe.) Ich habe mich drastisch ausgedrückt, um klar zu machen, daß niemand ihnen hineinreden will. Im Ernst glaube ich natürlich nicht, daß Sie die „Post“ benutzen werden. Was die Zentralstreikfrage angeht, so habe ich stets die Notwendigkeit einer einheitlichen Organisation der Streikunterstützung anerkannt. Aber ich stehe mit dieser Auffassung in der Generalkommission ziemlich allein. (Weiterkeit.) Für die Land- und Waldarbeiter soll eine besondere Organisation geschaffen werden. Ueber die Einzelheiten der Agitation möchte ich nicht öffentlich hier reden.

In der Abstimmung wird die Sympathieumgebung für die Privatangestellten einstimmig angenommen; der Antrag Sillier über die Zentralstreikfrage zurückgewiesen, die übrigen Anträge teils durch die Beschlüsse der Generalkommission für erledigt erklärt, teils ihr zur Erörterung überwiesen.

Die Mandatsprüfungskommission erstattete dann durch Kohle (Vergarbeiter) Bericht. Anwesend sind 324 Delegierte, die Generalkommission ist vollständig vertreten. Als Gäste sind da Grünwald-Wien (Gewerkschaftsblättern Österreichs), Jazyas-Budapest (ungarischer Gewerkschaftler), Grenlich-Jätsch, Svenes-Kopenhagen, Heine-Hamburg (Zentralkommission für Gewerkschafterschutz), Frau Tiep-Berlin (Komitee zur gewerkschaftlichen Agitation unter den Arbeiterinnen), Frau Adler und Dorsch-Frankfurt a. M. (Gewerkschaftsleiter). Die Delegierten vertreten 1 688 172 organisierte Mitglieder. Sämtliche Mandate wurden für gültig erklärt.

Der nächste Punkt der Tagesordnung ist

„Die Agitation unter den Dienstboten.“

Referentin Frä. Grünberg, Nürnberg: Die moderne Dienstbotenbewegung setzt ein mit der Gründung des Vereins in Nürnberg 1906. Das gab den Anstoß zur Gründung einer Reihe von Dienstbotenvereinen in anderen Städten. Die Bewegung beginnt mit der Klarstellung der Rechtsverhältnisse der Dienenden und mit ihrer Unterstützung in Rechtsstreitigkeiten. Die deutschen Dienstboten stehen zurzeit unter 44 Gesindeordnungen, Preußen

allein hat 19, davon eine aus dem Jahre 1783, für das Herzogtum Lauenburg. Die Agitation tritt in erster Linie mit der Forderung der Beseitigung der Gesindeordnungen und ihrer Nebenerscheinungen auf. Dem Hebung der materiellen Lage der Dienstboten wird in erster Linie durch die Gesindeordnungen verhindert. Rednerin gibt einen Überblick über die Entstehungsgeschichte der Gesindeordnungen, die in die Zeit der Erbsittenhaftigkeit zurückgeführt werden, und über die Unterschiede zwischen den einzelnen Gesindeordnungen in den Rechtsverhältnissen des Mietvertrages, des Kontraktbruchs, des Schadenersatzes, der Zeugnisausstellung, der Lohnaufrechnung und des Verfahrens bei Streitigkeiten zwischen Herrschaften und Gesinde. Im allgemeinen legen die Dienstbotenordnungen den Dienenden doppelt so viel Verpflichtungen auf als der Herrschaft. Der Macht der Herrschaft sind die Dienenden hilflos preisgegeben. Alle Klagen gehen vor das Amtsgericht und da ist der Klageweg so umständlich, daß viele Dienende lieber auf ihr gutes Recht verzichten. Wie niedrig das Gesetz die Dienenden einschätzt, geht daraus hervor, daß nach dem Gerichtsverfassungsgesetz die Dienstboten vom Rente der Schöffen und Geschworenen ausgeschlossen sind. Da braucht man sich nicht zu wundern, wenn bei solcher Wahrung der häuslichen Arbeit die Zahl der Dienstboten, zumal der männlichen, ständig zurückgegangen ist. Neben dem absoluten Rückgang der Zahl der Dienstboten zeigt sich der wachsende Zufluss der Dienenden in die großen Städte. In den letzten zehn Jahren ist der Zustrom zur Stadt noch viel stärker geworden als die Berufszählung von 1905 zeigt. Von den sozialen Besorgen sind die Dienstboten durchweg ausgeschlossen, selbst das Kinderzuschlaggesetz gilt für sie nicht, und so sind die 7800 dienenden Kinder unter 12 Jahren und die 153 900 Dienstboten unter 16 Jahren jeder Noth und jedem Unbestand der Dienstherren ausgeliefert. Von der Versicherung gilt für die Dienstboten nur die Invaliditäts- und Altersversicherung. An der Krankenversicherung der armen Dienstmädchen verdienen in Berlin die Rosenow und Rugdan Regnertausende jährlich. Die Hauptklagen der Dienstboten sind die über die 17 bis 18stündige Arbeitszeit, d. h. 120 Stunden in der Woche für 1 bis 3 Pf. Stundenlohn, über den Mangel an Sonntagsruhe, über schlechte Behandlung, schlechte Verdüsung, über die gesundheitlich und sittlich gefährlichen Schlafräume, über unwahre und boshafte Zeugnisse, über Krankheiten infolge Ueberanstrengung, infolge keim, fästigen oder kaltemordenen Essens und über rheumatische Krankheiten. Ja, bis zum Selbstmord werden die Dienstmädchen häufig gequält. Selbst der bayerische Minister des Innern v. Brettreich hat anerkannt, daß der Dienstbotenmangel auf Mißstände zurückzuführen und abgeordnete aller Parteien haben im bayerischen Landtage anerkannt, daß die Gesindeordnung vielfach mißbraucht werde. Der bayerische Landtag hat Erhebungen über die Lage der Dienstboten beschlossen. Das ist ein erster großer Erfolg unserer bayerischen Dienstbotenbewegung. Auch im Kampfe gegen die Stellenvermittlungsdampfer hat die Dienstbotenbewegung schon manchen Erfolg erzielt. In Nürnberg hat der Widerwille der Herrschaften gegen die Organisation schon erheblich nachgelassen. Die Organisation hat überall die deutschen Arbeiter aller Berufe befreit, auch für die Dienstboten liegt in ihr das Heil. Auch die Dienstboten können nur durch die Organisation den Druck der Anechtenschaft von sich abschütteln und sich ein menschenwürdiges Dasein erobern. (Lebhafter Beifall.)

Die Referentin legte folgende Resolution vor:

In Anbetracht der hohen Zahl Erwerbender, die als Dienende der Gesindeordnung unterstellt sind und sich ihren Lebensunterhalt bei ungenügender Arbeitszeit, schlechter Entlohnung und unter den mißlichsten Verhältnissen erwerben müssen, erachtet es der 6. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands als Pflicht, die Generalkommission zu beauftragen, der jungen Dienstbotenbewegung ihre volle Aufmerksamkeit zu widmen. Die Generalkommission wird beauftragt, eine Dienstbotenkonferenz einzuberufen, um über einheitliche Agitation zur Hebung der sozialen Lage dieser Arbeiterkategorie zu beraten.

Die Generalkommission wird ferner beauftragt, die einzelnen Parteien auf die Notwendigkeit der Organisation der Dienstboten aufmerksam zu machen und dort, wo noch kein Dienstbotenverein besteht, die Parteien zu veranlassen, wenn irgend möglich, zur Gründung von Dienstbotenvereinen zu schreiten. Durch eine starke Organisation der Dienenden können diese selbst an der Verbesserung ihrer sozialen Lage mitarbeiten und werden dadurch auch der gesamten Arbeiterbewegung mehr Verständnis entgegenbringen. Der Kongress erachtet es als dringende Notwendigkeit, daß die Gesindeordnungen und die Dienstbücher beseitigt werden und volle Koalitionsfreiheit für Dienstboten wie für sämtliche Arbeiter eingeführt werde, wie auch, daß die Dienenden der Gewerbeordnung unterstellt werden und die Ausdehnung der Gewerbeordnung auf sie erfolge.

Hierauf wird die Weiterverhandlung auf Dienstag früh 8 Uhr vertagt.

Aus der Partei.

Stadttrawahlen in Karlsruhe

fanden am Sonnabend statt und hatten das Ergebnis, daß auch zwei Sozialdemokraten hineingewählt wurden. Es sind die Genossen Eugen Ged und Wilh. Koll. Ueberdem wurde Arbeitersekretär Genosse Billi in den Stadterordneten Vorstand gewählt. Damit wurde die Sozialdemokratie zum erstenmal in die Verwaltung der Stadt Karlsruhe berufen. Da bei den letzten Stadterordnetenwahlen die Sozialdemokraten die gesamte dritte Klasse eroberten, also jetzt mit 22 Sitzen vertreten sind, konnten die liberalen Ausschussmitglieder nicht mehr gut anders, als sich mit den Sozialdemokraten verständigen und ihren berechtigten Anspruch auf eine Vertretung im Stadtrat anerkennen. Freilich ist die freisinnige und nationalliberale Mehrheit immer kalten Blutes über die sozialdemokratische Forderung hinweggegangen und es ist ihnen auch dieses Mal sicherlich nicht leicht geworden, in den saueren Apfel zu beißen. Allein es war außer der gemeinsamen Liste der bürgerlichen Mehrheitsparteien noch die Liste der bürgerlichen Oppositionspartei vorhanden. Und da die Liberalen beschränkt wurden, die Sozialdemokraten würden mit dieser Opposition gehen, so ist ihnen ihr Entschluß, endlich auch mal einige Sozialdemokraten zu wählen, erleichtert worden. Im Verhältnis zur Stärke der Partei im Bürgerausschuß müßten den Sozialdemokraten eigentlich sieben Sitze im Stadtrat zugedacht werden, allein wer unseren Liberalismus kennt, wird nicht allzu viel auf einmal von ihnen verlangen. Was jetzt nicht ist, muß später nachgeholt werden.

Zu dem Freiburger Stadtverordnetenwahl-Kompromiß.

Kus Freiburg wird und gegen die im „Vorwärts“ — übrigens auch in der Mannheimer „Volksstimme“ — an dem Kompromiß geübte Kritik ein längeres Schreiben gesandt, in dem es unter einigen für die Sache unwesentlichen Ausfällen gegen unseren badischen Korrespondenten in der Hauptsache heißt: „... Zunächst wollen wir feststellen, daß man sich immer nur über die Kompromisse in Freiburg aufregt. Es sind bis vor wenig Jahren in Karlsruhe noch Kompromisse bei Gemeindevahlen geschlossen worden. Auch die Mannheimer Kompromisse liegen noch kein Menschenalter zurück. In den letzten Jahren wurden solche abgeschlossen in Offenburg, in Lörrach, in Baden-Baden, in Mannheim für die zweite Klasse, auch in Heidelberg und Lahr hat man Ähnliches gemacht und man hat nichts von solchen Kritiken gehört, wie sie jetzt der „Vorwärts“ brachte. An allen diesen Orten, mit Ausnahme von Baden-Baden, bilden die Arbeiter einen weit höheren Prozentsatz der Wähler als in Freiburg. In Lörrach und Lahr bilden die Arbeiter in der dritten Klasse mindestens zwei Drittel der Wähler; in Freiburg kaum ein Drittel. Die „Volksstimme“ (Mannheim) meint, in Freiburg hätten wir eine sechste Arbeiterklasse. Schon dies ist nicht richtig. Industriearbeiter hat es hier sehr wenig, und diese wenigen spielen in der

Arbeiterbewegung eine ganz geringe Rolle. Weil sie zu den schlech-
tbezahlten Arbeitern gehören und die älteren davon noch im Schlepptau
der anderen Parteien, hauptsächlich der Zentrumspartei, sind.
Das Gros der organisierten Arbeiter bilden hier die Bau-
handwerker, und diese sind ein recht fluktuierendes Element. Dazu
kommt noch, daß das Baugewerbe seit dem letzten Jahre vollständig
daniederliegt.

Bei der letzten Reichstagswahl waren hier 15304 Wahl-
berechtigte. Bei der jetzigen Wahl in allen drei Klassen zusammen
9446, obwohl vorher zwei Gemeinden eingemeindet wurden. Ein
Weniger an Wahlberechtigten von 5800. Daß an diesem Ausfall
die Handwerker, Bauern und Privatiers am wenigsten beteiligt
sind, ist doch sicher. Daß die Arbeiter und Beamten am meisten
davon betroffen werden, ist ebenso sicher, und alles was hier trotz
der relativ niedrigen Anlage weniger als 97 M. bezieht, ist Wähler
der dritten Klasse. In allen Ständen zählen auch die lebigen
Personen sehr oft 30 M. Steuer und dürfen dann wählen, während
ledige Arbeiter und Angestellte nicht wählen dürfen. In einer
Kategorie wurde auch davon gesprochen, daß wir bei reger Agitation
wenigstens einen kleinen Erfolg hätten erringen können. Dem-
gegenüber sei bemerkt, daß es doch bei unserem Wahlssystem mit
der Listenwahl nur alles oder nichts gibt. Sätten wir Bezirks-
wahl, dann wäre die Sache anders. Bei der letzten Stadt-
verordnetenwahl erhielten die Sozialdemokraten 740, die National-
liberalen 798 und das Zentrum 1547 Stimmen. (Die Angaben im
„Vorwärts“ nicht richtig.) Die Kritiker betonen auch scharf
den agitatorischen Wert eines Wahlkampfes. Dieser Punkt wurde
auch in Freiburg getüftelt. Nur darf man an einem Ort, der
nicht über ein Parteiblatt verfügt, und wo ein positiver Erfolg
von vornherein ausgeschlossen ist, den agitatorischen Erfolg auch
nicht überdrehen. — In der Agitation wäre entgegengehalten
worden, daß man eine Vertretung geben wollte, und die
hiesigen Genossen waren eben der Meinung, daß, wenn wir in der
Lage sind, bei allen Gelegenheiten auf dem Rathaus unsere
Stimme zu erheben, dann würde das mindestens ebenbürtig wie ein
auswärtiger Wahlkampf. In allen hiesigen Städten, wo unsere
Genossen sehr in der Stadtverordnetenversammlung sitzen, haben
sie durch Kompromiß die erste Vertretung erobert. Die Freiburger
Genossen haben bei verschiedenen Anlässen gezeigt, daß sie zu
kämpfen verstehen, und haben schon wiederholt ihre örtlichen An-
gelegenheiten den allgemeinen Parteiforderungen untergeordnet.
1902 hatten wir den Kompromiß bei den Gemeindevahlen. Da
erhielten die Klagen über die Verumpfung, 1903 verdoppelten wir
bei der Reichstagswahl die Stimmzahl gegenüber der vorigen
Wahl. 1906 hatten wir wieder bei der Gemeindevahl, zwar nur
ein klein wenig, gesündigt. Wenige Monate später hatten wir
die Landtagswahl mit dem Stichwahltag. Und 1907 hatten wir
bei der Reichstagswahl einen Erfolg, wie ihn nur wenige Orte
in Deutschland zu verzeichnen hatten, ein Erfolg, der uns auch
das Marklsruher Mandat rettete. Und wenn es wieder gilt, werden
die Freiburger Genossen wieder auf dem Damm sein. Die
hiesige Arbeiterschaft ist so geschildert, daß wir uns auch einen Kom-
promiß leisten können, ohne der Verumpfung zu verfallen. Der
Landesverband, dem die Sache auch unterbreitet wurde, hat uns
auch keinen anderen Rat gegeben.

Des weiteren wollen wir noch richtig stellen, daß die
Streikungen nicht 80 betrogen, und nicht von Zentrumswählern,
sondern von den 30 konservativen Wählern herrühren, die sich in
der dritten Klasse befinden.

Die Erwiderung im einzelnen müssen wir unserem hiesigen
Korrespondenten überlassen. Das Wichtigste aber scheint uns zu
sein, daß die Genossen zu Freiburg den Wert eines freien, scharf
geführten Wahlkampfes zu niedrig und den „positiven Erfolg“,
d. h. die vier Mandate zu hoch ansetzten. Die Teilnahmelosigkeit
der Wähler bei der Abstimmung ist die schärfste Kritik des Ab-
kommens. Gerade der Umstand, daß noch viele Industriearbeiter
sich im Schlepptau des Zentrums befinden, sollte die Freiburger
Genossen bestimmen, jede Gelegenheit zur Agitation gehörig aus-
zunützen. Daß die Tätigkeit der vier Genossen im Stadtparlament
agitatorisch wirken wird, ist zu hoffen. Aber die die breiten Massen
aufstützende Wirkung eines Wahlsieges ist doch etwas ganz
anderes.

Ein sozialdemokratisches Wahlheim. Der sozialdemokratische
Bezirksverein Stuttgart-Heslach erwarb ein zirka vier
Hektar großes Wald- und Wiesengrundstück, im sogenannten
Dachsmald gelegen, und richtete das zu einem ungewohnten
Heim für Groß und Klein aufs prächtigste her. Am Sonntag
wurde der Platz seiner Bestimmung durch einen feierlichen Er-
öffnungsfest übergeben. Abg. Hildenbrand wies in einer An-
sprache auf die Bedeutung und den Zweck der Anlage hin, die
jedem zum zwanglosesten Aufenthalt in freier Luft dienen soll.
Bei Gefangnis- und Konzertvorträgen finden die Verammelten
bis zum Abend beisammen. Zur finanziellen Fundierung des
Unternehmens, das mit der Einzäunung und den Unterkunfts-
sowie provisorischen Wirtschaftsräumen sich auf etwa 6000 M. stellt,
sind Anteilsscheine zu 5 M. ausgegeben worden. Als Sommergast
kann man für 20 Pf. den ganzen Sommer frische Luft und das
genießen, was man sich mitbringt oder an besuchteren Tagen
billig erziehen kann.

Unsere Toten. In Weiskirchen starb der Genosse Gottlieb
Berg. Er hat seit seinem Eintritt in die Partei mit unermüd-
lichem Eifer für sie gewirkt; nicht minder für den Bergarbeiter-
verband. In beiden Zweigen der Arbeiterbewegung hat er bis zu
seinem Tode wichtige Vertrauensposten bekleidet. Die Weiskir-
chener Genossen haben den Trauerritus, den ein hiesiges Leiden schon
im 47. Jahre dahingerafft, würdig geehrt. Mehr als 500 folgten
seinem Sarge zur letzten Ruhestätte.

Personalien. Der Genosse Schubert, bislang Redakteur am
„Sächsischen Volksblatt“ zu Rüdow, hat die Redaktion
des „Volksblatts“ zu Harburg übernommen.
Aus der Redaktion der „Volkswacht“ in Breslau ist Genosse
Rudolf Radlof ausgeschieden, um am 1. Juli sein neues Amt
als Arbeitersekretär in Neumünster anzutreten.

Aus der Frauenbewegung.

Erwiderung.

In der Nummer 140 des „Vorwärts“ erschien ein „Damen-
wahlrecht“ überschriebener Artikel, der sich mit meinen Ausführungen
in der Rundschau der letzten „Sozial. Monatshefte“ befaßt.
Zur sachlichen Erwiderung zunächst folgendes:
Aus dem Angriff des Verfassers muß jeder, der meinen Artikel
nicht gelesen hat, den unbedingten Eindruck gewinnen, als ob ich
statt des allgemeinen, ein Damenprivilegierten-Wahlrecht
gefordert hätte. Ich brauche für denkende Genossen und Ge-
nosinnen kaum zu erklären, daß ich so gut wie jeder andere Sozial-
demokrat dafür eintrete, mit allen anwendbaren Mitteln und in
jedem Lande und für jedes Parlament, nur für das allgemeine,
gleiche, direkte Wahlrecht für Männer und Frauen zu
kämpfen. Etwas anderes aber ist es, ob ich es für
taktisch und politisch vernünftig halte, wo — wie in Eng-
land — ein weit ausgedehntes, wenn auch nicht allgemeines Frauen-
wahlrecht — auf genau der gleichen Grundlage wie
das dort bestehende Männerwahlrecht — beantragt ist
und gegenwärtig erreichbar wäre, für dieses Wahlrecht zu
stimmen. Ich halte das deshalb für richtig, weil erstens für meine
Anschauung in der Erringung der politischen Gleichstellung des weib-

lichen Geschlechts mit dem männlichen in einem wirtschaftlich und
kulturell so vorgeschrittenen Lande wie England an sich ein gar nicht
hoch genug einzuschätzender wirtschaftlicher Fortschritt auch für die
Arbeiterklasse läge, weil zweitens es selbstredend unmöglich ist, ein
allgemeines Frauenstimmrecht in einem Lande zu er-
obren, so lange das Männerstimmrecht dort noch gewissen Be-
schränkungen unterliegt, ein ausschließliches parlamentarisches Fest-
halten am allgemeinen Frauenstimmrecht also für solche Länder
den Verzicht auf die aktive Beteiligung der Frauen am politischen
Leben für längere Zeit hinaus bedeutete. Einen Verzicht,
den ich für eine erheblich größere Schädigung der Frauenwelt, vor
allem aber der weiblichen Arbeiterschaft halten würde, als den
momentanen Ausschluß einer kleinen Anzahl von Prole-
tariatsrinnen vom Wahrecht. Weil ich dreitens die Propaganda, die die
weiblichen Vertreter der Arbeiterinnen im Parlament selbst entfalten
können, gerade für eines der vorzüglichsten und wirksamsten
Agitationsmittel des weiblichen Proletariats sowohl für das all-
gemeine Frauenstimmrecht als für sonstige dringende Arbeiterinnen-
forderungen ansehe.

Ich wäre natürlich nicht dieser Anschauung, wenn das Frauen-
stimmrecht, um das es sich gegenwärtig in England handelt, wirklich
ein „Damenprivilegiertenrecht“ wäre, das heißt wenn es nur Frauen
von „Bestit und Bildung“ zulehne, den größten Teil der Arbeiterinnen
aber ausschloße. So liegt die Situation in England ganz und gar
nicht. Ich muß es einem eingehenderen Artikel vorbehalten, den
deutschen Genossinnen, die meist ja über die Wahlrechtsverhältnisse
in England absolut nicht unterrichtet sind, diese Wahlrechts-
bestimmungen in einzelnen auselanderzulegen, will aber zur vor-
läufigen Beurteilung der Frage nur folgenden anführen: Bei Hardie,
der Führer der englischen Arbeiterpartei, stellt in einer Broschüre
über Frauenstimmrecht nach genaue Untersuchungen fest, daß
82 Prozent der Frauenwähler, denen die Frauenstimmrechtsbill das
Wahlrecht verliehen würde, Frauen aus den arbeitenden
Klassen wären.

Handelte es sich wirklich, wie der Artikelschreiber glauben machen
will, um ein reines Damenprivilegiertenrecht, so wäre auch kaum zu
begreifen, weshalb die größte sozialistische Partei Englands, die
„Unabhängige Arbeiterpartei“ mit ihren Führern Macdonald und
Kerr Hardie an der Spitze, sich so lebhaft für Annahme der
Frauenstimmrechtsbill einsetzt. Es können doch schließlich nicht
Hunderttausende von Genossen und Genossinnen — nur weil sie auf
einem von unserer offiziellen Parteilanschauung abweichenden Stand-
punkt stehen — vollkommene Idioten sein. Ebenso wenig ist das
von der großen Zahl der englischen Arbeiterinnen anzunehmen, die
sich nach den eigenen Berichten des „Vorwärts“ im Verein mit den
bürgerlichen Stimmrechtstämpferinnen an den gegenwärtigen Londoner
Wahldemonstrationen für Frauenstimmrecht beteiligten.

Kann will ich sogar zugeben, wie ich das ausdrücklich in meiner
Rundschau betont habe, daß möglicherweise die Frauenstimm-
rechtsbill momentan eine ganz geringfügige Stimm-Verchiebung
im Parlament zugunsten des Proletariats herbeiführen könnte.
Für mich wie für die Genossinnen der J. L. P. (Unabhängige Arb-
Partei) handelt es sich aber darum, daß diese möglichen kleinen Nach-
teile nur bedeutend durch die vorerwähnten Errungenschaften zugunsten
der Arbeiterinnen überwiegen zu sein scheinen.

Die Genossinnen der Sozialdemokratischen Föderation in Eng-
land wie die deutschen Genossinnen in Stuttgart waren nicht dieser
Ansicht. Sie sehen eine Parteischädigung darin, einem Gesetz zuzu-
stimmen, das gegen unser Prinzip des allgemeinen gleichen Wahl-
rechts verstößt. Demgegenüber habe ich betont, daß wir derartige
Prinzipdurchbrechungen tatsächlich alle Tage begehen, nämlich
jedesmal, wo Sozialdemokraten ihre Zustimmung zu Gesetzen geben,
die „wir berechtigterweise nur als zwingige Abflugszahlungen auf
unsere Forderungen bezeichnen“. Unsere Fraktionen in den ver-
schiedenen Parlamenten wägen bei jedem Gesetzesentwurf vernünftiger-
weise die Vorteile für die Arbeiterschaft gegen die Nachteile ab,
und nach dem Resultat dieser Abwägung richtet sich ihr Votum.
Bei dem Gesetzesentwurf überfragen nach Ansicht der Partei bei weitem
die Nachteile; folgerichtig wurde das Gesetz abgelehnt.

Diese rein taktische Behandlung der Einzelfragen, ohne die ein
parlamentarisches Wirken überhaupt vorstellbar ist, hindert selbst-
redend nicht, daß die Partei daneben für ihre in allen Punkten sehr
viel weitergehenden Forderungen fortwährend agitiert und kämpft.
Sollte in eine Stellungnahme zum Frauenstimmrecht in England
auch nur ein Haarsbreite von dieser ganz allgemein geübten
Kampfmethode abweichen?

Dagegen schreibt mein Gegner in der „Frauenbewegung“: „Es
ist ein fundamentaler Unterschied, ob man ohne Schuld mit einem
schon bestehenden Klassenwahlrecht zu tun hat oder ob man selbst
ein solches befristet. Wer das verkennt und für ein neues
Privilegiertenwahlrecht eintritt, muß damit rechnen, daß er den Lesern
der gegnerischen Blätter als neuer Selbststättiger unter den Sozial-
demokraten serviert wird. Und die Freunde der Arbeiterschaft müssen
die Gelegenheit, wenn sie die Knäuel, die ihnen aus unserem
Lager, wenn auch ungewollt, gerollt werden, zum Verprügeln der
Arbeiter gebrauchen. Wenn Genossin Jepsler weiter davon spricht,
daß die Sozialdemokratie in den verschiedenen Parlamenten für
kleine Verbesserungen stimmt, und das als einen Verstoß gegen die
hiesigen Prinzipien erklärt, dann stellt sie die Dinge geradezu auf
den Kopf. Es ist doch ein Unterschied, ob man gleich möglichst be-
scheiden im Forderer austritt, oder ob man — nachdem alle Hebel
zur Durchbringung einer Forderung in Bewegung gesetzt sind, aber
bei den Gegnern nur tauben Ohren predigt — nimmt, was über-
haupt noch zu bekommen ist.“

Meine kurzen Gegenbemerkungen werden hoffentlich die
Leserinnen des „Vorwärts“ überzeugen haben, bis zu welchem Grade
der Artikelschreiber den Sinn meiner Ausführungen entleert hat, wie
unhaltbar sich auch rein logisch seine Polemik erweist. In der Sache
selbst erhebe ich absolut nicht den Anspruch, die Genossinnen sofort
zu meiner Meinung herüberzuführen. Unbeschadet meiner Ansicht
kann ich sehr wohl die Gründe würdigen, die die Genossinnen der
S. D. F. in England wie die deutschen Genossinnen in Stuttgart
auf die Gegenseite getrieben haben und werde jeder Zeit bereit sein,
sachliche Argumente ernst zu diskutieren und ihnen ebenso sachlich
meine Gegengründe entgegenzusetzen. Wie ich überhaupt der Überzeu-
gung bin, daß nichts für den praktischen Fortschritt sowohl als
für die Theorie der Partei fruchtbarer sein kann, als möglichst ein-
gehende sachliche Erörterungen aller strittigen Fragen.

Außersächlich ist mir auch gegen die Manier
des Artikelschreibers vorzuhalten, der taktische Meinungsverschieden-
heiten mit gehässigen persönlichen Invektiven belämpfen zu können
glaubt. Eine Anschauung, die von der größten sozialistischen Partei
Englands geteilt wird, ist weder ein „Ertragsverhältnis“, das ich mir
leiste, noch kann es wohl als „bewußter Dohn“ und „gewollte
Provokation“ ammuten. Hält denn wirklich der Verfasser irgend
einen Genossen für so gedankenlos, daß er einer sachlich überlegten
Anschauung gegenüber eine Wirkung von derartigen persönlichen
Angriffen erhofft?

Ich meine, die Parteiführungen der letzten Jahre sollten nach-
gerade jeden von uns überzeugt haben, daß nicht diejenigen der
Partei „Knäuel“ drehen und ihr Ansehen nach außen schädigen,
die selbstständig in Einzelfragen zu abweichenden Ansichten gelangen,
sondern nur diejenigen, die jeder Anschauungsabweichung im
eigenen Lager mit Verdächtigungen begegnen, wie sie selbst einem
Gegner gegenüber im höchsten Maße verwerflich wären.

Wally Jepsler.

Es muß eigentlich berühren, daß Gen. Jepsler eine sach-
liche Feststellung zu geßigen, persönlichen Invektiven ummünzt.
Mit keinem Wort ist ihr der Vorwurf böser Absicht gemacht worden.
Sie selbst gibt sich zwar das Zeugnis der „sachlich überlegenen An-
schauung“, aber deshalb betrachten wir doch ihre Anschauung nicht
für so geheilig, daß die Feststellung der Wirkung ihrer Stellung-
nahme — nicht ihrer Absicht — als ein persönlicher Angriff ange-
sprochen werden könnte. Im übrigen glauben wir uns als Ant-
wort mit der wirklich überlegenen der in Betracht kommenden
Auslassungen der Gen. Jepsler in den „Soz. Monatsheften“ be-
gnügen zu können. Sie lauten:

„Diejenigen deutschen Genossinnen, die das Aufgeben eines
grundrührlichen Programmforderung unter allen Umständen für
verwerflich halten, stehen durchaus konsequent auf dem Stand-
punkt der S. D. F. Aber auch die Geschichte der deutschen Partei
hat in den letzten Jahren vollumfänglich bewiesen, daß diese absolute
Anfängerhaltung des Prinzips in der politischen Praxis mehr
und mehr unmöglich wird. Oder sollte es etwas anderes sein als
solch eine Prinzipdurchbrechung, wenn wir heute bei den preußi-
schen Landtagswahlen mitten, oder wenn die Partei in den
Reichs-, Landes- oder städtischen Parlamenten fortdauernd ihre
Zustimmung zu Gesetzen gibt, die mit Recht nur als winzige Ab-
flugszahlungen auf unsere Programmforderungen bezeichnet
werden?“

Was ist das anderes, als die notgedrungene Abfindung mit be-
stehenden Klagen gleich zu werten der Verantwortung weiter
Klassenangelegenheiten?

Trotzdem, Gen. Jepsler wird bei dem Urteil bleiben: wenn sie
ihre Meinung sagt über die Wirkung bestimmter politischer
Stellungnahme, dann sei das ein verbindliches Werk, wenn aber
andere ihre Ansicht äußern über die objektive Wirkung des Vor-
gehens der Genossin Jepsler, dann sei das — verwerflich.

Aus dem angeführten Artikel wird man hoffentlich auch er-
fahren, warum Gen. Jepsler jetzt davon spricht, daß sie kein „reines“
Damenprivilegiertenrecht befürwortet habe, während der „Vorwärts“
nur vom Damenwahlrecht als Begriff für ein beschränktes Frauen-
wahlrecht gesprochen hat.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Treptow-Beumhüttenweg. Mittwoch, den 24. Juni, abends 8 1/2
Uhr, bei Christ. Marienthaler Straße, Ecke Ernststraße. Ge-
richt des Vorstandes und der Vertrauensperson. Auflösung
des „Frauen- und Mädchenvereins“ und Nebertritt in den
„Sozialdemokratischen Wahlverein“.

Abend. Mittwoch, den 24. Juni, bei Jos. Schönlindestraße 1,
Vorort.

Wilhelmsdr. Mittwoch, den 24. Juni, abends 8 Uhr, bei Pant.
Vorort. Referent: Fr. Hausler.

Gerichts-Zeitung.

Verleumdung als Kampfmittel im Hirsch-Dunderschen Lager.

Am 18. März berichteten wir, daß der Redakteur des Hirsch-
Dunderschen Blattes „Regulator“ in Berlin Gleidau vom
Schöffengericht wegen verleumderischer Beleidigung zu 150 Mark
Geldstrafe verurteilt ist. Er hatte in verletzender Form die bereits
gerichtlich als Verleumdung gebanntmarke Erzählung wiederholt,
der Vorsitzende des Deutschen Metallarbeiterverbandes Schilde habe
sich gelegentlich einer Verhandlung mit Unternehmern in Hamburg
von der Bestreitung der Höhe mit 100 Mark bestechen lassen. Wegen
dieses Urteils hatte er Berufung eingelegt. Wie uns jetzt mitgeteilt
wird, ist es in der Berufungsinstanz zu einem Vergleich gekommen.
Der Angeklagte erklärte: „Es habe ihm freiz fern gelegen und liege
ihm auch jetzt fern, gegen den Privatkläger den Vorwurf zu er-
heben, daß dieser durch irgend welche materielle Interessen, in
Sonderheit durch das mehrfach erwähnte Frühstück, sich habe be-
einflussen lassen, die Interessen des von ihm geleiteten Metall-
arbeiterverbandes zu vernachlässigen. Der Angeklagte erklärt
ferner, daß er auch in Zukunft auf der erwähnten Frühstück-
angelegenheit keine Vorwürfe gegen den Privatkläger mehr er-
heben wird.“ Ferner übernahm der Angeklagte die Kosten des
Verfahrens. Darauf nahm Kläger die Klage zurück.

Mißglückte Drangsalierungsvorwürfe gegen Arbeiter.

Eine Anzahl von Parteigenossen waren vom Amtsrichter
von Alt-Glienide mit Strafmandaten bestraft worden, weil sie am
1. Mai in der Nähe einer Fabrik morgens früh vor Arbeitsbeginn
Einladungen zu einer Kreisversammlung verteilt hatten. Die
Strafmandate stützten sich auf eine Kreispolizeiverordnung von
Ende 1907, wonach das öffentliche Verteilen von Druckchriften auf
Straßen und Plätzen, auf denen ein reger Verkehr herrscht, ver-
boten ist. Offensichtlich glaubte man diese Verordnung gegen die
politische und gewerkschaftliche Bewegung gut verwenden zu können.
Das hiesige Schöffengericht hat aber dieser Lage in seinen
beiden Abteilungen diese Polizeiverordnung als mit dem Reichs-
Vertrag in Widerspruch stehend, auf Antrag des Rechtsanwalts
Dr. Herzfeld für ungültig erklärt, die Parteigenossen freigesprochen
und der Staatskasse auch die notwendigen Auslagen, einschließlich
der Kosten der Verteilung, auferlegt.

Wie man Streikbrecher fängt.

Vor dem Schöffengericht Erlangen hatten sich die Maurer
Dorn und Hörtich von Heroldsberg bei Nürnberg wegen Vergehens
gegen den verurteilten § 153 zu verantworten. Der Prozeß ent-
sprach einer Tarifbewegung, die die Arbeiter des Bauunternehmers
Weiß in Heroldsberg eingeleitet und in der sie nicht weiter ge-
fordert hatten, als daß Weiß die bisherige Arbeitszeit und den bis-
herigen Lohn unter schriftlich anerkennen sollte. Er weigerte sich
jedoch, den Tarif zu unterschreiben, so daß ein mehrtägiger Streik
entstand. Als Arbeitswilliger fungierte der Maurer Braun. Als
er beim Mittagessen in einer Wirtschaft mit Dorn zusammen kam,
redete ihn dieser an mit der Frage: „Nun, schmeißt's?“ Braun er-
widerte: „Freilich, ich hab' alles und neues Fleisch.“ Darauf
sagte Dorn: „Nun ja, da wirst Du Doktor und Apotheker nimmer
los.“ Dadurch fühlte sich der Arbeitswillige „bedroht“. Der zweite
Angeklagte Hörtich hatte sich mit seiner eigenen Frau über die
Differenz unterhalten, wobei ein dabei stehender Dienstmädchen drohende
Aussagen über Weiß gehört haben will. Er wurde freige-
sprochen, aber in der oben angeführten Ausfertigung des Dorn er-
blickte das Gericht tatsächlich eine „Drohung mit Gewalttätig-
keiten“ und erkannte auf die unerhöhte Strafe von vier Wochen
Gefängnis!

Eine originelle Polizeiverordnung.

Weil sie gemeinsam ein Fäßchen Bier getrunken hatten, waren
die Steinbrucharbeiter Bieler, Seigt, Schmidt und Peter zu je
3 M. Geldstrafe eventuell einen Tag Haft verurteilt worden. Wegen
dieses Urteils hatten sie bei der Strafkammer in Halle Berufung
eingelegt. Das erstinstanzliche Urteil stützt sich auf eine heitere
Verordnung, die am 18. März 1907 für das Landstädtchen Löbesjün
auf Grund des Abg. Landrechts zum Schutze des Subtilitäts Lössjün
erlassen worden ist, und wörtlich folgendermaßen lautet: Das Abhalten von
gemeinsamen Trinkgelagen innerhalb der Betriebswerkstätten und
in der Umgebung derselben im Umkreise von 500 Metern ist ver-
boten. Das Einschleppen von Bier oder anderen geistigen Getränken
in die Betriebswerkstätten in größeren, zum Genuß für mehrere
Personen dienenden Mengen ist untersagt. Bieler erzählt, daß er
das Fäßchen Bier an einem warmen Nachmittage mit in den Stein-
bruch gebracht und es dort mit seinen Kameraden, die es gemein-
sam bezogen hatten, getrunken habe. Streil und Pant mit dem
Unternehmer oder den Kameraden sei dabei nicht vorgekommen.
Der Verteidiger der Angeklagten wies vor der Berufungsinstanz
am Freitag darauf hin, daß die Polizei gar kein Recht habe, solche
Verordnungen zu erlassen. Die Strafkammer in Halle, als Be-
rufungsgericht, erklärte zwar die reizende Verordnung nicht sofort
für ungültig, sprach die Angeklagten aber frei.

Zentralverband der Bäcker und Konditoren. Heute abend 7 1/2 Uhr
im Gewerkschaftshaus, Engel-Aller 15, Saal 1: 1. Vortrag des Landtags-
abgeordneten Ströbel: „Die politische Situation nach dem Landtagswahl-
kampf in Preußen.“ 2. Hirsch-Dundersche Individualfamilie.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Kredittnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Hof I. Amt 3, 1239. Charitstraße 3. Hof III. Amt 3, 1987.

Graveure! Achtung! Ziseleure!

Mittwoch, den 24. Juni 1908, abends 8 1/2 Uhr: Branchen-Versammlung

im „Dresdener Garten“, Dresdener Straße 45. Tages-Ordnung: Bericht von der Branchen-Konferenz. Um rege Beteiligung wird ersucht.

Mittwoch, den 24. Juni 1908, abends 8 1/2 Uhr: Versammlung der Gold- u. Silberarbeiter und verwandten Berufsgenossen

im „Gewerkschaftshaus“, Engelster 15, Saal 7. Tages-Ordnung: 1. Bericht von der Berufskonferenz. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird ersucht!

Mittwoch, den 24. Juni 1908, abends 8 Uhr: Allgemeine Versammlung der Drahtarbeiter Berlins und Umgegend

im „Gewerkschaftshaus“, Engelster 15, Saal 3. Tages-Ordnung: 1. Vortrag über: „Nationale Ehre — Standeshere“. Referent Kollege Bahn. 2. Diskussion. 3. Tarifangelegenheiten. 4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. 118/8 Kollegen! Da in dieser Versammlung betreffs des § 1 unseres Tarifs wichtige Mitteilungen gemacht werden, damit ein jeder von Ihnen weiß, wie er sich in Zukunft zu verhalten hat, ist es Pflicht, daß Sie für einen guten Besuch dieser Versammlung agieren.

NB. Den Kollegen von Friedrichshagen und Umgegend zur Kenntnis, daß die Bibliothek für diesen Bezirk eröffnet ist und Bücher jeden Mittwoch, abends von 8-9 Uhr, und Sonntag, vormittags von 10-12 Uhr, beim Kollegen Karl Hennig, Friedrichshagen, Seestr. 117 ausgegeben werden.

Achtung! Achtung! Die Kollegen, welche Erwerbslosenunterstützung (Kranke) beziehen, werden hierdurch ersucht, ihre Unterstützung noch vor dem 1. Juli (Quartalschluß) abzuheben. Ausgenommen davon sind alle diejenigen Kollegen, welche in Krankenhäusern oder Heilanstalten sind und ihre Unterstützung nach Beendigung der Krankheit abheben. Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin. Donnerstag, den 25. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im „Rosenthaler Hof“, Rosenthaler Str. 11/12.

Branchen-Versammlung der Stellmacher.

Tages-Ordnung: 1. Bericht über die Verhandlung vom Verbandstage. 2. Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes. Die Kommission.

Einsetzer!

Die regelrechte Branchen-Versammlung findet ausnahmsweise am Sonntag, den 28. Juni, vormittags 9 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 1, statt.

Achtung! Stockarbeiter! Achtung!

Mittwoch, 24. Juni, abends 8 1/2 Uhr, in Feuersteins Festsaal (Zuh. Kube), Alte Jakobstraße 75: Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Bericht vom Verbandstage. 2. Berichtangelegenheiten. 3. Verschiedenes. 86/1 A. W.: Der Obmann.

Zentralverband der Steinarbeiter.

Berlin II. Mittwoch, den 24. d. M., abends 8 Uhr, bei Engel, Seydelstr. 30: Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung: 1. „Der Wert der Organisation“. Referent: Gemeindevorsteher Wilh. Denzer. 2. Resultat der Abstimmung über die Arbeitslosenunterstützung. 3. Verschiedenes. 171/20 Diejenigen Kollegen, welche ihre Stimme über die Einführung einer Arbeitslosenunterstützung noch nicht abgegeben haben, können dies noch in dieser Versammlung tun. Die Ortsverwaltung.

Zentralverein der Bildhauer Deutschlands.

Verwaltung Berlin. Donnerstag, den 25. Juni, abends 8 1/2 Uhr: General-Versammlung

im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 1. Tages-Ordnung: 1. Geschäftliches. 2. Gewähl eines Zentralvorstandsmitgliedes, sowie eines Mitgliedes des Berliner Vorstandes. 3. Unsere Extraintervention und Extrabeitrag. 4. Verschiedenes. 20/11 In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist zahlreicher Besuch notwendig. Der Vorstand.

Würzburger Hühneraugenmittel von Dr. H. Unger. — Gegen 30 Pfennig auf 10 Pf. Anweisung frei. Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min. fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. indischen Querschnitt.) Dr. H. Unger in Würzburg. In Berlin (S. P.): Salomon-Apothek, Charlottenstraße. Groß-Apothek, Bernauerstraße 33. — München: Schützen-Apothek. — Stuttgart: Hirsch-Apothek. — Breslau: Victoria-Apothek. 110/1

Zentralverband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin. Am Mittwoch, den 24. Juni, abends 8 1/2 Uhr, finden im gesamten Zweigverein die

Delegierten-Wahlen

zum 10. Verbandstag statt. **Maurer** (Zahlstelle Berlin) bei Freyer, Koppenstr. 29.

Tagesordnung: 1. Wahl der Delegierten. 2. Vortrag des Genossen Düwell über: Industrielle Konzentration und Arbeiterinteressen. 3. Bericht und Neuwahl der Delegierten zur Berliner Gewerkschaftskommission. 4. Verschiedenes. Zahlstelle Charlottenburg im Volkshaus, Rosinenstr. 3, kleiner Saal. Zahlstelle Nixdorf bei Thiel, Bergstr. 151.

Die Versammlungen der übrigen Zahlstellen finden in den betreffenden Verkehrslökalen statt.

Bücher, abends 6 Uhr, in den neuen Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59, unterer Saal.

Tagesordnung: 1. Wahl der Delegierten. 2. Vortrag des Stadtverordneten Genossen Emil Bösko über: Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit. 3. Verschiedenes.

Sektion der Gips- und Zementbranche in den neuen Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59, großer Saal.

Tagesordnung: 1. Wahl der Delegierten. 2. Stellungnahme zur Tarifkündigung. 3. Stellungnahme zur Akkordarbeit. 4. Verschiedenes. 138/11

Zu allen Versammlungen legitimiert zum Eintritt das Mitgliedsbuch. Der Zweigvereinsvorstand.

Zentral-Verband der Zimmerer

Zahlstelle Berlin und Umgegend. Mittwoch, den 24. Juni, abends 8 1/2 Uhr, in Titius Gesellschaftshaus, Kemeler Straße 67:

Außerordentliche Mitgliederversammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen A. Störmer über: „Der Kampf ums Recht“. 2. Diskussion. 254/14 Kameraden! Kglheit für guten Besuch. Sorgt dafür, daß alle Mitglieder zur Stelle sind. Der Vorstand.



Ein Triumph der Zigaretten-Fabrikation! **Selowsky's Caruso Zigaretten** nur **3 Pf.** per Stück!

Jenensia-Räder! Mod. I 10 Jahre Garantie! Teilzahlung! **Adler-Räder!** 2428L* **Phänomen-Räder!** Groskurths Social-Räder von M. 56.— an! Auswahl in gebrauchten Rädern! Motorzweiräder! Fahrradzubehör spottbillig! **R. Groskurth, Berlin C., Münzstraße 23.**

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5. Fabrik-Lager sämtlicher gangbarer Kautabake. **Spezialität: Nordhäuser Kautabak** stets frisch zu billigsten Engros-Preisen. 3901L* **Echte dänische Schleifen** 5 Pf. Verkauf. **Allerfeinste Qualität!** **Unübertroffener Geschmack!** Amt 4, 3014.



BUCHHANDLUNG VORWÄRTS BERLIN SW 68, LINDENSTR. 68 **ZIELE UND WEGE** **ERLAUTERUNG DER SOZIALDEMOKRATISCHEN GEGENWÄRTS FORDERUNGEN** PREIS 20 PF PORTO 5 PF

Entnahmefähig für billige **prima Eisbeine,** Grund 20-25 Pf., sowie **Wurstbruch** in frischer Qualität. **Berl. Wurst- u. Fleischwarenfabrik** Petersburger Platz 8.

Um besten lauten Sie **Hygienische Bedarfsartikel** im 32572* jeder Art **Boccius Drogenhaus H. Boccius** Berlin NW., Birkenstr. 12.

Nach Wernsdorfer Schleuse-Gosener Berge **Große Dampfer-Extrafahrten** Jeden Montag, Mittwoch, Donnerstag mit Musik früh 9 1/2 Uhr, ab Schillingsbrücke nachmittags 2 Uhr. Hierzu ladet freundlich ein **Paul Schwedler** (vorm. Karl Plehl) Restaurant zum Oder-Prece-Kanal. 34142* Nachmittags von ca. 2 Uhr an (halb-) nach (täglich) Saab 20 Pf., Sonntags 30 Pf. Restaurant Kyffhäuser.



Manoli Abbas Beste 3 Pf. Cigarette.

Spandau. **Allgem. Ortskrankenkasse.** Dienstag, 30. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im „Hotel zum Stern“: **General-Versammlung** Tages-Ordnung: 1. Statutenänderung. 275/3 2. Verschiedenes. **Der Vorstand.** Boij, Vorsitzender.

Rote + Lotterie zugunsten des Cecilienheims. 5793 Gewinne i. W. v. Mark **150000** Hauptgewinne Mark **50000** Lose à Mark 3.30. **Stettiner Lose** à 50 Pf. — 11 Lose 5 M. **Oscar Bräuer & Co. Nachf.,** Andreasstr. 42a, Ecke Blumenstr. 1

Fahrräder billiger! direkt ab Fabrik. **Neue Fahrräder 40.—, 45.—, 50.—** in elegantester Ausstattung. 10 Jahre Garantie 75 Pf. **Qualitäten 1.20, 1.50, 2.00, 2.75** sowie sämtliche Zubehörartikel: Hülsen, Naben, Nippel, Instrumente, Reparaturwerkzeug. **Man verlange sofort reichhaltige, 150 Seiten starke Kataloge gratis u. franco.** **E. Muchnow, Wilmersdorferstr. 14**

Dr. Schünemann Spezial-Experte für **25099*** **Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten.** Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr. 10-2, 5-7, Sonnt. 10-12 Uhr.

H. Pfau, Bandagist Jetzt: **Direksenstraße 20** zwischen Bahnhof Alexanderplatz und Volksgartenstr. — Amt VII, 19799. **Für Damen weibliche Bedienung.*** **Reparatur für alle Krankentischen.**

Sozialrestaurant — Partikelokal mit Arbeitsnachweis (ämtl. Gewerbe, direkt an einer gr. Fabrik in Industriestadt, Provinz Brandenburg, wegen Krankheit zu verlassen. Grundstück hat dreistöckiges Vorder- u. Hinterhaus, in welchen außer groß. Restaurationsräumen, groß. Saal u. Bühne für 1500 Personen noch 22 Wohnungen sind. **Wohnung außer eigener Wohnung 4000 M. Preis inkl. Restaur.-Invent.: 120000 M. Hypothek 20000 M. Hypothek 130000 M. Anz. 20000 M. Off. unter 8558 Annoncen-Expedition Halbes, Landsberger Straße 57.**



Eine Mark wöchentliche Teilzahlung dieses eleganten fertige 12002

Herren-Garderoben Urgen für West. Anfertigung nach Mass. **Julius Fabian,** Schneidermeister, Gr. Frankfurterstr. 37, Eingang Straßberger Weg.

Hygienische Bedarfsartikel Gummiwaren, 1000b Anerk. V. Prof. u. Arzt. empf. bill. **Apoth. S. Schweitzers** Pab. hyg. Präp. Berlin O., Holzmarktstr. 69-70. Preisf. gratis.

R. O. M. an große Aufkunft. in Bernau. Doppelter Berl. **Brannhofer, Berlin, Nollendorferstr. 3**

Das Försterdrama vom Müggelsee.

Vor dem Schwurgericht des Landgerichts II begann gestern die mehrtägige Verhandlung gegen den ehemaligen Förstereigenen Wily Schwarzstein, der unter der schweren Anklage der Ermordung seines Vaters, des königlichen Försters Schwarzstein, steht.

Den Vorsitz im Gerichtshofe führt Landgerichtsdirektor Schneider, die Anklage vertritt Staatsanwaltschaftsrat Schmidt, der Angeklagte wird durch Rechtsanwalt Dr. Schwandt verteidigt. Geladen sind 69 Zeugen und Sachverständige.

Vor Verlesung des Eröffnungsbeschlusses, der auf

Mord

lautet, erklärt der Angeklagte auf Befragen zu seinen

Personalien:

Er ist am 25. Juli 1887 zu Rehbrücke, Kreis Belgig, geboren und hat eine Vorstrafe wegen Betruges und schwerer Unfugensföhrung in Höhe von vier Monaten und zwei Wochen Gefängnis. Er verbüßt diese Strafe zurzeit während seiner Untersuchungshaft.

Vernehmung zur Sache.

Präs.: Sie haben durch den Eröffnungsbeschluss gehört, daß Sie unter der schweren Anklage des Verbrechens stehen. Ihren eigenen Vater vorsätzlich und mit Ueberlegung getödtet zu haben. — Angekl.: (weinend): Ich habe meinen Vater nicht ermordet. — Präs.: Ist das auch die Wahrheit? — Angekl.: Es ist meine volle Wahrheit.

Präs.: Wenn Sie der Täter sind, wenn Sie wirklich eine so entsetzliche Schuld auf sich geladen haben sollten, dann wäre es doch wohl das Beste, Sie hätten diese Schuld durch ein offenes, reumütiges Geständnis! — Angekl.: Wenn ich es gewesen wäre, würde ich es sagen! — Präs.: Bedenken Sie doch, Sie würden doch im Leben gar keine Ruhe finden können, selbst wenn Sie freigesprochen werden sollten. Wenn Sie dann nach Hause kämen, da hängt an der Wand das Bild Ihres unglücklichen Vaters. Sie würden doch nicht die Augen zu dem Bilde des Vaters aufschlagen können! — Angekl.: (weinend): Nein, das würde ich nicht fertig kriegen, meinen Vater zu töten. Selbst wenn ich ihn aus Furchtlosigkeit getödtet hätte, würde ich es sagen. Ich habe meinen Vater nicht getödtet! — Präs.: Von Furchtlosigkeit kann bei der ganzen Sachlage nicht die Rede sein. Sie sollen, wie man hört und liest, eine große Zurechtweisung erhalten. Ich will hoffen, daß dies die Zurechtweisung eines guten Gewissens ist. — Angekl.: Ich habe ein gutes Gewissen! — Präs.: Ich will hoffen und Ihnen wünschen, daß diese Zurechtweisung bis zu Ende der Verhandlung anhält. Es ist ja ungewöhnlich, daß der eigene Sohn aus dem Hinterhalt seinen Vater ermordet. Sie sollen gesagt haben, Sie können es gar nicht begreifen, daß Ihnen so etwas nachgesagt werden könne. Sie können sich aber wohl denken, daß recht schwere Verdachtsmomente gegen Sie vorliegen müssen. Ich gebe Ihnen volle Redefreiheit und will Ihnen wünschen, daß es Ihnen gelingt, die schweren Verdachtsmomente aufzuklären und zu widerlegen, was bis jetzt noch nicht gelungen ist. Angeklagter, Sie sind also geboren in Rehbrücke, wo Ihr Vater königlicher Förster war. Ihr Vater wurde dann nach der Försterei Markgrafspitze versetzt, wo Sie auch die Schule besuchten. Im 16. Lebensjahre verließen Sie die Schule. Welchem Berufe wollten Sie sich nunmehr zuwenden? — Angekl.: Ich wollte, wie mein Vater, Förster werden und kam zu diesem Zweck im August 1902 auf die Förstervorbereitungsschule in Groß-Schönebeck. Ich kam dann zur praktischen Ausbildung zu meinem Vater. Im Oktober 1905 kam ich dann nochmals auf die Försterschule und legte hier die Prüfung ab. 1906 sollte ich Soldat werden. Es war dies zu meinem Verzuge notwendig. Leider war ich zu schwach und wurde ein Jahr zurückgestellt. Bis zum Mai 1907 wurde ich dann unentgeltlich in der Oberförsterei Köpenick beschäftigt. Als ich 1907 ebenfalls von der Militärbehörde ein Jahr zurückgestellt wurde, wurde ich beurlaubt. — Präs.: Sie suchten sich nunmehr eine

Stellung

und fanden eine solche in der Dolganblung von Herrmann Latte in Kummelsburg. Hier blieben Sie nur bis zum 30. November 1907. Weshalb blieben Sie eigentlich nicht länger in dieser Stellung? — Angekl.: Ich hatte großes Heimweh. — Präs.: Sagen Sie doch lieber die Wahrheit. Sie sind doch einfach entlassen worden. — Angekl.: Jawohl. Erst hatte ich Lust und Liebe zu dieser Arbeit, dann aber bekam ich Heimweh und vernachlässigte die Arbeit. Dies war der Grund meiner Entlassung.

Nach der Entlassung.

Präs.: Von diesem Augenblick an beginnt nun das Unheil, das sich dann später immer weiter fortsetzt. Der Anfang war, daß Sie Ihren Eltern verschwiegen, daß Sie aus Ihrer Stellung entlassen wurden. Weshalb taten Sie dies denn eigentlich? — Angekl.: Ich schämte mich vor meinem Vater und ich nahm mir fest vor, die Entlassung zu verheimlichen. Ich wollte bis zur nächsten Stellung beim Militär, die etwa im Februar stattfinden sollte, so tun, als ob ich eine feste Stellung in Berlin hatte, in Wirklichkeit wollte ich Adressen schreiben, um Geld zu verdienen. — Präs.: Was haben Sie denn zu Hause erzählt? — Angekl.: Ich erzählte, daß ich in Lichtenberg eine andere Stellung erlangt hätte und 100 M. Gehalt bekäme. Ich hätte in dieser Gelegenheit, auch die inländischen Dölzer kennen zu lernen, während ich bei Latte nur die ausländischen Dölzer kennen gelernt hatte. — Präs.: Sie bestärkten Ihre Eltern in dieser Unrichtigkeit dadurch, daß Sie pünktlich jeden Morgen nach Berlin fuhrten. Wenn Sie es als blutjunger Mensch fertig bekommen, Ihre Eltern, vor allem Ihre Mutter, die Sie zärtlich lieb hatte, in dieser Weise zu täuschen, so ist das eine Unwahrheit, wie man Sie sich nicht schlimmer denken kann. Sie belogen Ihren Vater auch nach anderer Richtung hin und renommierten diesem gegenüber, sie hätten an einem Tage 14 Arbeiter entlassen und hätten täglich mehrere tausend Mark zuzugeworfen. Was haben Sie denn eigentlich die ganzen acht Wochen in Berlin angefangen? Es schwebt hierüber noch ein ziemliches Dunkel. — Angekl.: Ich habe mir alle Sehenswürdigkeiten in Berlin angesehen. Wiederholt habe ich mich auch stundenlang zu Aschinger gesetzt und gelebt. — Präs.: Sie sollen auch oft sehr spät nach Hause gekommen sein, so daß Ihr Vater sehr ungedulden war und auf Sie schimpfte. Sie sollen einmal eine Leiter von außen an den Zaun gestellt haben und hinübergeklettert sein. — Angekl.: Ich bin vom Beschäftigt direkt nach Hause gefahren. Ich bin jedoch öfter in Friedrichshagen gewesen und von dort allerdings etwas spät nach Hause gekommen. — Präs.: Woher nahmen Sie nun eigentlich das viele Geld, das Sie doch für Ihren Aufenthalt in Berlin brauchten? — Angekl.: Ich habe

dem Borg gelebt

und mir überall Geld geliehen. — Präs.: Sie haben in Berlin auch leichtsinnige Streiche verübt und sollen mit Weibern Verkehre gehabt haben. Sie haben dies früher auch zugegeben? — Angekl.: Jawohl, mehrere Male. — Präs.: Als Sie feinerzeit entlassen wurden, erhielten Sie Ihr Gehalt von 65 M. ausgezahlt. Was machten Sie denn damit? — Angekl.: Ich zahlte bei einem Kaufmann in Friedrichshagen 80 M. Schulden zurück.

Tag der Tat.

Vorf.: In der Nacht vom 23. Januar wurde nun Ihr Vater erschossen, und zwar ganz in der Nähe des Forsthauses. — Angekl.: Jawohl. — Vorf.: Wie weit liegt denn der Tatort von dem Forsthaus entfernt? — Angekl.: Etwa 250 Meter. — Vorf.: Jawohl, genau zwischen Rahnsdorfer Mühle und dem Forsthaus. Was haben Sie am Tage vor dem Tode Ihres Vaters unternommen? — Angekl.: Ich bin des Morgens mit meiner Mutter nach Reuzittau

gefahren. — Vorf.: Ihre Mutter hatte dort eine Erbschaft von 10 000 Mark gemacht. Sie begleiteten Ihre Mutter deshalb nach Reuzittau. Sie sind dann aber nicht mit der Mutter nach Hause gefahren. — Angekl.: Meine Mutter fuhr nach Berlin zu Wertheim, um einzukaufen. Ich redete ihr vor, daß ich noch in meiner Stellung nach den Arbeitern sehen müßte. Ich bin dann gegen 7 Uhr von Station Frankfurter Allee nach Hause gefahren. Ich traf meinen Vater nicht mehr an. Mutter erzählte mir, daß Vater zur Post nach Friedrichshagen gegangen sei. Da mein Fußgänger sehr schwach ist und ich Schmerzen hatte, zog ich mir die Stiefel aus und aß dann Abendbrot. Während ich nach die „Fortzeitung“ las, sagten die Kinder, sie gingen zu Bett. Ich sagte, ich käme gleich nach. Ich bin dann nach oben gegangen, wo meine achtjährige Schwester und die Erna Schmidt mit mir in einem Zimmer schliefen. — Der Angeklagte erklärt weiter: Er sei dann noch einmal herunter gegangen, weil er noch ein wenig Hunger hatte und eine Stulle essen wollte. — Präs.: Das ist doch sehr seltsam, denn Sie hatten doch eben erst Abendbrot gegessen. — Angekl.: Ich habe mir im Wohnzimmer eine Schmalzstulle zurechtgemacht und bin dann in die Küche gegangen, habe Wasser getrunken und bin noch einmal draußen gewesen, um ein kleines Bedürfnis zu befriedigen. — Präs.: Bisher haben Sie noch kein Sterbenswort davon gesagt, daß Sie noch einmal draußen waren. Das ist ganz neu. — Angekl.: Ich habe meines Wissens das schon früher gesagt oder ich habe es vergessen. — Präs.: Sie haben doch in der Einsamkeit der Zelle Zeit genug gehabt, über alle Dinge sorgsam nachzudenken, und wollen ein solch wesentliches Moment vergessen haben? — Angekl.: Ich war im Anfange meiner Untersuchungshaft sehr bestürzt und gestreut. — Präs.: Sie sollen nach den Beobachtungen verschiedener Zeugen gar nicht bestürzt gewesen sein und nicht ein Benehmen gezeigt wie ein Sohn, dessen Vater mörderisch erschossen worden ist. Sie treten auch heute gar nicht so auf, als ob Sie unter der schweren Anklage des Watermordes stehen. Sie treten hier so auf, als ob Sie kein Wasserchen trüben könnten. Und dabei haben Sie acht Wochen hindurch Ihre Eltern und Ihre Mutter, die Sie so liebte, fortgesetzt betrogen. Das zeigt doch, daß der Grundzug Ihres Wesens nicht Wahrhaftigkeit, sondern Unwahrhaftigkeit ist. — Angekl.: Ja, ich hätte nicht die Dummheit machen sollen, meinen Eltern etwas vorzutreiben. — Präs.: Das sind keine Dummheiten, sondern Schlechtigkeiten! — Der Angeklagte erklärt auf Befragen weiter: Er sei am dem Abend alldann oben in seine Stube gegangen, wo er mit seiner Schwester und der Erna Schmidt seine Schlafgelegenheit hatte. Erna Schmidt war schon ins Bett gegangen und er habe die Tür zugeschlossen, die Lampe ausgelöscht und habe sich im Dunkeln ausgezogen. — Präs.: Warum sogen Sie sich im Dunkeln aus? Das soll doch sonst nicht vorgekommen sein. — Angekl.: Das kam öfter vor. — Präs.: Die Anklage sagt: Sie hätten sich fast angezogen ins Bett gelegt. — Angekl.: Nein, ich war vollständig ausgezogen. Als ich mir die Strümpfe auszog, sah ich, daß mein schwärzender Fuß angeschwollen war. Ich schloß dann die Tür nochmals auf und warf die Strümpfe, die schlecht waren, hinaus. — Präs.: Aber Angeklagter,

Sie bringen ja jetzt lauter neue Tatsachen vor!

Die Tür wollen Sie dann nicht wieder verschlossen haben? — Angekl.: Nein. — Präs.: Das ist doch gar nicht möglich, daß Sie die Tür aufgeschlossen und die Strümpfe hinausgeworfen haben. Da hätten Sie ja am nächsten Morgen auf bloßen Füßen an die Wochstelle gehen müssen. — Angekl.: Ich habe mir am nächsten Morgen Ernas Strümpfe rasch angezogen. — Präs.: Das werden wir durch die Beweisaufnahme feststellen müssen. Jedenfalls ist es ganz neu, was Sie hier vortreiben. Das Moment der geöffneten Tür gehört doch zu den Hauptverdachtsmomenten, und da haben Sie in der langen Zeit nichts von dem gesagt, was Sie heute behaupten. — Staatsanwalt Schmidt: Auf dieses wichtige Moment ist der Angeklagte wiederholt hingewiesen worden. — Präs.: Hören Sie, Angeklagter, wenn es unwar ist, was Sie heute sagen, dann verziehen Sie es gut, sich herauszulassen, wenn es aber wahr ist, dann ist es unbegreiflich, daß Sie es früher nicht gesagt haben. — Rechtsanw. Dr. Schwandt: Ich möchte das

Verhalten des Angeklagten einigermaßen erklären.

Als ich die Verteidigung übernahm und den Angeklagten aufsuchte, konnte ich von ihm zunächst gar keine rechte Auskunft erlangen. Er war eigentlich wie ein Stück Holz. Vor drei bis vier Wochen wurde der Angeklagte ein ganz anderer. Er erklärte mir: Er sei ein ganz anderer geworden, nachdem der

Anstattgeflüchte

meine Anklageschrift gelesen und sie mir mit dem Bemerkten zurück gegeben hatte: „Schwarzstein, jetzt glaube ich Ihnen, daß Sie unschuldig sind! Ich lasse Sie zum Abendmahl zu.“ Der Angeklagte war nun mit einem Male ein ganz anderer, sein Benehmen war plötzlich viel freier und freier. Ich hatte den Gefühlszustand zunächst als Zeugen angeben wollen, er bewog mich aber, es nicht zu tun, weil er meinte, es würde sich dann öfter wiederholen, daß man ihn als Zeugen vorladen möchte; er verwies außerdem auf sein Amtsgeheimnis. — Präs.: Das kann ich mir aber kaum denken, daß der Anstattgeflüchte sich in dieser Weise ausgedrückt habe. Das würde doch ein außerordentlich bedenkliches Verfahren sein! — Angekl.: Es ist wahr. Als der Herr Geistliche mir die Anklage, die er gelesen, zurückgab, sagte er zu mir: „Ich glaube Ihnen jetzt, daß Sie die Tat nicht begangen haben.“ Herr Präsident, ich bin unschuldig, und seitdem der Geistliche mir das gesagt hatte, fühle ich mich wesentlich gestärkt.

Der Angeklagte behauptet weiter auf die Fragen des Präsidenten: Als am nächsten Morgen die beiden Arbeiter kamen, die den Vater am Boden todtend aufgefunden hatten, habe er zunächst das Klopfen und den Darm nicht gehört. Er sei dann von Wehlich mit dem Bemerkten gewarnt worden, daß zwei Männer da seien, die etwas mitzuteilen hätten. Er habe dann die beiden Männer gefragt, was es denn so früh schon gebe? Die Antwort war: sie hätten einen am Forsthauser gefunden; es sei ein Mann in Försterkleidung, mit einem Vollbart und einem Siegelring am Finger. Er sei dann in seines Vaters Zimmer gegangen und als er den Vater nicht vorfand, da sei ihm der Gedanke gekommen, daß es sich nur um seinen Vater handeln könne. Es sei ihm der Gedanke durch den Kopf geschossen: der Vater sei vielleicht im Forsthaus sitzen geblieben, habe Stas gepiekt und sei vielleicht im trunkenen Zustande zu Boden gesunken. Er sei dann mit den Männern gegangen und habe seinen Vater entsetzt in hohender Stellung und mit entblöttem Hinterkopf vorgefunden. Ihm sei bei diesem Anblick das Blut zu Kopf gestiegen, ihm sei in seinem Leben noch nie so zu Mute gewesen. — Präsident: Sie sollen gar nicht sehr aufgeregt gewesen sein, sondern ziemlich ruhig gesagt haben: „Nanu, was ist denn hier passiert? Das ist ja mein Vater!“ Der Angeklagte bestreitet, daß sein Benehmen beim Auffinden der Leiche und bei den weiteren Anordnungen zum Transport der Leiche und seinen Mitteilungen über das Vorkommnis an seine Mutter ein ungewöhnliches und verdächtiges gewesen sei. — Präsident: Welche Gedanken hatten Sie denn nun, als Sie den Vater tot auffanden? — Angeklagter: Den Gedanken, daß ein Raubakt vorlag, mußte ich aufgeben, denn Vater hatte keine Feinde; er hat in seinem Archiv niemand wegen Wilddiebstahls anzeigen Veranlassung gehabt. Wenn die Tat eines Wilddiebes in Frage käme, dann würde es sich nur um eine Fahrlässigkeit handeln können. — Präsident: Früher waren Sie anderer Ansicht, da hielten Sie einen Raubakt nicht für ausgeschlossen. — Angeklagter: Ich habe früher gesagt: mein Vater hatte als Privatmann keine Feinde, aber vielleicht als Beamter. — Präsident: Wie stellen Sie sich denn wohl diese „Fahrlässigkeit“ vor? Es war doch eine verhältnismäßig helle Nacht. Sachverständige haben bei gleicher Beleuchtung Proben gemacht. — Angeklagter: Ich denke mir, Vater hat ein Bedürfnis zu verrichten gehabt, er hat sich niedergebückt und ein Wildieb hat ihn in dieser

Stellung vielleicht für ein Stück Bild angesehen. Vielleicht hat auch ein Wilderer gedacht, der Forstbeamte, den er sah, habe auf ihn angelegt und er sei ihm dann zuvor gekommen und hat auf Vater geschossen. — Präsident: Ihre Verhältnisse, Angeklagter, drängen, wie die Anklage hervorhebt, zum Zusammenbruch. Sie hatten an allen Ecken und Enden geborgt, Sie mußten nicht mehr aus noch ein, Sie mußten an dem kritischen Tage eine Entscheidung fürchten. Wenn Sie der Täter sein sollten, dann konnten Sie keine bessere geeignete Nacht wählen, als die hier in Frage kommende. Sie mußten sich — wenn Sie der Täter wären — eine Profnacht aussuchen, in der es so hell war, daß sie sicher zielen konnten. Sie durften keine Nacht wählen, in der Schnee gefallen war, ebenso keine Nacht, in der der Boden weich war, denn sonst würden Fußspuren zurückgeblieben sein. Sie mußten eine Gelegenheit wählen, wo Sie wußten, daß der Vater in Rahnsdorf weilte und spät zurückkehrte. Sie mußten auch wissen, welchen Weg Ihr Vater einschlug und daß die günstigste Gelegenheit zur Ausführung der Tat war, wenn Sie sich hinter die Hecke stellten. Sie mußten — immer unter der Voraussetzung, daß Sie der Täter wären — auch eine Nacht wählen, wo der Vater ohne den Hund nach Rahnsdorf ging. — Angeklagter: Diese Voraussetzungen trifft aber entchieden nicht zu; ich habe

niemals den Gedanken gehabt, meinen Vater zu erschließen und habe eine solche Tat nicht begangen. Wenn ich eine solche Tat hätte begehen wollen, dann hätte ich viel günstigere Gelegenheiten gehabt, wenn ich ihn auf einem gemeinsamen Gange im Walde erschossen hätte, denn wenn man ihn dann dort tot aufgefunden hätte, würde wohl niemand gegweifelt haben, daß die Tat eines Wilderers vorlag.

Der Vorsitzende erörterte alldann mit dem Angeklagten seine Geld- und Schuldverhältnisse.

Vorsitzender: Sie haben früher selbst gesagt, Sie mußten täglich die

Entbedung und den Zusammenbruch

befürchten. Sie haben doch überall gepumpt, selbst von den Bahnschaffnern haben Sie sich Fahrkarten geborgt, von einem Barbier 1 M. Außerdem wollten Sie eine Menge anderer Leute anborgen. — Angeklagter: Ich wollte mir auch 300 M. borgen und meine Schulden damit bezahlen. Diese Summe wollte ich dann, sobald ich Stellung hatte, in Raten abbezahlen. — Vorsitzender: Warum haben Sie sich nicht an Ihre Mutter gewendet, der Sie doch voll vertrauen konnten? Sie haben im Gegenseit Ihrer Mutter noch 25 M. zu Weihnachten geschenkt, die Sie sich selbst geborgt hatten. Sie hatten Ihr aber erzählt, daß dieses Geld von Ihrem Gehalt wäre. — Angeklagter: Jawohl, das ist richtig. — Vorsitzender: Was meinen Sie, was Ihr Vater gemacht hätte, wenn er alle Ihre leichtsinnigen Streiche erfahren hätte, ganz abgesehen von der Unfugensföhrung? — Angeklagter: Vater hätte sich sehr aufgeregt und hätte Skandal gemacht. — Vorsitzender: So, weiter nichts. Sie scheinen ja sehr optimistische Hoffnungen zu haben. — Angeklagter: Die Scene hätte einen Tag gedauert und dann wäre alles in Ordnung gewesen. Ich wäre dann vielleicht strenger behandelt worden. — Vorsitzender: Man kann aber auch sehr gut der Meinung sein, daß Ihr Vater Sie einfach aus dem Hause gejagt hätte. — Angeklagter: Nein, das hätte Vater nicht getan, wenn er auch noch so böse gewesen wäre. Ja, ich habe meine Eltern und den Herrn Forstmeister beschwändelt und bin leichtsinnig gewesen, das ist doch aber noch kein Mord. — Vorsitzender: Es kommt nun noch ein

weiter schwerwiegender Punkt

hinzu, auf den sich die Anklage stützt. Der Knecht Wehlich behauptet, daß er am Abend das

Fenster verschlossen

hatte. Am nächsten Morgen wurde es aber unverschlossen aufgefunden, so daß während der Nacht jemand das Haus verlassen haben mußte. Sie sagen jetzt, daß Sie das Haus am Abend noch einmal verlassen haben. Hieron haben Sie bis jetzt noch nie etwas gesagt. Noch auffälliger ist es aber, daß Sie, als Wehlich feinerzeit angab, er habe das Tor abends verschlossen, es verjucht haben sollten, auf sein Zeugnis einzuwirken. — Angeklagter: So ist es nicht gewesen. Ich habe mit Wehlich über die Sache gesprochen, nachdem mich der Kriminalkommissar Beonhardt über meine Schulden usw. befragt hatte. Ich sagte ihm hierbei, das hätte sich beinahe so an, als ob ich es schließlich noch gewesen sein sollte. Jemandem Einfluß auf die Aussage des Wehlich habe ich nicht gehabt. — Vorsitzender: In der Stube Ihres Vaters stand ein Schrank mit Gewehren und diese sollten am nächsten Morgen durch die Gendarmerie-Oberwachmeister geprüft werden, da auch Wehlich, der von dem Erschossenen öfter geprügelt worden war, in den Verdacht geraten war. Als Sie nach den Flinten gefragt wurden, sprachen Sie immer nur von der aufgefundenen Wuchsfinte, nicht aber von Ihrer eigenen Finte, die jetzt hier auf dem Gerichtstisch liegt. Erst als Sie direkt gefragt wurden, gaben Sie an, Ihr Vater hätte die Finte zum Wuchsmacher nach Kirchhölzle gebracht. Als die Beamten hierauf näher eingingen, änderten Sie rasch die Aussage und erklärten, daß Ihr Bruder Ihre Finte mitgenommen hätte. Sie mußten doch, daß dies nicht richtig ist, da Sie längst nach dem Fortsein Ihres Bruders mit der Finte geschossen hätten. Wann haben Sie denn das letzte Mal mit dieser Finte geschossen? — Angeklagter: Ich war feinerzeit nicht ganz klar, welche Finte gemeint war, und hatte damals immer von einer anderen Finte gesprochen. Mit meiner Finte habe ich am Sonntag vor Neujahr das letzte Mal geschossen. — Vorsitzender: Es ist doch aber sehr auffällig, daß die Finte am nächsten Tage urplötzlich wieder da war. — Angeklagter: Ja, ich habe die Finte selbst beim Herumkommen unter dem Bodenmantel meines Vaters zwischen seinen hohen Stiefeln und einem Rudersack an die Wand gelehnt aufgefunden und habe auch sofort hiervon Mitteilung gemacht. Es wird mir zur Last gelegt, ich hätte die Finte versteckt. Es wäre dies doch ganz unfinnig, denn wenn ich es fertig gebracht hätte, meinen armen Vater zu erschließen, so hätte ich auch noch genügend Gelegenheit gehabt, die Finte heimlich zu reinigen. Ich kann nur immer wieder sagen, ich habe ein reines Gewissen, ich habe meinen Vater nicht erschossen. — Vorsitzender: Sie selbst haben in einem Protokoll gesagt, ein besonders inniges Verhältnis zwischen Ihnen und Ihrem Vater

bestanden.

— Angeklagter: Ich hatte meinen Vater lieb. Es ist aber eine gewisse Trennung eingetreten, als ich selbständiger wurde und die Stellung annahm. — Vorsitzender: Es ist sehr auffällig, daß Sie es bisher immer so gehalten haben, wenn Ihnen etwas Unbequemes und Verdächtiges vorgeworfen wurde, so waren Sie immer bestürzt und sprachlos und haben überhaupt nicht mehr geantwortet. Es schwebt, wie ich noch mitteilen will, gegen Sie noch ein Verfahren wegen Wilddieberei; Sie sollen Hasen verkauft haben. Außerdem sollen Sie auch Wehlich geschossen und verkauft haben. — Rechtsanwalt Dr. Schwandt teilt mit, daß in einer vor der gerichtlichen Vernehmung an ihn gelangten Information des Angeklagten dieser den Sachverhalt genau so dargestellt habe, wie er es heute tue und keinerlei Widersprüche zu entdecken seien. — Die Vernehmung des Angeklagten ist hiermit beendet.

Die Zeugen.

Als erste Zeugin wird die 14jährige Erna Schmidt vernommen, die beim Förster Schwarzstein in Pflege war. Sie schloß zusammen mit der achtjährigen Grete Schwarzstein und dem Angeklagten in einem oberen Zimmer des Forsthauses. Das Bett des Angeklagten stand an der Tür. Als man im Forsthaus am 23. Januar anfangen wollte, zu Abend zu essen, sei Wily auch erschienen und habe mitgegessen. Etwa ein Stunde später seien

ste zu Welt gegangen. Billy sei mit Wundstößen, habe sich aber nicht gleich ins Bett gelegt, sondern sei noch einmal herumgelaufen, um sich eine Stelle zu holen. Nach 5-10 Minuten sei er wiedergekommen und habe die Türe zweimal zugeschlossen. Es ist ihm aufgefallen, daß der Angeklagte die Lampe sofort ausgepustet hat und sich dann erst auszog, was sonst nicht geschah. Beim Abendessen habe Billy schon über seinen Fuß geklagt. Ob sich der Angeklagte mit dem Angin ins Bett gelegt, weiß die Zeugin nicht. Sie weiß auch nicht, ob der Angeklagte nach dem Auspusten des Lichtes noch einmal hinausgegangen ist, oder ob er die Tür geöffnet und seine Strümpfe hinausgeworfen hat. Als am nächsten Morgen der Anwalt Ernst Mehlisch an die Tür geklopft und den Angeklagten geweckt habe, weil zwei Männer ihn sprechen wollten, habe er seine Strümpfe nicht finden können und deshalb die Hühner angezogen. Auf weiteres Befragen meint die Zeugin, daß nach dem Auffinden der Leiche der Angeklagte nicht sehr traurig war und nur geweint habe, wenn Leute kamen. Als das Fehlen der Blinde des Billy zur Sprache kam, habe Frau Schwarzenstein zu ihr gesagt: wenn sie gefragt werde, solle sie nur sagen, daß Otto Schwarzenstein die Blinde zu Weihnachten gepußt habe. Schließlich befand sie, daß der Angeklagte öfter seine Strümpfe zur Tür hinausgeworfen habe.

Die nächste Zeugin ist die kleine Gertrud Schwarzenstein, die achtjährige Schwester des Angeklagten. Sie befindet sich im Großen und Ganzen die Aussagen der Vorgesetzten, weicht jedoch in einigen Punkten von ihr und auch von ihren früheren Aussagen ab. U. a. erklärt sie aus eigenem Antrieb, daß der Angeklagte nach dem Auslösen der Lampe noch einmal die Tür geöffnet und etwas herausgeworfen habe. Früher hat sie von dieser Tatsache nichts gesagt, jedoch der Vorsitzende sie eintündlich eraminert, wieso sie denn jetzt plötzlich mit dieser wichtigen Tatsache hervortrete und ob ihr vielleicht jemand gesagt habe, was sie hier aussagen solle. Die Zeugin verneint dies aber standhaft und bleibt dabei, daß ihr diese Tatsache erst nach einiger Zeit eingefallen sei. Sie geht auch nicht von der Darstellung ab, daß der Angeklagte wirklich die Tür noch einmal geöffnet und etwas hinausgeworfen habe. Zuerst erklärte sie befähigt, daß sie nicht wisse, was dies gewesen sei, dann aber kam sie mit der Bemerkung hervor, daß es Strümpfe gewesen seien.

Amtsrichter Dr. May (Röpenitz) macht Befundungen über die Tätigkeit der Gerichtskommission die sich nach geschehener Meldung von dem Verbrechen an den Tatort und später in das Forsthaus begeben hatte. Zuerst habe man an einen Hakenalt gedacht, da verlautele, daß der Förster Schwarzenstein an seiner früheren Dienststelle Weiberchen mit Wildbienen gehabt haben solle. Dann wurde der Verdacht gegen Mehlisch erzwungen, auf eine dahingehende Frage an den Angeklagten erfolgte aber ein gutes Nein! als Antwort. Der Angeklagte betonte dabei, daß Mehlisch vom Schießen keine Ahnung habe. Gegen Billy Schwarzenstein lag damals noch keinerlei Verdacht vor. Gegen den Angeklagten Schwarzenstein schneit zuerst bei dem Amtsgericht Röpenitz ein Strafverfahren wegen Wilderns. Die Herr Forstmeister Kottmeier bestätigten wird, wurde in der fraglichen Gegend sehr viel gewildert. Dortige Einwohnern hörten sehr häufig des Nachts in der Nähe des Forsthauses Schüsse fallen. Seit der Angeklagte verhaftet ist, haben die Schüsse aufgehört. Der Angeklagte soll die Wildereien mit einem Kautschuk Röhle unternommen haben. Dieser Röhle ist seit jener Zeit spurlos verschwunden. Alle Bemühungen, ihn aufzufinden, sind ohne Erfolg geblieben.

Nach einstündiger Pause verkündet der Vorsitzende, daß die Befragung des Tatories morgen, Dienstag, früh 8 Uhr, an Ort und Stelle stattfinden soll.

Kriminalkommissar Leonhardt hat die Recherchen geleitet. Als der Zeuge in das Forsthaus kam, war das Verhalten des Angeklagten eigenartig. Er lag auf dem Sofa und meinte zunächst nicht; nachher verpöhl er einige Frauen, die jedoch bald verstiegen. Ich ging dann, so befindet der Zeuge weiter, in das Zimmer, wo die Gewehre standen. Da stellte sich heraus, daß das eigene Gewehr, welches der Angeklagte selbst benutzte, fehlte. Er sagte zuerst, es sei in der Reparatur in Järsenwalde, dann änderte er seine Aussage und meinte, sein Bruder habe es nach Thüringen mitgenommen. Erst abends, als ich nach Hause fuhr, machte mich der Zeuge Kotalowski darauf aufmerksam, daß abgesehen von jenem Gewehr, ein Gewehr fehlte, welches der Angeklagte persönlich zu benutzen pflegte; er erzählte auch von Erbschaftsstreitigkeiten, die in der Familie obwalteten. Die beiden Arbeiter, die den Erschossenen zuerst gefunden, hatten auch gesagt, daß das Benehmen des Angeklagten an der Leiche so gewesen sei, als ob ein Stück Vieh dagelegen hätte. Das machte mich stutzig. Mein Verdacht wurde noch reger, als ich am nächsten Tage wieder ins Forsthaus kam und das Gewehr plötzlich da war. Er sagte, er habe es in einer Ecke in des Vaters Arbeitszimmer gefunden, wo allerdings Kleider hingegen. Über die Ecke war tags vorher ganz genau untersucht worden. Als ich ihn fragte, wann denn das Gewehr zum letzten Male gebraucht sei, antwortete er: „Ach, mit diesem Ding kann man überhaupt nicht mehr schießen, es sei so klappertig, daß sein Vater schon Anfang November oder Anfang Dezember verboten habe, es zu benutzen. Zuletzt sei es am dritten Weihnachtstage gepußt worden.“ Das stimmte aber nicht. Es war augen sichtlich blank, und es mußte ganz frisch daraus geschossen worden sein. An demselben Tage hatte ich inzwischen festgestellt, daß der Angeklagte Urkunden gefälscht und Schulden hatte. Am 24. Januar ist die

Risse von drei Polizeihunden

in Anspruch genommen worden. Sie wurden auf die Spur hinter dem Glöckchen gesetzt und haben nacheinander eine bestimmte Fährte ganz übereinstimmend verfolgt. Auffallend war das Verhalten der „Rige“. Diese umkreiste den Angeklagten, der mit anderen Personen auf einem kleinen Hügel dem Verfuhe zusah, mehrere Male. An der Fußspur konnte nur die Größe des Hundes gemessen werden. Der Zeuge mißt die Haken der Stiefel des Angeklagten und stellt fest, daß die Größe des Hundes nicht ganz genau übereinstimmt, die kleine Differenz ergibt sich aber leicht daraus, daß die Spur eben etwas in den Boden breiter eingedrückt wird.

Forstmeister Kottmeier-Röpenitz ist als Amtsvorsteher als erster am Tatort gewesen und hat die ersten Feststellungen getroffen, namentlich bezüglich der Schupfrichtung. Als der Zeuge ins Forsthaus kam, lag der Angeklagte auf einem Sofa und kühlte seinen Fuß. Da kam dem Zeugen blickartig vorübergehend der Gedanke eines möglichen Zusammenhanges dieser angeblichen Fußabdrucke mit der Tat, daß sie vielleicht nur simuliert sei, um irgend einen Verdacht nicht aufkommen zu lassen. Der momentane Verdacht schwand aber wieder; denn als der Zeuge ihm sagte, er solle nur machen, daß das Bein bald wieder gesund werde, antwortete er: „Ach, es wird schon besser werden, denn der Doktor kommt heute wieder.“ Tatsächlich war aber der Arzt noch gar nicht dagewesen, während die Ansehung des Angeklagten anzudeuten schien, daß der Arzt schon tags vorher dagewesen sei.

Auf eine bezügliche Frage des Vorsitzenden gibt der Zeuge theoretisch die Möglichkeit einer schließlichen Tötung durch einen Wilderer oder jemand, der Kautschuk schreiben wollte, zu. Was die Persönlichkeit des Verstorbenen betrifft, so sei dieser seit 1904 in dem Revier und ein gutmütiger und beliebter, sehr nachsichtiger Beamter gewesen.

Oberförster Wallmann war seinerzeit in der Oberförsterei Röpenitz angestellt. Er hat zwei Tage später an dem Tatort eine Probe, bei der er den Vorfall, wie er sich mutmaßlich zugegetragen hatte, rekonstruiert. Der Zeuge hat schon 60 Schritte vorher deutlich gehört, wie ein Mensch die Chaussee entlang kam. — Vorsitzender: War an jenem Tage, als Sie den Versuch unternahmen, der Erdboden wie in der Morgnacht gestoren? — Zeuge: Nein. Es regnete an diesem Abend. — Vorsitzender: Der Boden war also weicher, so daß man bei festgestrenem Boden viel eher Schritte eines Menschen hören mußte? — Zeuge: Ja wohl. — Vorsitzender: Sie haben ganz deutlich eine menschliche Gestalt erkennen können und nicht etwa zu der Meinung gelangen können, daß es sich um ein Reh handele? Ich frage dies deshalb, weil der Angeklagte bekanntlich behauptet, daß

sein Vater möglicherweise von einem Wilderer für ein Reh gehalten und fahrlässig erschossen worden ist. — Zeuge: Ich hätte bestimmt, auch bei noch schlechterer Witterung einen Menschen erkannt. — Vorsitzender: War Ihnen der Angeklagte als guter Schütze bekannt? — Zeuge: Ja wohl!

Die Arbeiter Bolter und Bisker haben den Erschossenen zuerst gefunden und sind nach dem Forsthaus gegangen, um Meldung zu machen. Das Hoftor stand offen, die Haustür war auch nicht verschlossen; es bedurfte aber der größten Anstrengung, um sich den schlafenden Hausbewohnern gegenüber bemerkbar zu machen. Als der Angeklagte herunterkam und sich von den Zeugen hatte melden lassen, daß sie jemand am Boden liegend gefunden hätten, hat er aus der Beschreibung ersehen, daß es sich wohl um seinen Vater handeln müsse. Am Tatort habe er sich auffällig benommen. Er sei gar nicht sehr bestürzt oder entsetzt gewesen, sondern habe, als er die Schupfrunden gesehen, bestätigt, daß der Vater erschossen sei. Er habe die Leiche gar nicht berührt, sondern nur gesagt: „Wenn ich den grünen Rock tragen werde, dann heißt es: Mache!“ Der Angeklagte wollte dann auch darauf hinaus, daß der tote weggebracht werden müßte, die Zeugen erklärten jedoch, daß man ihn bedecken und zunächst Anzeige erstatten sollte. Das lieb- und gefühllose Verhalten des Angeklagten ist den beiden Zeugen so aufgefallen, daß sie gegenseitig der Vermutung Ausdruck gaben, der Angeklagte scheine etwas von dem Morde zu wissen. Gehint habe der Angeklagte nicht.

Der Angeklagte bestritt, sich gefühllos gezeigt zu haben. Er sei nur so konsterniert gewesen, daß er ganz sprachlos war.

Rechtsanwalt Dr. Schwandt bemerkt hierzu: Nach der Information, die ihm der Angeklagte gegeben, habe dieser ein Gruseln vor einer Leiche und könne eine solche nicht berühren. Dies sei auch bei dem Tode seines Großvaters der Fall gewesen.

Der Schlossmeister John sowie die Handschuhfabrikanten Berch und Strauch aus Rahnsdorf sind die Partner des Ermordeten bei seiner letzten Schapartie gewesen. Sie befanden übereinstimmend, daß der Förster Schwarzenstein seine Feinde hatte.

Sanitätsrat Jacoby (Friedrichshagen) befandet als Zeuge und Sachverständiger folgendes: Er sei am 29. Januar telephonisch wegen einer Fußverletzung des jungen Schwarzenstein nach dem Forsthaus bestellt worden. Hier sei er gegen 10 Uhr eingetroffen. Eine Untersuchung habe ergeben, daß tatsächlich am linken Fußgelenk eine leichte Schwellung und Verfärbung zu konstatieren war. Schon am nächsten Tage habe er ihn wieder am Tische sitzen sehen und Todesanzeigen schreiben. Die Schwellung könne durch stilles Laufen oder einen Sprung entstanden sein. — Vorsitzender: Halten Sie es für möglich, daß der Angeklagte diese Verletzung simuliert hat? — Zeuge: Es handelte sich zwar um eine äußerst geringfügige Verletzung, eine Simulation war aber völlig ausgeschlossen.

Es wird sodann der Fürsorgegänger Ernst Mehlisch vernommen und von dem Vorsitzenden ernstlich zur Wahrheit vermahnt. Er ist jetzt in der Anstalt zu Strausberg und war vom Jahre 1901 ab bei dem Förster Schwarzenstein, wo es ihm sehr gut gefallen hat. Er hatte dort reichlich zu tun, denn er war sozusagen „Mädchen für alles“, mußte auch das Vieh besorgen und wenn Gäste da waren, mußte er auch Kleiner spielen. Mit dem Angeklagten stand er so gut, daß er sich mit ihm buzte. Er schlief im Keller des Forsthauses. Er hat am Abend des Mordes, nachdem er Kartoffel geschält hatte, sich in den Keller zur Ruhe begeben, nachdem er die Haustür zugeschlossen, den Schlüssel zweimal herumgedreht und ihn auf ein kleines Fenster gelegt hatte. Am anderen Morgen, als die Männer, die den Leichnam gefunden hatten, kamen und Spektakel machten, hat der Schlüssel in der Haustür gesteckt und die Haustür stand offen. Es mußte also jemand die Haustür von innen schon geöffnet haben. Billy Schwarzenstein konnte trotz des Lärmes erst schwierig geweckt werden. Vor der Tür der Schlafstube des Billy hat der Zeuge Strümpfe nicht liegen sehen. Er hat auch nicht bemerkt, daß Billy Schwarzenstein einen schlimmen Fuß hatte; erst nachher habe derselbe zu hinten angefangen. Der Zeuge bestritt auf Vorhalt, daß er etwas in den Holzstall getragen habe und daß dies Billys Gewehr gewesen sein könnte. Obgleich er die Reinigung der Wohnung unter sich hatte, hat der Zeuge ein Gewehr in der Ecke des einen Zimmers, wo es angeblich sich vorgefunden haben soll, nicht bemerkt. Schließlich befandet er, daß er nichts davon wahrgenommen habe, daß der Angeklagte, wie dieser behauptet, noch einmal aus seiner Stube heruntergekommen und herausgegangen sei.

Der Angeklagte bleibt trotz aller Vorhaltungen bei seiner mit dieser Zeugenaussage nicht übereinstimmenden Darstellung, daß er nochmals herabgekommen sei, der Schlüssel in der Tür gesteckt und letztere offen gelassen habe.

Rechtsanwalt Dr. Schwandt sieht keinen vernünftigen Grund, warum der Zeuge die Tür abgeschlossen und sie nicht einfach offen gelassen habe, da der Förster doch gesagt habe, er komme von der Post bald wieder. — Der Zeuge erwidert, daß die Frau Förster gesagt habe: ihr Mann sei doch wohl eingelebt. Da der Förster seinen eigenen Schlüssel hatte, habe er, wie ihm vorgeschrieben war, die Haustür von innen verschlossen, den Schlüssel abgezogen und auf das Fensterbrett gelegt. Wer die Tür später geöffnet, wisse er nicht. — Präsident: Nachdem Sie das erste Mal wahrheitsgemäß ausgesagt hatten, haben Sie bei Ihrer zweiten Vernehmung gesagt: Sie könnten sich doch geirrt haben; denn möglicherweise sei das, was Sie auf den 23. Januar verlegten, an einem anderen Abend geschehen. Wie ist denn das gekommen? Nachher haben Sie dann wieder der Wahrheit die Ehre gegeben.

Zeuge Mehlisch: Billy Schwarzenstein ist extra zu mir in den Keller gekommen und hat gesagt: „Hör mal Ernst, Du hast gestern ausgefragt: Du habest die Tür zugeschlossen und am Morgen sei sie offen gewesen. Wenn jemand noch einmal nach der Haustür fragt, dann sage mir: Du hast nicht zugeschlossen, Du kannst Dich geirrt haben.“ Der Zeuge bleibt bei dieser Aussage trotz vieler Vorhaltungen des Angeklagten und des Rechtsanwalts Dr. Schwandt. — Der Angeklagte bestritt die Behauptung des Zeugen und erklärt, daß er dem Zeugen nur sofort vorgehalten habe, wie er eine so falsche Aussage machen könne. — Rechtsanwalt Dr. Schwandt läßt sich vom Amtsrichter Dr. May bestätigen, daß laut Protokoll der Zeuge von dieser jetzt von ihm aufgestellten Behauptung bei seiner Vernehmung gar nicht verlaunt hat. — Der Zeuge bleibt trotz alledem dabei, daß der Angeklagte in der geschriebenen Weise auf ihn habe einwirken wollen. — Zeuge Leonhardt befandet, daß ihm gegenüber der Zeuge genau dieselbe Darstellung gegeben habe wie heute. — Zeuge Mehlisch kennt das vorliegende Gewehr als das Eigentum Billys und meint, daß aus demselben lange vorher das letzte mal geschossen worden sei. Er selbst wisse mit einem Gewehr absolut nicht umzugehen, wie eine sofort mit ihm angestellte Probe bestätigt. Der Angeklagte habe sich mit seinem Vater manchmal gesamt; letzterer habe oft wegen der vielen Geldausgaben seines Sohnes geschimpft. Die Mutter habe diesem dann manchmal etwas Geld zugesteckt, wenn er darum bat. Der Förster habe in seinem Zimmer absehbend von der Familie allein geschimpft und geschlafen. Auch mit ihm habe der Förster manchmal geschimpft, das war aber immer bald wieder vergessen; denn der Förster sagte nur: „Ernst, ich meine es gut mit Dir!“ Er hatte ihm auch versprochen, später beim Militär für ihn zu sorgen. Der Zeuge bemerkt dem Förster noch ein Gefühl der Dankbarkeit. — Rechtsanwalt Dr. Schwandt weist auf verschiedene Unstimmigkeiten in früheren Aussagen des Zeugen hin. — Zeuge Oberförster Wallmann hat von dem Verstorbenen wiederholt folgen hören: „Mehlisch muß manchmal Drecksche kriegen, aber sonst ist er ein ganz famoser Junge!“

Gerichtsschreiber Dr. Jeserich gibt auf Grund seiner Untersuchung sein Gutachten dahin ab, daß aus beiden Rufen des vorliegenden, dem Angeklagten gehörigen Gewehrs in letzter Zeit vor der Tat geschossen worden sei. Der weitest zurückliegende Zeitraum sei 2 Wochen, wahrscheinlich sei es aber kürzer vorher gewesen. — Oberförster Wallmann hat durch das Gewehr des Angeklagten einen Wergspitzen hindurchgezogen und ganz frischen Pulverschleim gefunden. Außerdem hat er durch den Geruch festgestellt, daß erst ganz frisch an dem Gewehr geschossen sein mußte. Er hat mit seinem eigenen Gewehr Versuche angestellt und kon-

statet, daß man nach 5-8 Tagen an dem Geschloß irgendeinen Geruch nicht mehr wahrnehmen kann. Es mußte also auch aus diesem Grunde erst kurz vorher aus der Klinge geschossen worden sein. — Kriminalkommissar Leonhardt: Ich habe der Angeklagte direkt bestritten, daß aus der Klinge neuerdings geschossen worden sei. Er habe sogar gesagt, daß der Vater ihm verboten habe, das Gewehr noch zu benutzen, da es zu klappertig und deshalb gefährlich sei. — R.-M. Dr. Schmidt: Der Angeklagte hat aber später schon zu Protokoll angegeben, daß er sich besinne, am Sonntag vor Neujahr das Gewehr noch einmal benutzt zu haben.

Sachverständiger Hofschuhmacher Barilla hat das Gewehr auch untersucht und einen ganz auffälligen Geruch von Pulverschleim wahrgenommen. Er kommt in seinem Gutachten zu dem Schluß, daß erst einige Tage zuvor aus der Klinge geschossen sein muß. Er hat mit einem anderen Gewehr selbst Proben angestellt und Niederfänge gemacht und ist zu der Ansicht gekommen, daß sich ein Geruch nur circa 4 Tage im Gewehr vorhält.

Die Sitzung wurde um 8 Uhr auf Dienstag vertagt.

XII. Generalversammlung des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands.

Gotha, 20. Juni 1908.

Bei Beginn der heutigen Sitzung richtet der Kollege Siebert-Rürnberg, welcher als Vizepräsident und langjähriger Vorsitzender des Verbandes an der Generalversammlung teilgenommen hat, einige herzliche Abschiedsworte an die Vertreter des Verbandes. Es erfolgt hiernach eine kurze Debatte über das „Schuhmacher-Jahrbuch“.

Es erfolgt hiernach eine kurze Debatte über das „Schuhmacher-Jahrbuch“.

Wendig-Berlin erstattet den Kommissionsbericht, wonach vorgeschlagen wird, eine Teilung des Gaus 8 nicht vorzunehmen, sich für Befreiung der gewerkschaftlichen Unternehmungskurse zu erklären, dem Antrage, bei Vernehmung eines Beamten diesem bezüglich der Gehaltsfrage die früheren Dienstjahre in Anrechnung zu bringen, stattzugeben, in Nürnberg an Stelle des 2. Kassierers, der zugleich Gaubeamter ist, einen Gauleiter besonders aufzustellen und den Kollegen Trefflich als Hilfsarbeiter im Bureau des Vorstandes zu bestätigen. — Diesen Vorschlägen der Kommission wird zugestimmt.

Vod-Gotha referiert alsdann über die „Ursachen und Begleiterscheinungen der wirtschaftlichen Krisen“. Redner entwirft in seinem einfindigen Referat ein Bild von der kapitalistischen Produktionsform und weist nach, daß hierin die Krisen ihre natürlichen Ursachen haben. (Beifall.) Folgende Resolution wird einstimmig angenommen:

„In der Erwägung, daß die moderne Warenproduktion unfähig ist, die vorhandenen Produktionskräfte in einer für die Gesellschaft nützlichen Art anzuwenden und durch ihre Planlosigkeit die ganze Wirtschaftsordnung in kürzeren oder längeren Perioden in die schwersten Krisen stürzt, unter welcher die arbeitende Bevölkerung durch unerschöpfte Massenarbeitslosigkeit, Hunger und Elend am sukzessiven zu leiden hat;

in weiterer Erwägung, daß die Kapitalistenklasse nicht imstande ist, diese wirtschaftliche Anarchie zu verhindern, erwacht der politisch organisierten Arbeiterklasse die Aufgabe, eine neue Wirtschaftsordnung an deren Stelle zu setzen.

Bis zu der Zeit, an welcher sich diese Umwandlung vollzieht, haben die Gewerkschaften dahin zu wirken, die Leiden der Arbeiterklasse, welche durch die Folgen der Krisen verursacht werden, zu mildern.

Die Generalversammlung der Schuhmacher Deutschlands hält es deshalb als die unerlässliche Pflicht der Arbeiter, sich ihren gewerkschaftlichen Organisationen anzuschließen, um den wirtschaftlichen Kampf mit Erfolg führen zu können.“

Ueber den internationalen Schuhmacherkongress in Stuttgart erstattet Simon-Rürnberg Bericht. Im Zusammenhang mit dem internationalen Arbeiterkongress tagten die Schuhmacher am 16. und 17. August 1907 in Stuttgart. Vertreten waren 9 Länder mit 32 Delegierten; auch England war vertreten. Bisher ist es allerdings in England noch nicht gelungen, die dortige Gewerkschaft für die internationale Schuhmachervereinigung zu gewinnen. Durch diese Union ist es uns möglich, eine engere Fühlung mit den ausländischen Organisationen zu bekommen. Der Uebertritt von einer in die andere Organisation ist unentgeltlich. Durch das Fernbleiben der englischen Organisation, welche 25 000 Mitglieder zählt, geht uns leider viel verloren. Schweden, Norwegen, Dänemark und die Schweiz haben ziemlich gute Organisationen.

Rüller-Bien gibt Aufklärung über das Verhältnis der österreichischen Organisation gegenüber der tschechischen.

Simon-Rürnberg erstattet alsdann den Bericht vom internationalen Kongress in Stuttgart. Zur Frage der Reiseleiter führt er etwa folgendes aus: Der internationale Arbeiterkongress hatte diese Frage nicht mit auf seiner Tagesordnung. In einer Konferenz wurde diese Frage erörtert und dem Offener Parteitag überwiesen. Auf dieser Konferenz waren wir vertreten. Der Offener Parteitag übertrug die Unterführungsfrage dem Parteivorstand und der Generalkommission zur weiteren Regelung, befandete aber im übrigen den bisherigen Standpunkt in der Reiseleiterfrage. In einer Sitzung der Gewerkschaftsvorstände, welche sich mit dieser Frage beschäftigte, protestierte ich dagegen, daß man unbedacht der Beschlüsse der Generalversammlungen der Gewerkschaften Entscheidungen treffen wolle. Ich erklärte, eine solche Entscheidung sei für unsere Organisation nicht maßgebend. (Lebhafte Beifall.) Durch den Beschluß des Parteivorstandes und der Generalkommission sind wir in eine äble Lage geraten. In Offenbach, wo unsere Kollegen seither stets den 1. Mai durch Arbeitsruhe gefeiert haben, wurde es ihnen in diesem Jahre verweigert. Selbst in Prag, wo der 1. Mai als Ruhetag in der Fabrikordnung vorgeesehen ist, weigerten sich die Fabrikanten zur Freigabe des 1. Mai, indem sie sich darauf beriefen, daß unsere Führer ja selber die Arbeitsruhe nicht wollten! (Hört! hört!) So werden uns die größten Schwierigkeiten durch detarige unterständliche Beschlüsse gemacht. (Sehr wahr!) Wir können unmöglich dulden, daß man in dieser Weise die Reiseleiter franguliert. Es ist ein bedauerliches Vorgehen, daß die Wähler der Prager Gewerkschaften diesen Schwulst jetzt der Stamm. Sie stützen sich auf den Standpunkt des Parteivorstandes und der Generalkommission. Einige Offenbacher Kollegen weigerten sich daher, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu begehen. Bei diesen stehen wir jetzt vor der Frage, ob wir sie ausschließen. Hoffentlich wird die Generalversammlung nichts von dem bisherigen Beschluß in der Reiseleiterfrage aufgeben. (Lebhafte Zustimmung.)

Saupt-Wagdeburg: Ich habe der vorerwähnten Konferenz beigewohnt. Auf mich hat sie keinen guten Eindruck gemacht. Man vertritt die Psychologie der Massen. Die Arbeiterschaft muß gegen ein derartiges Verhalten des Parteivorstandes und der Generalkommission entschieden Verwahrung einlegen. Durch solche Maßnahmen tötet man den Idealismus und franguliert die Reiseleiter. (Stürmischer Beifall.)

Die Generalversammlung beschließt einstimmig, daß der Nürnberger Beschluß, wonach den Gewerkschaften Unterführung genehmigt wird, auch für die Folge bestehen soll, und die Anweisung des Parteivorstandes und der Generalkommission für die Schuhmachervereinigung nicht entscheidend ist. — Es folgt die Wahl des Vorstandes und werden gewählt Simon als Vorsitzender, Neuf als 1. Kassierer, König als 2. Kassierer, Hermann als Sekretär, Vod als Redakteur und Haupt als Vorsitzender des Ausschusses. Der Ausschuss hat in Wagdeburg seinen Sitz. — Die Arbeiten sind damit erledigt. — Nach einem Schlusswort des Vorsitzenden wird die Generalversammlung mit einem Hoch auf den Verband und die gesamte Arbeiterbewegung geschlossen.

Brüfkaften der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet im Saal des ... wochentäglich abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt.

Unterhalt gegen Sie. - P. W. 100. Wenden Sie sich an das Bureau, Neue Friedrichstraße 10.

P. S. 86. Zweckmäßig ist es, daß Ihr Mann den Sachverhalt mit ein aufstellendes Vermögensinventar zu notariellen Protokoll anfertigt.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion kein Publikum gegenüber feinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 23. Juni. Anfang 8 Uhr. Deutsch. Die Wittiggrün. Kommerzielle Jugendwächter. Unterseeboot.

Urania.

Wissenschaftliches Theater. Taubenstraße 49/50. Abends 8 Uhr: Im Lande der Mitternachtssonne.

ZOOLOGISCHER ZGARTEN

Täglich: Gr. Militär-Doppel-Konzert. Eintritt 1 M. von abends 6 Uhr ab 50 Pf.

Apollo Theater

Das bedeutendste Theater Berlins! Ab 8 Uhr: Die hervorragenden Attraktionen, u. a. Verona-Truppe.

Luisen-Theater.

Reichenberger Straße 34. Abends 8 Uhr: Dir wie mir.

BERNHARD ROSE THEATER

St. Franziskaner Str. 132. 8 Uhr. Hochtagspreise. Im Hause der Sünde.

WINTERGARTEN

Ein Drama des Sinnenrausches in vier Akten von Maximilian Baum.

Neues Programm

Publikum und Presse glänzend beurteilt. Passage-Panoptikum. Ohne Extra-Entree.

Der Riese aller Riesen

Pisjakoff. Eintritt 50 Pf. Kinder, Soldaten 25 Pf.

Volksgarten-Theater

an Schönholzer Heide. Täglich: 1001 Nacht.

Walhalla-Theater

Weinbergsweg 19/20, Rosenthal. Spezialitätenvorst. im Garten.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Bollner-Theater). (Wortwitz-Oper). Dienstag, abends 8 Uhr: Die Afrikanerin.

Diez' Spezialitäten-Theater

Landsberger Allee 76/79, direkt Ringbahn-Station. Ob schön! Kommen! Sehen! Stannen! Ob Regen!

Das größte u. beste Programm Berlins.

Das größte Elektrizität des Erdballs! Von der gesamten amerik. Presse als d. größte Wunder bezeichnet: The great Simpson.

Brunnen-Theater

Schönehauser Allee 148. Täglich: Der deutsche Michel. Erstklassige Spezialitäten.

Fröhels Allerlei-Theater.

Schönehauser Allee 148. Täglich: Spreelottchen. Volksstück aus dem Berliner Leben.

W. Noacks Theater

Direktion: Rob. Off. Blumenstr. 16. Alma Alberti - Adolf Duls - Lin Delinda.

Neue Welt

Hafenstraße 108-114. Täglich: Gr. Doppel-Konzert und Spezialitäten-Vorstellung.

Schweizer Garten.

Am Königsplatz, Am Friedrichshale 20/22. Täglich: Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.

Kufeké

Kinder-nahrung. Hervorragend bewährte Nahrung. Die Kinder gedeihen vorzüglich dabei.

Deutsche Schiffbau Ausstellung

Berlin 1908. Juni bis Oktober. Täglich von 10-10 Uhr geöffnet.

Max Friedrich.

Sein biederer Charakter sichert ihm bei uns ein bleibendes Andenken. Das Personal der Kgl. Hofbuchdruckerei E. S. Mittler & Sohn.

Anna Kuschner

Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 23. Juni, nachmittags 3 Uhr, auf dem Schönberger Friedhof in der Ragistrade 3479b.

Todes-Anzeige.

Allen Freunden und Bekannten hiermit die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau und Mutter am 21. Juni entschlafen ist.

Adolf Nickusch

Die Beerdigung findet am Dienstag, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Rigdorfer Friedhofes aus statt.

Gust. Mannchen

Die Beerdigung findet am Dienstag, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Rigdorfer Friedhofes aus statt.

Dankfagung.

Hiermit sagen wir allen Verwandten und Bekannten, sowie den Genossen des IV. Berliner Reichstags-Bezirksvereins (Randsberger Viertel), dem Verbande deutscher Gastwirtsgehilfen und den Kollegen der Altendruckerei Friedrichshagen für die rege Beteiligung und Spenden unserer herzlichsten Dank.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Vaters, unseres guten Vaters, sage allen Freunden und Kollegen, insbesondere dem Metallarbeiter-Verband meinen herzlichsten Dank.

Witwe Rosa Isler.

Es empfiehlt sich bei eintrübendem Trauerfall möglichst sofort Westmanns Trauermagazin.

Trauermagazin

Berlin W., Mohrenstraße 37a, an den Kolonnen, 2. Haus von der Jerusalemstraße, und NO., Gr. Frankfurterstr. 115, 2. Haus von der Andreestraße, amends Auswahld. b. besenden Trauergarderobe aufzusuchen.

Männerquartett „Sangstreuende“

Hierdurch allen Mitgliedern, Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung von dem Ableben unseres Sangesbruders.

Th. Radtke.

Wir verlieren in ihm ein tüchtiges und strebames Mitglied und werden ihm ein gutes Andenken bewahren!

Leihhaus

Gefahrenlos, vorfallend Gold- und Silberfachen, Brillanten etc. Seit 25 Jahren Prinzenstr. 28 I Ecke Ritterstr.

Max Kliems Sommer-Theater.

Hassenhede 13-15. Kritische Leitung: Bernhard Lange. Donnerstag, den 25. Juni: Klassiker-Abend: Minna von Barnhelm.

Zentralverband deutscher Brauerei-Arbeiter.

Zahlstelle Berlin, Sektio II. Nachruf. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Hofarbeiter Karl Herrmann Schillbeh II am 14. Juni nach längerem, schwerem Leiden verstorben ist.

Partei-Angelegenheiten.

Die Geschäfte des zweiten Berliner Reichstagswahlkreises werden von jetzt ab wieder durch den ersten Vorsitzenden, Genossen Fritz Schwane, S. 50, Grunimachstraße 26, IV geführt, an den auch alle Zuschriften usw. zu richten sind. Der Vorstand.

Zweiter Wahlkreis. Für den Bezirk 152 und 153 findet morgen, Mittwochabend 8 1/2 Uhr bei Grunimach, Schönleinstrasse 6 eine öffentliche Versammlung für Männer und Frauen statt. Um regen Besuch ersuchen Die Bezirksführer.

Dritter Wahlkreis. Sonntag, den 28. Juni, findet ein Ausflug mit Familie nach Richterhorn bei Grünau (Inhaber Mohr) statt. Treffpunkt daselbst von früh 10 Uhr an.

Pankow. Dienstag, den 23. Juni, abends 8 1/2 Uhr, findet eine außerordentliche Generalversammlung bei Großkurth, Berliner Straße 28, statt. Mitgliedsbuch legitimiert. Sämtliche Funktionäre werden ersucht, schon um 7 1/2 Uhr zur Stelle zu sein, wegen einer Besprechung. Der Vorstand.

Lantow. Morgen Mittwoch, den 24. Juni, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokal „Kettiger“, Callandrellstraße 27/29, die regelmäßige Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Heintz über: „Die Vorläufer des Sozialismus“, 2. Vereinsangelegenheiten, 3. Verschiedenes.

Reich-Budow. Heute abend 9 Uhr findet in allen Bezirken der Jahlabend statt.

Treptow-Baumshuldenweg. Heute, Dienstagabend, bei Speer Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Die Tagesordnung lautet: 1. Fortsetzung der Diskussion über den Bericht des Vorstandes, 2. Die Frauenorganisation, 3. Die Teilung des Wahlvereins, 4. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

Johannisthal. Parteigenossen! Heute Dienstagabend 8 1/2 Uhr, findet bei Heise, Parkstraße, die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt, wozu auch familiäre Wähler, die für uns gestimmt haben, eingeladen sind.

Wahlverein Eichwalde und Umgegend. Mittwoch, den 24. Juni, abends 8 Uhr, Monatsversammlung im Restaurant „Zur Dorfene“ (Inh. Hindemann) in Beuthen. Tagesordnung: 1. Vortrag: „Der Landtagswahlkampf, seine Lehren und Erfolge“, 2. Vereinsangelegenheiten, 3. Lokalfragen betr.

Rögnitzwusterhausen und Umgegend. Die Parteigenossen sämtlicher Bezirke werden auf die am morgigen Mittwoch im Lokal von Wetzhorn, abends 7 1/2 Uhr, stattfindende Wahlvereinsversammlung hingewiesen. Tagesordnung: 1. Vortrag, 2. Die verflochtenen Landtagswahlen, 3. Parteiangelegenheiten. Da die Versammlung der Parteigenossen ausfällt, werden dieselben ersucht, zahlreich zu erscheinen.

Niedorf. Parteigenossen! Heute Dienstag, den 23. Juni, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Gustav Berlin, Rarzahner Straße, Jahlabend statt.

Rosen. Am Mittwoch, den 24. Juni, abends 8 Uhr, findet im Lokal von P. Kurzner, Baruther Straße 10, unsere monatliche Wahlvereinsversammlung statt. Tagesordnung: 1. Bericht von der Verbandsgeneralversammlung, 2. Das Ergebnis der Landtagswahlen, 3. Verschiedenes. Diejenigen Genossen, die noch Sammellisten von der Landtagswahl in Händen haben, werden ersucht, sofort mit dem Kassierer S. a. u. p., Staubentrauchstraße 4, abzurechnen.

Sponau. Morgen, Mittwochabend 8 1/2 Uhr, findet bei Schrade, Soegfelder Straße 54/56, die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Halbjahresbericht des Vorstandes und Kasienbericht vom letzten Quartal, 2. Uebertritt der Frauen in den Wahlverein, 3. Verschiedenes. Um zahlreiche Beteiligung, besonders der Frauen, ersucht Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Die Stichwahl im 12. Landtagswahlbezirk

findet am heutigen Dienstag statt. Es bedarf wohl keines besonderen Hinweises, daß die Wahlmänner unserer Partei, die von den Urwählern übernommenen Verpflichtungen prompt erfüllen und ihre Stimme für den sozialdemokratischen Kandidaten Adolf Hoffmann abgeben. Von den Gegnern wird die Meldung verbreitet, daß schon eine Anzahl gegnerischer Wahlmänner abgereist sei, so daß der Sozialdemokrat gewählt werden würde, wenn diese Wahlmänner nicht noch zurückkommen. Wir möchten unsere Genossen darauf hinweisen, sich durch solche Gerüchte nicht sicher machen zu lassen und daraufhin ihre Pflicht zu vernachlässigen. Es wird von 9 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends gewählt. Jeder muß auf dem Posten sein, da die Gegner einmütig ihre Stimme auf den alleinigen bürgerlichen Kandidaten Runze vereinigen wollen. Vor der Hauptwahl las man's anders.

Werbt für den Achtuhr-Ladenschluß!

Bis zum 30. Juni haben die Inhaber offener Geschäfte Gelegenheit, ihre Stimme für den Achtuhr-Ladenschluß abzugeben. Die Parteigenossen und die Parteigenossinnen können zu der Erreichung dieses Zieles viel beitragen, indem sie die Ladeninhaber zu veranlassen suchen, für den Achtuhr-Ladenschluß (Sonabend ausgenommen) zu stimmen. Der Achtuhr-Ladenschluß liegt gleichermaßen im Interesse der Ladeninhaber wie des Ladenpersonals; beide Teile haben von seiner Einführung Nutzen. Der Einwand, was in der Zeit von 8-9 Uhr abends nicht gekauft wird, wird überhaupt nicht gekauft, ist schon längst durch die Tatsachen Lügen gestraft worden.

Genossinnen und Genossen! Tut, was in Euren Kräften steht, um einer großen Klasse der Bevölkerung eine Stunde Ruhe mehr zu schaffen. Werbt für den Achtuhr-Ladenschluß!

Aus der geschäftlichen Praxis eines Häuptlings der Gelben.

Der Buchdruckerbesitzer und Verleger Wilhelm Hartmann in Berlin spielt eine hervorragende Rolle in der gelben Organisation der Bädereigenen, so man könnte ihn wohl als das geistige Haupt dieser Organisation bezeichnen, wenn im Lager der Gelben überhaupt etwas von Geist zu finden wäre. Hartmann kämpft unentwegt für die Befreiung der Bädereigenen aus den Klauen der roten Heber, er kämpft ebenso unentwegt für die Hebung des gesamten Bädereigenen. Er läßt zu diesem Zwecke mehrere Fachzeitschriften erscheinen und gibt Bücher und Broschüren zu denselben Zweck heraus. Das alles tut Hartmann seiner eigenen Versicherung nach aus reinem Idealismus, aus Begeisterung für die „gute Sache“. Leute, die andere Begehungen zu Herrn Hartmann hatten und ihn deshalb kennen mußten, sagen dagegen, ihm sei alles das nur ein Geschäft.

Zufällig ist und ein Flugblatt in die Hände geraten, welches die „Deutsche Diamant-Gesellschaft m. b. G. Rindon“ in ihrem geschäftlichen Interesse herausgegeben hat. Das Flugblatt wendet sich gegen eine Konkurrenzfirma der Diamant-Gesellschaft, welche

ebenfalls wie diese ein neues Badmittel fabriziert. Aber auch Hartmann bekommt in dem Flugblatt kräftige Hiebe. Wie es scheint, hat der diesgewandte Geschäftsmann früher für „Diamant“ die Melometrompete geblasen, während er neuerdings für die Konkurrenzfirma „Tafosin“ die Baute schlägt. Grund genug für die Diamant-Gesellschaft, Herrn Hartmann wegen seiner geschäftlichen Praktiken an den Pranger zu stellen. — In dem Flugblatt schreibt die Diamant-Gesellschaft, sie habe Hartmann für seine Fachzeitung „Internationale Rundschau“ ein Inserat gegeben, für das sie einen bedeutend höheren Preis zahlte, als sonst überall. Warum die Diamant-Gesellschaft einen so ungewöhnlich hohen Inseratspreis bezahlte, verweigert sie schamlos, aber aus ihren weiteren Darlegungen geht es deutlich hervor. Hartmann brachte nämlich im redaktionellen Teil seines Blattes ausgiebige Besprechungen über das neue Badmittel und Hinweise auf die Inserate der Gesellschaft. Ja noch mehr. Wie aus den Ausführungen der Diamant-Gesellschaft hervorgeht, hat sie selbst wenigstens einen Teil der redaktionellen Artikel über ihr Fabrikat an Hartmann geliefert. Dieser mag wohl eine gute Bezahlung seiner redaktionellen Leistung erwartet haben, während die Diamant-Gesellschaft der Meinung war, sie habe auf Grund der guten Bezahlung ihrer Inserate ein Anrecht auf redaktionelle Melamie. Das sagt die Gesellschaft allerdings nicht. Sie tut vielmehr so, als müßten die Artikel, welche sie selbst über ihr Fabrikat verfaßt, im Interesse der Leser und Inserenten aufgenommen werden. Dieser Meinung ist der geschäftsunbändige Hartmann natürlich nicht. Als die Inseraten-aufträge geringer wurden, gab er, wie die Gesellschaft sagt, zu verstehen, daß ihr vor anderen Firmen ein Vorteil für redaktionelle Besprechungen eingeräumt werden könnte, wenn ein größeres Inserat aufgegeben würde. — Darauf hat die Diamant-Gesellschaft Herrn Hartmann keine Inserate mehr gegeben. Seine Forderungen mögen ihr wohl zu hoch gewesen sein.

Hartmann hat nun sein Melamiegeschäft in den Dienst der Konkurrenzfirma, der „Tafosinwerke“ gestellt und dabei noch einen groben Vertrauensbruch gegen seine frühere Geschäftsfreundin, die „Diamant-Gesellschaft“, begangen, worüber diese sich also vernachlässigt: „Hartmann hinterließ uns seinerzeit schriftlich den Schutz des Redaktionsgeheimnisses zu. Später wurde uns bekannt, daß unsere Briefe bei den Tafosinwerken zirkulieren.“

So geht es. Wenn zwei — Geschäftsmänner, die im übrigen einander wert sind, sich befinden, dann bekommt der Außenstehende manchmal einen Einblick in Praktiken, die keineswegs einwandfrei sind. Die Diamant-Gesellschaft hat mit ihrem Flugblatt nicht nur einen Beitrag zu dem kürzlich von uns behandelten Kapitel: „Kapital und Presse“ geliefert, sondern auch eine Seite des Handwerks und gelben Gewerkschaftsführers Hartmann gekennzeichnet, von dem das Flugblatt ganz treffend sagt:

„Hartmann betriebe sich nicht als Vertreter des Fachzeitschriftens und des Bädereigenen aufzuspielen, man weiß, daß er seine Zeitung, seinen Bücherverlag, ebenso wie die Beihilfenzeitung als Geschäft betreibt.“

Die könnte es auch — fügen wir hinzu — anders sein in einer Gesellschaft, wo Geschäft und abermals Geschäft, Profit und nochmals Profit der Punkt ist, um den sich die ganze bürgerliche Welt dreht. Leider finden sich auch noch Arbeiter, die sich in den gelben Gewerkschaften als Objekt für geschäftliche Spekulationen geübener Leute hergeben.

Bei Beginn der Reisezeit nimmt Minister Breitenbach, insofern der Klagen über Anzuträgigkeiten bei der Abfertigung und Unterbringung der Reisenden in den Zügen, Gelegenheit, die genaueste Befolgung des Erlasses vom 19. Juni 1908 in Erinnerung zu bringen: „Ich erwarte bestimmt“, heißt es in dem neuen Erlass des Ministers, „daß zu allen Zeiten, namentlich aber in der bevorstehenden Zeit des lebhaften Reiseverkehrs, mit allem Nachdruck auf die durchaus erforderliche glatte Abwicklung des Personenverkehrs hingewirkt wird.“ Ebenso weist der Minister erneut darauf hin, daß es unerlässlich ist, der Ueberfüllung der Abteile durch Handgepäck rückwärtsloser Reisender energischer vorzubeugen. Die Gepäckträger sind streng anzuweisen, daß sie es ablehnen, schwere und zahlreiche Gepäckstücke als Handgepäck in die Wagenabteile zu tragen. Sie haben vielmehr die Reisenden zu veranlassen, solches Gepäck abfertigen zu lassen. Auch die Bahnsteigschaffner haben darauf zu achten, daß derartige Gepäckstücke an der Sperre angehalten werden. Die Stations- und Zugbeamten müssen es sich angelegen sein lassen, darauf zu halten, daß die Reisenden nicht mehr Raum für Handgepäck in Anspruch nehmen, als ihnen nach der Verkehrsordnung zusteht. Unter allen Umständen muß verhindert werden, daß einzelne Reisende, wie das vorkommen soll, Handgepäck in Nacharbeitteilen verpacken und auf diese Weise die Rechte ihrer Mitreisenden verkommen und die Bequemlichkeit beeinträchtigen. Bei Streitigkeiten unter den Reisenden haben die Zugführer höflich, aber bestimmt einzuschreiten.“ Die Ausführung und Beachtung dieser Bestimmungen soll überwacht werden.

Den Fernverkehrs betreffend hat die Königl. Eisenbahndirektion Berlin soeben die nachfolgende Bekanntmachung erlassen: Während der Reisezeit, namentlich bei Beginn der Schulferien, wird auf den Berliner Fernbahnhöfen erfahrungsgemäß kurz vor der Abfahrt der Züge Reisegepäck in so großen Mengen angeliefert, daß trotz aller Vorkehrungen die pünktliche Beförderung in Frage gestellt wird. Im Interesse der Reisenden hat deshalb die Eisenbahnverwaltung für die Zeit vom 25. Juni bis zum 4. August d. J. (einschließlich) die Einrichtung getroffen, daß Fahrkarten bereits vor dem beabsichtigten Reiseantritt mit dem Tagesstempel des Reisetages verkauft werden; auch ist die Auslieferung des Reisegepäcks bereits am Tage vor der Reise zulässig. Die Fahrkartenschalter und Gepäckabfertigungen der hiesigen Fernbahnhöfe sind in der obengenannten Zeit von 8 Uhr vormittags bis 10 Uhr nachmittags ununterbrochen geöffnet. Wir empfehlen dringend, möglichst frühzeitig vor dem Reiseantritt die Fahrkarten zu lösen und das Gepäck auszuliefern.“

Das Birchow-Denkmal.

Am Sonnabend fand, wie das „Berl. Tageblatt“ wissen will, bei Geheimrat Woldemar eine Sitzung des Birchow-Denkmalkomitees statt. Von den anwesenden Vertretern des Magistrats wurde daraufgelegt, daß die Entscheidung des Kaisers, welche den Denkmalsentwurf des Professors Klimsch verwirft, als rechtlich zulässig angesehen werden müsse. Bürgermeister Reide regte an, die von Klimsch geschaffene Gruppe selbständig, losgelöst von dem Birchow-Relief, in einem Berliner Park aufstellen zu lassen und außerdem Herrn Klimsch zu fragen, ob er bereit sei, ein neues Birchow-Denkmal, mit der vollständigen Figur des Gelehrten, zu entwerfen. Dieser Vorschlag wurde sehr beifällig aufgenommen. Wir verstehen nicht, wie Vertreter des Magistrats die Meinung des Kaisers in dieser Angelegenheit so ohne weiteres als gegeben hinnehmen oder als rechtlich zulässig ansehen können.

Rektoren im Waisenrat. Der Magistrat Berlin hat beschlossen, die Stadtverordnetenversammlung um ihre Zustimmung zu ersuchen, daß die Rektoren der Gemeinderschulen als solche dem Gemeindevorstande des Bezirkes, in welchem die Schule liegt, als ihm im Berechtigten Mitglieder angehören.

Stabs, Heib und vom Halse! Die Gemeindevertretung von Grunewald hatte im vorigen Jahre der Eingemeindung des Bahnhofs Grunewald samt dem zugehörigen Gelände näherzutreten beschloßen. In der letzten Gemeindevertretersitzung trat man diesem Projekte von allen Seiten entgegen. Man wies darauf hin, daß schon jetzt das Bahnhofsgebiet fast nur von Arbeitern bewohnt sei und die Königl. Eisenbahndirektion daselbst Wohnhäuser für über 400 Arbeiterfamilien errichten wolle. Ein solcher Zuwachs sei für die Gemeinde Grunewald wenig erwünscht, er würde die Homogenität der jetzigen Einwohnerschaft, die einen besonderen Vorzug von Grunewald bilde, in unliebsamer Weise stören und überdies der Gemeinde mehr Ausgaben als Einnahmen bringen. Die Gemeindevertretung beschloß, das Bahnhofsgebiet aus den erwählten Gründen nicht eingemeinden und beauftragte den Gemeindevorsteher, dem Landratsamte mitzuteilen, weshalb die Eingemeindung, als den Interessen der Gemeinde zuwiderlaufend, abgelehnt werden müsse.

Herberge zur Heimat.

Ueber eine rohe Mißhandlung schreibt man uns: Ich passiere täglich die Oranienstraße und hatte schon öfter Gelegenheit rohes Betragen von Portiers der Herberge zur Heimat wahrzunehmen. Mit Schimpfworten und Drohungen wurden Personen, die vor dem Einlaßtor standen oder dort hinausliefen vom Portier regaliert. Auch sah ich schon einige Male, daß Leute hinausgestoßen wurden. Die Schimpfereien und Drohungen sind Tagesbegebenheiten. Am Sonnabendabend kurz vor zehn Uhr passierte ich wieder die Oranienstraße. Der „Heimat“ gegenüber, auf dem Bürgersteig an der anderen Seite der Straße lag blutüberströmter ein Mann, dessen Körper von konklusiven Zudungen erschüttert wurde. Von einigen Personen, die dort standen, hörte ich, der Mann sei von dem Portier der — „Heimat“ zu Boden geschlagen worden. Der Held, ein Hüne von Gestalt, stand spöttlich hinstehend im Torweg der Herberge. Die wenig schmeichelhaften Bemerkungen, die so laut gesprochen wurden, daß sie sein Ohr erreichen mußten, kimmerten ihn anscheinend gar nicht. Ich begab mich auf die Suche nach Hilfe. An der Alten Jakobstraße kam mir bereits ein Schutzmännchen entgegen, der von anderer Seite schon benachrichtigt war. Ich ersuchte ihn, Zeugen des Voralles festzustellen und verties ihn auch an die hier postierte Militärwache. Der nachhabende Soldat erklärte sofort: Der Mann kam über den Damm gelaufen und berührte mich im Vorbeistreichen. Ich dachte: der ist angegriffen! Hinterher kam der Portier, sah den Mann und schlug darauf los mit den Fäusten ins Gesicht. Dann ging er fort und stellte sich als Zuschauer in den Torweg.

Legt die recht wenig christliche Behandlung von Handwerksgehilfen durch Angestellte der Herberge ist schon sehr oft Klage erhoben worden, bisher aber ohne jeden Erfolg. Die Gehilfen in der Oranienstraße scheinen ein besonderes Privilegium zu haben. Nächstens wird von der Gesellschaft ein armer Teufel totgeschlagen, ohne daß ein Hahn danach kräht. Wie lange soll dieser unerhörte Zustand noch geduldet werden?

Kaufmannsgericht. Bei der gestern im Bürgerhalle des Rathauses stattgefundenen Ausschuhwahl für das Kaufmannsgericht seitens der Arbeitgeber wurden von der Liste I 8 Vertreter, von der Liste II (sozialdemokratisch) 1 und von der Liste III auch 1 Vertreter gewählt. Also auch hier ist Bescheide gelegt, was übrigens in den Reihen der bürgerlichen Vertreter nicht geringe Aufregung hervorrief.

Vor den Augen Hunderten von Ausflüglern ertranken ist Sonntagmorgens der 33jährige Schlosser Schmidt, der mit mehreren Bekannten einen Ausflug nach der Oberspreewäldchen unternommen hatte und mit diesen im Walde bei Nieder-Schönebeck legerte. Der Schlosser beabsichtigte ein Freibad zu nehmen und bog sich trotz Abwratens der Freunde ins Wasser. Der junge Mann schwamm nach der Mitte der Spree zu und befand sich etwa 50 Meter vom Ufer entfernt, als er plötzlich in den Fluten versank. Das Versinken des Mannes wurde von Hunderten von Ausflüglern beobachtet, die jedoch glaubten, daß der Badende nur tauche. Als er jedoch nach längerer Zeit nicht wieder zum Vorschein kam, wurden Rettungsversuche unternommen, die jedoch vergeblich waren. Die Leiche des Sch. konnte nicht gefunden werden.

Selbstmord des Dr. Benedikt Friedländer. Der sozialwissenschaftliche Schriftsteller und Gelehrte Dr. Benedikt Friedländer, der mit seiner Frau und einem Kinde in der stillen Privatstraße neben dem alten Russi-Konzerthalle, Potsdamer Straße 121a, wohnte, hat in der vergangenen Nacht in Dr. Stockmanns Sanatorium zu Schöneberg, wo er zuletzt Heilung suchte, durch einen Revolveranschlag seinem Leben ein Ende gemacht. Dr. F. war seit längerer Zeit körperlich und geistig schwerleidend und in tiefe Melancholie verfallen.

Dr. Friedländer machte Anfang der neunziger Jahre den sich reden, als er sich ansah, Karl Marx in Wort und Schrift zu vernichten und Eugen Dühring zu retten.

Einbrecher und Brandstifter. Durch Einbrecher wurde am Sonntagmorgens die Wohnung des Kaufmanns A. Schöder in der Lohringerstraße 55 in Brand gesteckt. Bei Anbruch der Feuerwehre fanden Möbel, Betten, Teppiche, Wäschestücke usw. in Flammen. Der erste Blick zeigte, daß in der Wohnung Einbrecher gehaust hatten. Sämtliche Behälter waren erbrochen. Die Behälter stellten auch bald zwei voneinander getrennt liegende Brandherde fest und erwieß damit die Brandstiftung. Von den Tätern, die nur 45 M. bares Geld erbeuteten, fehlt noch jede Spur.

Die Anglistreppe am Bahnhof Gesundbrunnen hat Sonntagabend ein neues Opfer gefordert. Der 33jährige Schlosser Ernst Wölke aus der Danziger Straße 24 hatte mit seiner Familie einen Ausflug unternommen, und als er abends, auf dem Heimweg begriffen, die Treppen des Stationsgebäudes am Bahnhof Gesundbrunnen hinaufging, rutschte er plötzlich ab und stürzte hinunter. In besinnungslosem Zustand wurde W. von Bahnbeamten zum nächsten Arzt und von dort nach dem Lazaruskrankenhaus gebracht. Er hatte eine schwere Gehirnerschütterung, eine Zerreißung des rechten Ohres und Kaffende Kopfschmerzen erlitten.

Ein verhängnisvoller Zusammenstoß eines Automobilomnibusses mit einem Preak, wobei fünf Personen verletzt wurden, ereignete sich am Sonntag auf der Grunewaldhauser in der Nähe des Restaurants Hundebische. Der in der Swinemünder Straße 62 wohnende Besitzer Dreokowich hatte mit seiner Frau, seinen beiden 10 resp. 12 Jahre alten Söhnen und der Händlerin Golmid aus Schöneberg, Eisenacher Straße 16, auf einem ihm gehörigen Preak einen Ausflug nach dem Grunewald unternommen. Als sich die Gesellschaft gegen 6 Uhr nach dem Restaurant Hundebische begeben wollte, wurde sie von einem Automobilomnibus überholt, der das Privatfahrzeug umfahren wollte; der Kraftwagen schleuderte und krieg bedauerlich gegen den Preak, daß dieser umgeworfen wurde und die Insassen auf die Chaussee stürzten. Hierbei erlitt Frau D. eine schwere Gehirnerschütterung, Frau G. eine schwere Verletzung am linken Ellbogen, D. eine fast blühende Kopfverwundung und die beiden Knaben leichtere Kontusionen. Die Verunglückten wurden mittels Droßke nach der Unfallstation XVIII, in der Kaiser-Friedrich-Straße in Charlottenburg gebracht, wo ihnen von zwei Stationsärzten Verbände angelegt wurden. Die Verletzung der Frau Dreokowich war derartig schwer, daß sie mittels Krankenwagens nach ihrer Wohnung gebracht werden mußte.

Feuer auf dem Gelände der Karlsruher Rennbahn. Am Sonntag wurden die freiwilligen Feuerwehren von Karlsruh und Ober-Schönebeck nach der Karlsruher Rennbahn gerufen. Es blieb, es seien dort die Restaurationsräume, eine Tribüne und Teile des Balbes in Brand geraten. In Birklichkeit handelte es

Sich aber nun um einen Waldbrand. Das Feuer war durch Funken aus der Lokomotive eines Schnellzuges Berlin-Breslau entstanden und hatte etwa 400 Quadratmeter Unterholz erfasst. Die Wehren griffen mit drei Schlauchleitungen ein. Innerhalb einer Stunde war jede Gefahr beseitigt. Die Lokomotive des Schnellzuges soll angeblich keinen Funkenfänger gehabt haben.

Im Freibad Grünau ist gestern abend 1/8 Uhr der Uhrmacher Max Appholz aus Berlin, Chorinerstr. 77, ertrunken.

Radrennen in Steglitz. Das „Goldene Motorrad“, ein 100 Kilometer-Rennen, brachte dem Berliner Fritz Theile einen überlegenen Sieg über Guignard, Schipke und Hall. Theile hatte vom Beginn ab die Führung, doch der Franzose machte sie ihm streitig und hielt die ersten fünf Runden die Spitze. Theile näht in gewaltigem Zuge und beide überunden Schipke, der nur sehr mühsam fährt. In der 33. Runde wiederholt sich das gleiche Schauspiel. Guignard läßt sich willig vier Runden nehmen, dann aber setzt er dem Drängen Theiles Widerstand entgegen. In der 88. Runde kommt es zum Kampf, der erst in der 95. Runde zugunsten des Berliner entschieden wird. Ein besonderes Braubourstück leistet sich Theile in der 117. Runde. Alle vier Gegner sind dicht beisammen, und in einem Zuge geht Theile an ihnen vorbei; nur Guignard hält sich und vergrößert auch seinen Abstand. In der 124. Runde erfolgt ein neuer Angriff, bei dem Schipke überundet wird, aber Guignard leistet tapfer Segenwehr und gewinnt Boden. Doch Theile will seinen Sieg zu einem vollständigen machen. In der 144. Runde greift er an, Guignard schwimmt und nun ist es für den Rest mit ihm vorbei. Theiles Sieg entfaltete großen Beifall. Hall, der an Stelle Rohlfs fuhr, lag während des ganzen Rennens auf dem letzten Platz. — Im Preis von Steglitz, einem 80-Kilometer-Rennen, standen sich Wedell, Bruni, Nyjer und Schwab gegenüber. Nyjer, der die Führung hatte, kam in der 33. Runde mit seinem Schrittmacher zu Fall und schied aus dem Rennen, so daß für Bruni der Weg frei war. Schwab wurde Zweiter und Wedell, der tapfer fuhr, aber zweimal Radwechsel hatte, Dritter. — Der Preis von Friedenau (30 Kilometer) gab fünf neuen Fahrern Gelegenheit, ihre Kräfte zu zeigen. Sieger blieb Nikla vor Dubasch, Schmidt und Wittig; Hinz aufgegeben. Nikla fuhr ganz achtsam und passierte seine Gegner leicht. — Die Hiesigerrennen boten guten Sport und teilten sich Schauermann, Wegener, Lehmer, Carapezzi, Gangevoort, Peter, Mabe, Rudel und Bruns in die Ehren und Preise.

Drei Dachstuhlbrände. Im Laufe des Sonntags hatte die Berliner Feuerwehr drei Dachstuhlbrände im Norden der Stadt zu bewältigen. Zuerst ging der Dachstuhl des Hauses Kleine Hamburger Straße 26 in Flammen auf, dann brannte der Dachstuhl des Hauses Schröderstraße 15. Garzienstraße und abends schließlich der Dachstuhl des Hauses Demminer Straße 34. An der ersten Stelle konnte die Gefahr bald beseitigt werden, in den beiden anderen Fällen nahmen die Abföhrungsarbeiten aber lange Zeit in Anspruch. Ueberall wird Brandstiftung angenommen.

Die Waisenstraße von der Stralauer Straße bis zur Parochialstraße wird behufs Umplasterung vom 22. d. M. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Wer ist der Tote? Am 2. Juni er. ist im Tegeler See die Leiche einer unbekannten männlichen Person gefunden worden. Dieselbe ist circa 30 Jahre alt, 1,65 bis 1,70 Meter groß, hat dunkel-blondes Haar und ist bekleidet mit graubraunem Jacketanzug, grauwollener Unterhose, brauner Jagdweste, weiß und grau gestreiftem Varschenhemd und Schafstiefeln. Bei der Leiche wurde ein rot und weiß punktiertes Taschentuch, ein lebrerner Leibriemen, ein Lederportemonnaie mit einem Fernspiegel und ein Schlüssel, ein Messer und ein Hausschlüssel gefunden. Reliquienjungen wollen sich beim Amtsvorsteher in Tegel melden. Mitteilungen über die Persönlichkeit nimmt auch die Kriminalpolizei und jedes Polizeirevier entgegen.

Vorort-Nachrichten.

Die Schweinepest vor den Toren Berlins.

Hierüber wird uns geschrieben: In den östlichen Vororten Berlins haben sich viele Geflügel- und Schweinemästereien angeeignet, oftmals inmitten eines dicht bebauten Ortssteils. Diese leider nicht konzeptionspflichtigen Anlagen bilden für die Nachbarschaft eine ständige Plage. Auch in Friedrichshagen befinden sich derartige Anlagen. Besonders unangenehm bemerkbar macht sich eine Schweinemästerei von Jähnske, Reitzen-Allee 20, vis-a-vis dem Knabenschulhaus gelegen. Anzeigen der umliegenden Anwohner sowie Beschwerden der Schulleitung verließen bisher resultatlos.

Am 10. Juni d. J. wurde ganz plötzlich diese Schweinemästerei geräumt und zwar so plötzlich, daß entgegen der polizeilichen Vorschriften, eine Herde von circa 25 Schweinen einfach nach der in der Waisenstraße gelegenen Engroschlächterei von Schmidt getrieben wurden, um dort geschlachtet zu werden.

Am folgenden Tage fand auf dem Gehöft große Reinigung statt, wodurch die unangenehmen Gerüche noch vermehrt wurden, zumal auch zu gleicher Zeit die Abfuhr der Fäkalien aus dem Mädchen-Schulhaus erfolgte. Die Straße vor der betreffenden Schweinemästerei blieb gleich einem See von Jauche, welche einen pestilenzartigen Gestank verbreitete.

Am 15. Juni wurde durch amtliche Bekanntmachung wegen „Schweinepest“ über das Grundstück die Gehöftsperrung verhängt.

Wenn man bedenkt, daß für die Entwässerung dieser Mästerei nichts geschehen ist, ja, daß gestattet wurde, die Jauche in Gräben verfließen zu lassen, so muß es Verwunderung erregen, daß die Pest nicht früher ausgebrochen ist. Wunderbarerweise suchte der Gemeindevorsteher Ungewitter diesen skandalösen Zustand noch zu decken, als er in der letzten Gemeindevorstellung von unseren Genossen Pünfeler interpelliert wurde. Unserem Genossen wurde erwidert, der pestilenzartige Gestank an dem betreffenden Tage rührte einzig und allein von der Abfuhr der Fäkalien vom Schulhaus her. Anstatt einem Gemeindevorsteher dankbar zu sein, daß derselbe im Interesse des Ortes auf diese Zustände hinweist, suchte der Gemeindevorsteher unter wiederholtem Gelächter der meisten bürgerlichen Vertreter, besonders der Karlsdorfer, dem Interpellanten Redenssätze zu versehen. Als den bürgerlichen Herren ihr unmännliches Verhalten durch unseren Genossen vorgehalten wurde, füllten sie sich sehr betreten. Zugleich sei mitgeteilt, daß diese Fäkalien etwa 25 Meter vom Knabenschulhaus abgeladen wurden, um dort im Sonnenbrand zu verdunsten. Wenn dies in der Nähe einer höheren Schule geschähe, so würde dieser skandalöse Zustand sicher bald beseitigt.

Nach obiger Schilderung Unfälle nicht wundernehmen, wenn der Schweinegallus nicht nur auf Schweine, sondern auch auf Menschen eine gefährliche Wirkung hätte. Eine möglichst schnelle Beseitigung dieses Mißstandes ist ein dringendes Gebot.

Schöneberg.

Ueber den schweren Unglücksfall, der sich am Freitagvormittag auf dem Neubau Bayerische Straße ereignete, wird uns nachträglich noch folgende Darstellung gegeben: Nachdem der Bau gerichtet war, war ein Zimmerer damit beschäftigt, im Seitenflügel das Plateau des Daches zu schalen. Der Zimmerer hatte schon einen Teil fertig und wollte einen zweiten anfangen. Dazu benötigte er eines 30 Zentimeter breiten und 4 Meter langen Brettes, das er sich vom Stapel des Vorderhausdaches holen mußte. Da das Plateau 1,50 Meter breit ist und ziemliches Gefälle hat, wurde der Arbeiter mit seinem Brett auf dem Wege nach dem Seitenflügel von einem Windstich erfasst, trat fehl und stürzte in das Sparrenfeld hinein. Dem Zimmerer gelang es, sich schnell festzuhalten, wobei er sich eine Verletzung am rechten und am linken Oberarm zuzog. Das Brett, das vom Winde erfasst wurde, rutschte die steile Mauer ab und traf den am Gefims in vornübergebeugter Stellung beschäftigten Maurer Albert Spahn, der sofort in die Tiefe stürzte. Seine Schürzung oder ein Brett, an dem Spahn sich hätte festhalten können, war nicht vorhanden; diese ist erst am Sonnabend angefangen und fertig gemacht worden. Hätte man das vorher getan, wäre das Unglück, wenigstens in dem Umfange, nicht passiert.

Treptow-Baumschulweg.

Beim Baden ertrunken ist am Sonntag der Vätergelle Martin Weiners aus Baumschulweg. Derselbe hatte in der Nähe des Deutschen Bades in der Spree ein Bad genommen. Er schwamm tief in den Fluß hinein und sank plötzlich unter. Rettungsversuche, die vom Ufer aus unternommen wurden, hatten leider keinen Erfolg. M. ist wahrscheinlich im Wasser von einem Herzschlag betroffen worden und infolgedessen ertrunken.

Aus der Gemeindevorstellung. Der Vereinbarung mit der Stadtgemeinde Niddorf, wonach Treptow die Reinigung, Vespargung und Unterhaltung der Lohmühlen, Garzer-, Heidelberger-, Treptower- und Kiehlholzstraße übernimmt, wurde zugestimmt. — Für Beschaffung von Lehrmitteln für die erweiterte Gemeindefschule II in der Kiehlholzstraße wurden 1500 M. bewilligt. Die Schule soll als selbständige Mädchenschule eingerichtet werden. Die von der Eisenbahndirektion geforderten Beiträge zur Überlegung der Eiderlanger Eisenbahn betragen bekanntlich für Treptow auf Grund einer Verständigung mit Niddorf 66.000 M., die Vertretung bewilligte die Summe. — Für die Regulierung der Baumschulstraße und Hergabe des Vorgartenlandes hatten sich seinerzeit alle Grundbesitzer bis auf fünf einverstanden erklärt; jetzt, nachdem diese in Angriff genommen worden ist, haben 37 Grundbesitzer Einspruch erhoben, indem sie sich weigern, das Vorgartenland abzutreten. Sie behaupten, daß die Vorgärten aus hygienischen Rücksichten bleiben müssen. Welche Ironie. Die Brunnen, welche verdientes Wasser geben, sträuben sie sich gleichfalls zu schließen. Es soll zunächst mit den Beteiligten verhandelt werden, eine Einigung zu erzielen, anderenfalls wird das Enteignungsverfahren eingeleitet. Genosse Karow kritisierte das langsame Vorgehen bei der Pflaster- und Kanalarbeiten in der Baumschulstraße, welches vom Gemeindevorsteher mit der nicht rechtzeitigen Lieferung einzelner Materialien entschuldigt wurde. Ferner bemängelte Genosse Karow die schlechte Beschaffenheit des Spielplatzes in der Jüdischen Baum- und wünschte, daß verschiedene Sträucher, die Disteln usw. entfernt werden. Auch nahm er Veranlassung, auf die Schulärztsberichte zu verweisen, welche den Gemeindevorordneten noch nicht zur Kenntnisnahme unterbreitet worden sind. Nach Aussage des Vorschichters sind dieselben noch nicht eingelaufen, aber eingefordert worden.

Röpenitz.

Ein aufregender Eisenbahnunfall hat sich in der vorgestrichen Nacht auf dem hiesigen Bahnhof zugetragen. Der 25 Jahre alte Bahnarbeiter Gottfried Winger, Kaiserin-Auguste-Viktoriastraße 17 wohnhaft, hatte auf einen in die Station einziehenden Eisenbahnzug aufspringen wollen. Er rutschte dabei vom Trittbrett herunter und kam zu Fall. Unglückslicherweise stürzte er unter den nachfolgenden Waggon und zwar derart, daß das rechte Bein unter die Räder geriet. Es wurde in der unteren Hälfte vollständig abgefahren. Der Verunglückte, der ungewöhnlich starke Blutverlust erlitt, sand in der Igl. Klinik zu Berlin Aufnahme.

Grünau.

Einen Arbeiter-Turnverein gedenkt die hiesige Arbeiter-Schaft ins Leben zu rufen. Zu diesem Zweck findet am Donnerstag, den 25. Juni, abends 8 Uhr, in der „Grünen Ede“ eine Vespargung statt. Da der neu zu gründende Verein auch später bei Arbeiterfestlichkeiten mitzuwirken die Aufgabe haben soll, so wird die Arbeiterschaft Grünau ersucht, das Unternehmen zu unterstützen und an genanntem Abend zu erscheinen.

Reinickendorf.

Wahlung, Gewerbegerichtswahl!

Am Freitag, den 26. Juni 1908 finden in der Zeit von 4-7 Uhr nachmittags am hiesigen Orte die Wahlen der Gewerbegerichtsbekanntem (Arbeitnehmer) statt. Die Neuwahlen haben im ersten Bezirk, umfassend den gesamten westlichen Ortsteil im Restaurant A. Müller, Scharnweberstr. 14, stattzufinden. Als Kandidaten aufgestellt sind die Kollegen: Franz Müller, Bauarbeiter, Bernhard Konkowski, Holzarbeiter, Wilhelm Spieglberg, Metallarbeiter.

Im zweiten Bezirk befindet sich das Wahllokal im Restaurant Sadau, Reitzenstraße 124, Ecke Amendestraße. Aufgestellt als Kandidaten sind die Kollegen: Karl Höpfer, Väter, Wilhelm Kölling, Schneider.

Der dritte Bezirk umfaßt das westlich der Sonntagstraße bis zum Grünen Weg und der Kühlewiesenstraße einschließlich dieser beiden Straßen belegene Gebiet des östlichen Ortsteils. Zur Teilnahme sind nur Kollegen berechtigt, welche das 25. Lebensjahr vollendet, keine Armenunterstützung im vorhergehenden Jahre aus Gemeindefmitteln bezogen oder dieselbe zurückerstattet haben; außerdem solche, welche nicht bei einem Innungsmeister, aber im Bezirk des Gewerbegerichts beschäftigt sind oder dort wohnen, falls sie außerhalb dieses Bezirks in Arbeit stehen.

Arbeiter! Es gilt, von euren wenigen Rechten Gebrauch zu machen. Pflicht eines jeden ist es, seine Stimme den gewerkschaftlich organisierten Kandidaten zu geben. Als Legitimation

genügt eine Bescheinigung des Arbeitgebers oder der Polizeibehörde. Formulare hierzu sind für den 1. Bezirk in den Lokalen von Franke, Auguste-Viktoria-Allee, Muster, Berlinerstraße; für den zweiten Bezirk bei Anebel, Hauptstraße, Dr. Hertmann, Reitzenstraße (Ecke Holländerstraße) und bei Unterzeckmann zu haben. Wählt die Listen der Gewerkschaften! Franz Otto, Reinickendorf-Platz, Reitzenstr. 29.

Bernau.

Die Stadtverordnetenversammlung nahm gegen die fünf Stimmen unserer Genossen die Magistratsvorlage, betreffend die Anbringung einer Uhr auf dem Rönigstorturm an. Unsere Genossen vertraten die Ansicht, daß die gefährliche Passage am Rönigstorturm eher abzuräumen sei, anstatt dieselbe mit einer Uhr zu versehen. Die Beschlüsse für das neue Krankenhaus sowie für den Schulhausanbau lagen der Versammlung vor; es wurde der Magistrat ersucht, in Eile mit dem Bau zu beginnen. Die Einführung eines Ortsstatuts, wonach die Krankenversicherungspflicht auf die gesamte Hausindustrie ausgedehnt werden sollte, wurde einstimmig vom Magistrat abgelehnt. Bei Begründung der Ablehnung wurde angegeben, daß bis jetzt noch die wenigsten Städte sich zu derartigen Einrichtungen verstanden hätten und auch in nächster Zeit die Versicherung von Reichswegen geregelt werden dürfte. Außerdem wurde seitens der hiesigen Arbeitervereine die Versicherungspflicht nicht gewünscht. Unsere Genossen erachteten die Begründung als nicht stichhaltig, da die Überlieferung mit ihren 20-25 Mitgliedern gar keine Fälligkeit mit der großen Mehrzahl derjenigen hat, welche die Versicherungspflicht fordern. Im übrigen dürfte es mit der Reichseinführung noch ziemlich lange dauern, weshalb man nicht warten sollte bis das letzte Dorf sich vorher zu verstanden hätte.

Vermischtes.

Eine Tiroler Ortschaft durch Feuer zerstört.

Ein furchtbarer Brand hat den kleinen, allen Tiroler Touristen wohlbekannten Ort Zirl bei Innsbruck heimgejagt und das Dorf fast völlig zerstört. Die Zahl der Opfer, die das Brandunglück gefordert hat, steht noch nicht fest, bis jetzt sind zwei Leichen geborgen.

Ein Telegramm aus Innsbruck meldet: Ein Brand scherte gestern abend die Ortschaft Zirl ein. Das Feuer ist wahrscheinlich durch Unvorsichtigkeit spielender Kinder entstanden und breitete sich infolge des herrschenden Sturmes mit rasender Eile aus. 164 Häuser, darunter der Pfarrhof, die Kirche, die Post und das Gemeindeamtsgesäude, sind niedergebrennt. Das ganze Dorf liegt in Trümmern. 1800 Personen sind obdachlos. Bis jetzt wurden zwei verlorene Leichen unter den Trümmern gefunden, doch werden noch mehrere Personen vermißt. Vier Personen erlitten schwere, eine große Anzahl leichte Verletzungen. Am Brandplatz arbeiteten 18 Feuerwehren. Von Innsbruck wurde Militär zur Hilfeleistung nach Zirl geschickt.

Bei einer Explosion getötet. Aus Dender wird gemeldet: Bei einer Explosion in der etwa zwanzig Kilometer von hier gelegenen Dupontschen Pulverfabrik in Louber sind einige Arbeiter getötet und mehrere verletzt worden.

Schwere Gewitterschäden werden, wie ein Telegramm aus Nürnberg besagt, aus ganz Franken, insbesondere aus dem Mainthal gemeldet. Mißgeschick verurteilt in vielen Dörfern zahlreiche Brände. Der Hirschenbach ist sehr groß. In Obertheim und in Köhr schlug der Blitz in die Kirche ein. In Hirschenbach wurde ein heufahrender Bauer in die Dungsgrube geschleudert und erstickt. Der Bürgermeister von Vörsberg ließ Geld und Brot verteilen und die Bettungen eröffneten Sammlungen für die vom Unwetter Betroffenen.

Ein verhängnisvolles Automobilunglück ereignete sich, wie aus Magdeburg berichtet wird, Sonntag vormittag auf der Chaussee Argleben-Oberstedt. Dort berunglückte ein von der Prinzessin Friedrich zurückgekehrtes Automobil, als es einem Radfahrer ausweichen wollte. Das Automobil überfrang den Straßengraben, die Insassen wurden herausgeschleudert. Ein Leutnant der Spandauer Garnison, der die Fahrt als Unparteilicher mitgemacht hat, war sofort tot, die anderen Insassen kamen mit leichteren Verletzungen davon.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 21. 6.		am 20. 6.	
	am	seit	am	seit
	cm.	cm. h)	cm.	cm. h)
Nemel, Mühl	160	0	160	-7
Bregel, Interburg	20	+1	20	-15
Wetzel, Ebn	84	-6	84	-
Oder, Ratib	97	-1	97	0
• Krossen	90	-4	90	-4
• Frankfur	104	+1	104	+4
Wärthe, Schimm	24	-2	24	-8
• Randenberg	25	-4	25	-
Rege, Bornam	10	0	10	+5
Eide, Reimerly	-33	+7	-33	-1
• Dresden	-152	-1	-152	+2
• Barde	116	-3	116	+7
• Magdeburg	115	-10	115	-

+) + bedeutet Hoch, -) -) Unterpegel.

Witterungsübersicht vom 22. Juni 1908, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer stand mm.		Windrichtung	Wolk. h. m.	Temp. u. G. °C.	Temp. u. G. °F.
	Barometer stand mm.	Windrichtung				
Schneeberg	767	NO	4	better	16	19
Darmstadt	767	NO	4	bald BB.	15	12
Berlin	765	NO	4	better	16	14
Frankfurt a. M.	768	NO	3	befekt	16	11
München	761	SW	-	befekt	15	14
Stettin	760	NW	1	befekt	19	14
Paparranda	769	SO	4	better	19	12
Vetersburg	771	NO	1	better	19	12
Schill	766	SO	1	better	14	11
Aberdeen	766	SO	3	wolfig	14	14
Paris	764	NO	2	befekt	14	14

Wetterprognose für Dienstag, den 23. Juni 1908. Trocken und vorwiegend heiter, etwas wärmer bei mäßigen NW-Winden.

Berliner Wetterbureau.

Zur Unterstützung der Bestrebungen des Deutschen Seefischereiverbands, dem Berliner Publikum billige und gute Seefische geführten Geschäften zum Verkauf stellen. — Wir offerieren, heute früh hier eintreffend, in lebend-frischer Ware:

Cabliau ohne Kopf, **Seelachs** ohne Kopf, **Goldbarsch** (Ersatz für Zander), alles **15 Pf. per Pfd.**

Verkaufsstellen:

Prinzenstraße 94, an der Ritterstraße.	Schlesischer Bahnhof, Bogen 9-9, Madalstr., bei der Fruchtstr.	Invalidenstraße 131, vis-a-vis Stettiner Bahnhof.	Gr. Frankfurter Str. 85, bei der Marsiliusstraße.	Potsdamer Str. 112a, bei der Lützowstraße, Tel. A. VI, 7193.	Wilhelmsdörferstr. 57, am Stuttgarter Platz, bei der Dreysstraße, Tel. A. II, 2029.	Wilmersdörferstr. 111, am Stuttgarter Platz, bei der Charlottenburg 6718.	Spandau, Braftstr. 54, am Markt, Tel. Spandau 748.	Tegel, Treckowstr. 14, Ecke Schleierparstraße, Tel. Tegel 114.
--	--	---	---	--	---	---	--	--

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“, Bahnhof Börse. Hauptgeschäft. Größte Hochseefischerei Deutschlands. 50 eigene Fischdampfer. Eig. Kühlwaggons z. Seefischtransport. Seefisch-Kochbücher gratis. Central-Fernsprecher Amt III, 6304. Um Verwechslungen mit ähnlich lautender Firma zu vermeiden, achten Sie genau auf unsere volle Firma. Verantwortlicher Redakteur: Georg Davidsohn, Berlin. Für den Inseratenteil berantw.: Th. Giese, Berlin. Druck u. Verlag: Norddeutscher Buchverleger u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.